

SPD

JAHRESBERICHT DER SPD BERLIN 2010 – 2012



**Berlin
verstehen.**



JAHRESBERICHT DER SPD BERLIN

2010 – 2012

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Berlin

Müllerstr. 163

13353 Berlin

Tel. 030.4692.222

spd@spd-berlin.de | www.spd-berlin.de

Verantwortlich
Erschienen

Rüdiger Scholz
Mai 2012

Bildrechte

Umschlag – SPD Berlin, Ulrich Horb, Karin Brigitte Mademann
Innenseiten – s. Vermerke an den Fotos

Gestaltung + Produktion

koko-berlin.de

■ Wir gedenken unserer Toten	7
■ Vorwort	9
■ Landesvorstand	
Landesvorstand	11
Kassenbericht	23
Landesschiedskommission	26
■ Fachausschüsse	
Fachausschuss I – Internationale Politik	27
Fachausschuss II – EU-Angelegenheiten	31
Fachausschuss III – Innen- und Rechtspolitik	34
Fachausschuss IV – Kinder, Jugend, Familie	35
Fachausschuss V – Stadt des Wissens	37
Fachausschuss VII – Wirtschaft, Arbeit, Technologie	40
Fachausschuss VIII – Soziale Stadt – Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung	43
Fachausschuss IX – Gesundheit und Soziales	45
Fachausschuss X – Natur, Energie und Umweltschutz	47
Fachausschuss XI – Mobilität	49
■ Foren und Kommissionen	
Forum Sport	52
Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie	54
Forum Netzpolitik	56
Historische Kommission beim Landesvorstand der SPD Berlin	57
■ Arbeitsgemeinschaften	
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	59
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)	62
Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren (AG 60 plus)	63
Arbeitsgemeinschaft Migration (AG Migration)	68
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS)	78
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	81
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	86
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	89
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	92
Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos)	112

■ Arbeitskreise	
Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – Regionalgruppe Berlin-Brandenburg	114
Selbst aktiv – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD	117
■ Arbeitsgruppen	
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Bürgermeister und Stadträte	119
Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender	120
■ Fraktionen	
Abgeordnetenhausfraktion	121
Berliner Landesgruppe der SPD Bundestagsfraktion	130
Europäisches Parlament Dagmar Roth-Behrendt – MdEP	135
■ Sonstige Berichte	
SGK – Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.	140
■ Anhang	
Landesvorstandsliste	142
Landesparteitage	145
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2009	148
Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010	151
Mitgliederentwicklung 2009 – 2011	154

WIR GEDENKEN UNSERER TOTEN

Margarete Abelt	2. August 2010
Reinhold Amonat	19. Dezember 2010
Kurt Arndt	8. November 2011
Günter Ballschmidt	31. Dezember 2011
Joachim Biller	19. November 2011
Christel von Drenkmann	27. Januar 2011
Wolfgang Ehmert	23. April 2010
Fredy Eisenach	28. Januar 2012
Carl-Heinz Evers	13. August 2010
Max Werner Finkelstein	24. Januar 2012
Manfred Girke	18. November 2011
Leo Großkopf	1. September 2011
Stephen Jens Grunberg	10. August 2011
Johanna Henkel	5. November 2011
Karl-Otto Henseling	28. Januar 2011
Hans-Jürgen Heß	29. Oktober 2010
Helmut Hildebrandt	28. Mai 2010
Hans Hill	23. April 2010
Hans-Jörg Hippe	7. August 2010
Harry-Axel Hoffmann	21. April 2011
Klaus Hubl	22. Juni 2010
Lutz Ihlenburg	29. Juli 2011

Anni Kaffanke	24. Mai 2010
Günter Kaffanke	12. Dezember 2011
Hans Kettner	12. Oktober 2011
Ika Klar	8. September 2011
Dieter Klemens	26. Oktober 2010
Regine Koch	18. November 2010
Rudolf Krause	26. April 2011
Bernd Mehlitz	27. Oktober 2011
Hans-Wolfgang Mertsch	8. Februar 2011
Marie-Luise Mozen	22. Mai 2010
Paul Müller	18. November 2010
Günter Reckel	26. August 2011
Klaus Reinhard	22. Juli 2011
Ingeborg Renner	24. Dezember 2010
Ulrich Schlei	13. Januar 2012
Helmut Schmischo	22. Januar 2012
Wolfgang Schubert	9. Mai 2011
Hans Schultz	11. September 2010
Gerd Schulze	11. Dezember 2011
Dietrich Stobbe	18. Februar 2011
Heinz Striek	29. Oktober 2011
Peter Ulrich	30. Juli 2011
Horst Wagner	21. Mai 2011
Kurt Weinrowski	16. November 2011

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

hinter uns liegen zwei anstrengende, schöne und erlebnisreiche Jahre, die vor allem von einem Ereignis geprägt waren: den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. In einer beeindruckenden Teamarbeit haben wir es geschafft, erneut als stärkste Kraft ins Abgeordnetenhaus einzuziehen und in den östlichen Bezirken neue Wählerstimmen zu gewinnen. Der Koalitionsvertrag ist ganz klar sozialdemokratisch geprägt.

Diesen Erfolg haben wir zwei grundsätzlichen Entscheidungen zu verdanken, die wir gemeinsam trafen. Erstens, wir haben nach innen intensiv und kritisch miteinander um die besten Ideen und Konzepte gerungen, sind aber nach außen immer geschlossen aufgetreten. Zweitens, wir haben Anfang 2010 ganz klar gesagt: Wir dürfen die Bundestagswahlergebnisse 2009 nicht aussitzen! Wir müssen die alten und einfachen Rezepte abhaken und uns öffnen, Neues denken und vor allem Neues wagen.



Um uns hier ein solides Fundament für die programmatische Arbeit der kommenden Jahre zu geben, stellten Klaus Wowerit und ich im Januar 2010 das „Eisenacher Papier“ vor. Dieses politische Strategiepapier war als erster Aufschlag gedacht. Erweitert, diskutiert und am Ende zu einem Maßnahmenpapier gebündelt, wurde es aber durch die über 16.000 Genossinnen und Genossen und die Berlinerinnen und Berliner, die u.a. auf den vier Berliner Ideenkonferenzen und zahlreichen Stadtteiltagen mitdiskutiert. Im Eisenacher Papier stellten wir deutlich fest: Wir sind die Berlin-Partei. Mit unserem Leitprojekt „Soziale Stadt“, unserem klaren Bekenntnis zu Berlin als Standort für etablierte und zukunftssträchtige, grüne Industriezweige sowie mit innovativen Konzepten zur Mietenpolitik und lebendigen Quartieren, haben wir gezeigt: Ohne sozialdemokratische Politik ist das viel gepriesene Berlingefühl nicht zu machen.

Die Dialogoffensive mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitgliedern begann im März 2010 mit der ersten Ideenkonferenz „Solidarische Stadtgesellschaft: Integration und Teilhabe“. Ziel dieses neuen Formats, das bundesweit Maßstäbe setzt, war es, herauszukristallisieren wie die Berliner SPD Stadtpolitik gestalten muss, um Berlin auch in Zukunft zu einer modernen, lebenswerten Stadt zu machen. Eine weitere Konsequenz aus 2009 war es, nicht nach dem top-down-Prinzip die Marschrichtung für die Abgeordnetenhauswahl vorzugeben, sondern die Mitglieder unserer Berliner SPD von Anfang einzubeziehen und mitzunehmen. Die erste Fassung des Wahlprogramms mit den zentralen Themen „Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ sowie „Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle“ wurde unter anderem durch die fachkundige und engagierte Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen erstellt. In einer zweiten Phase wurde dieser erste Entwurf den Mitgliedern vorgestellt. Auf Veranstaltungen und im Netz unter berlin-miteinander.de diskutierten wir intensiv die einzelnen Bausteine. Zusätzlich

luden alle Berliner Gliederungen die Berlinerinnen und Berliner zu Programmgesprächen ein. Nach mehreren Monaten intensiver Auseinandersetzung mit dem, was die SPD ausmacht und was für Berlin und seine Bürger erreicht werden muss, wurde das „BERLINprogramm 2011–2016“ auf dem Landesparteitag am 13. Mai 2011 beschlossen. Das „Eisenacher Papier“ als erster Aufschlag wurde damit zu einem durch und durch im demokratischen Prozess erstellten Politikprogramm für unsere Heimatstadt.

Mit dem zentralen Slogan „Berlin verstehen.“ gingen wir in die heiße Phase des Wahlkampfs. Vor allem unsere vielen Ehrenamtlichen aus den Abteilungen leisteten Enormes: An jedem Tag, in allen zwölf Bezirken, fand mindestens eine öffentliche Aktion statt. Das hochgerechnet ergibt über 420 Gelegenheiten, bei denen unsere Genossinnen und Genossen über die Plakate hinaus den Bürgerinnen und Bürgern erklären konnten, was „Berlin verstehen“ für uns heißt.

Am 18. September erreichten wir 28,3 %. Damit haben wir zwar gewonnen, aber wir sind deutlich unter unserem Ziel von 30 plus x geblieben. Die Gründe hierfür haben wir oft diskutiert: der deutlich niedrige Bundestrend der SPD, ein gegen die SPD geführter Grünen-Wahlkampf, das Erstarken der Piratenpartei. Und doch war klar: An der engagierten Arbeit unserer Genossinnen und Genossen lag dieses Ergebnis nicht. Auch wenn die Nachwahlmonate vom harten Ringen mit unserem jetzigen Koalitionspartner CDU und den ersten Meilensteinen unserer sozialdemokratischen Senatspolitik geprägt waren, blieb diese Frage stets präsent. Hannelore Kraft sagte auf dem Landesparteitag am 13. November 2010: „Lasst Euch nicht kirre machen. Kopf hoch! Brust raus!“ Genau diesen guten Ratschlag der erfolgreich Regierenden in NRW werden wir beherzigen und uns nicht von unserem Kurs abbringen lassen.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir uns behaupten, unsere Konzepte und Beschlüsse zur sozialstaatlichen Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung, zur neuen Industriepolitik, zur „Mietstadt Berlin“ und zur toleranten und weltoffenen Stadt umsetzen. Diesen Weg werden wir geschlossen und zusammen gehen: im Senat, in der Fraktion und vor allem in der Partei. Was wir 2010 mit unserer Dialogoffensive begonnen haben, trägt bis weit über das Jahr 2012 Früchte. Dazu brauchen wir auch in Zukunft die kritische und kreative Unterstützung unserer 16.765 Mitglieder. 2011 stand der Landesparteitag, auf dem Klaus Wowereit einstimmig zum Spitzenkandidaten gewählt wurde, unter dem Motto „Stolz auf Berlin“. Wir können nicht nur stolz auf diese Stadt sein, sondern wir haben in den letzten zwei Jahren bewiesen, dass wir auch stolz auf unsere Berliner SPD sein können.

Ich wünsche Euch bei der Lektüre dieses Berichts 2010–2012 viel Freude und Anregungen für das, was wir gemeinsam in den kommenden zwei Jahren aufbauen und umsetzen wollen. Denn: Nur mit sozialdemokratischer Politik bleibt Berlin das, was es ist: die beste Stadt der Welt.

Herzliche Grüße



„Berlin miteinander“ – Von den Ideenkonferenzen zum Wahlprogramm

Auf einer soliden Basis kann die Berliner SPD in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 mit der Vorbereitung des Berliner Abgeordnetenhauswahlkampfs 2011 beginnen. Eine erste Grundlage hatten Klaus Wowereit und Michael Müller im Januar 2010 auf einer SPD-Fraktionsklausur in Thüringen mit ihrem „Eisenacher Thesenpapier“ geschaffen, einem politischen und strategischen Aufschlag für die kommenden zwei Jahre. Sie leisteten damit die nach der Bundestagswahl auch auf der Landesebene notwendig gewordene Positionsbestimmung und formulierten in dem Papier unter dem Titel „Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit: Berlin nach vorne bringen“ die Richtung für die „dritte Etappe sozialdemokratischer Regierungsverantwortung“.

In diesem Papier sind zum Einen die zentralen Zukunftsfragen der Stadt thematisiert – wie die Zukunft der Daseinsvorsorge von der Ganztagschule bis zur Wasserversorgung, der soziale Zusammenhalt in der Stadt durch Integration und Teilhabe, die Industriepolitik für nachhaltiges Wachstum, mehr Arbeitsplätze und eine solidarische Stadt, die eine Mischung aller Schichten erhält und Verdrängung mittels intelligenter Wohnungspolitik verhindert. Berlin soll zur Modellstadt für das nachhaltige Zeitalter werden.

Zugleich werden im Zusammenspiel von Partei, Fraktion und Senat diese Themen in der Stadt zur Diskussion gestellt. Die Partei öffnet sich den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und den Bürgerinnen und Bürgern. Eine Bezirkstour führt Klaus Wowereit durch alle zwölf Berliner Bezirke, die Abgeordneten organisieren Stadtteiltage in allen Wahlkreisen, die Berliner SPD startet die „Berliner Ideenkonferenzen“.

Mit dieser Veranstaltungsreihe schafft sie ein neues Forum für das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und den bürgerschaftlich engagierten Berlinerinnen und Berlinern. Für die Konferenzen lädt die SPD Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur ein, immer aber auch Praktiker – wie zum Beispiel Berliner Unternehmerinnen oder ehrenamtlich Engagierte. Beide Perspektiven sind wichtig und sollen miteinander verbunden werden. Die Konferenzen sind bewusst offen gestaltet, die Diskussion steht im Mittelpunkt. Die SPD will mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, zuhören und offen sein für Anregungen. Mit anschließenden Dokumentationen werden Diskussionen und Ergebnisse festgehalten und können so in konkretes politisches Handeln und programmatische Inhalte umgesetzt werden. Nach den Ideenkonferenzen zu den Themen „Solidarische Stadtgesellschaft: Integration und Teilhabe“ (6. März, Station Berlin) und „Neue Industrialisierung: Nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten“ (5. Juni, Kant-Atrium im Ludwig-Erhard-Haus der IHK Berlin) findet die Reihe am 27. Oktober mit der Berliner Ideenkonferenz#3: Verantwortung für das Gemeinwesen im JugendKulturZentrum PUMPE ihren Abschluss. Mit der Dokumentation der Veranstaltungen sind gleichzeitig wichtige Grundlagen für die Erarbeitung des Wahlprogramms geschaffen.

Wie will die Berliner SPD in den kommenden Jahren die Stadt gestalten? Mit welchen Inhalten können wir bei den Abgeordnetenhauswahlen 2011 erneut stärkste politische Kraft Berlins werden? Ein großer Schritt dahin ist die Erstellung eines überzeugenden Wahlprogramms.

Erstmalig beschäftigt sich der Landesvorstand in seiner Klausur am 23. Oktober 2010 konkret mit diesem Thema. Aus der intensiven Diskussion entstehen erste Vorgaben: das Programm muss prägnant und lesbar formuliert sein. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung“ und „Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle“. Das Programm soll in einem breiten, partizipativen Prozess entstehen, in den SPD-Mitglieder und Externe eingebunden werden. Der Landesvorstand übernimmt als Programmkommission die Begleitung dieses Prozesses und ernennt Hella Dunger-Löper zur Beauftragten für das Wahlprogramm. Am Anfang des Programmprozesses im November 2010 werden die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse aufgerufen, ihr Wissen bei der Erstellung des Wahlprogrammes einzubringen. Basierend auf dieser Zuarbeit entwirft die Programmkommission eine erste Fassung, die nach der Besprechung in der Landesvorstands Klausur vom 12. Februar 2011 am 14. Februar veröffentlicht wird. Diese erste Entwurfsfassung bildet nun die Grundlage für eine breit angelegte Programmdebatte. Alle SPD-Mitglieder bekommen in drei Veranstaltungen – den Programmdialogen – Gelegenheit, die zentralen Thesen nach der Methode „World Café“ zu diskutieren. In Expertengesprächen nehmen externe Fachleute verschiedener Politikfelder zum Programmentwurf Stellung. Auf der extra geschalteten Internetseite berlin-miteinander.de wird der Entwurf online gestellt - viele interessierte User nutzen die Möglichkeit, ihn zu kommentieren.



Foto: Ulrich Horb

PROGRAMMDIALOG

Die Gliederungen laden Bürgerinnen und Bürger zu Programmgesprächen ein. Alle Anregungen und Änderungsvorschläge werden bei einer Klausurtagung des Landesvorstands besprochen. Auf

dieser Grundlage erarbeitet die Programmkommission einen Leitantrag für den Landesparteitag am 13. Mai 2011. Unter dem Motto „Stolz auf Berlin“ küren die Delegierten dort Klaus Wowereit einstimmig zum Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen und beschließen das „BERLINprogramm 2011–2016“.



Foto: Ulrich Horb

PARTEITAG - KLAUS WOWEREIT MIT DEN KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 „Berlin verstehen.“

Berlin begeistert. Wer aus Berlin kommt, kann diese Reaktion immer wieder erleben, wenn das Gespräch auf die Stadt kommt – bei Gesprächspartnern an den unterschiedlichsten Orten. „Ja, ich bin schon stolz auf Berlin und das, was sich hier in den letzten Jahren getan hat“ – so oder ähnlich äußern sich viele Berlinerinnen und Berliner, wenn sie nach ihrem Verhältnis zur Stadt gefragt werden.

Berlin ist heute eine bunte und weltoffene Stadt, die enorm an Attraktivität und wirtschaftlicher Stärke gewonnen hat. Das verbinden die Menschen zu Recht mit der SPD und Klaus Wowereit. Oder – wie es der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller zum zehnjährigen Dienstjubiläum Klaus Wowereits ausdrückte: „Er ist der richtige Regierende – in der richtigen Stadt, zur richtigen Zeit.“ Daran setzt die Kampagne zur Abgeordnetenhauswahl an, mit der die SPD die Berlinerinnen und Berliner um politische Unterstützung für die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte bittet. Der zentrale Slogan „Berlin verstehen.“ trifft diesen Kern. Denn letztlich geht es am 18. September darum, welche Partei und welcher Kandidat zu dieser Stadt passen und den Herausforderungen und Potenzialen unserer Stadt am besten gerecht werden.

„Berlin verstehen.“ heißt dabei: Berlin zu zeigen, wie es ist - echt, ungeschminkt und nah.

Denn Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind Teil dieser Stadt. Sie reden nicht

über Berlin, sondern sprechen mit den Berlinerinnen und Berlinern. Das ist Grundlage der Kampagne und zeichnet Klaus Wowereit als Spitzenkandidaten aus. Dies wird bei seinen vielen Wahlkampfterminen in allen Teilen der Stadt immer wieder deutlich. Diese Botschaft vermitteln auch die Wahlplakate.

In einer ersten Plakatreihe werden die Themenschwerpunkte „Wirtschaft und Arbeit“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Bildungspolitik“ aufgegriffen. Die Motive zeigen in Schwarz-Weiß-Optik verschiedene Personen- und Berufsgruppen in ihrer Alltagsumgebung. „Wir zeigen diejenigen, für die die SPD arbeitet“, erläutert Frank Stauss, Berliner Geschäftsführer der Agentur „Butter“, die mit dem SPD-Wahlkampf beauftragt ist, die Intention der vor zahlreichen Fotografen und Pressevertretern vorgestellten Motive. Die auf den Plakaten abgebildeten Personen spiegeln nach den Worten Michael Müllers „diese besondere Berliner Mischung wieder, wir wollen diese Bereicherung in unserer Stadt!“ Die einzelnen Motive verzichten jedoch bewusst auf Texte zu den Schwerpunkten des „BERLINprogramms“. Eine zweite Staffel von Plakaten knüpft mit Motiven, die Klaus Wowereit im Dialog zeigen, an die Vielfalt der Stadt an.



Plakat: SPD Berlin

MOTIV "ZUSAMMENHALT"

Die Berliner SPD startet am Montag, dem 1. August 2011, am Potsdamer Platz mit einer Vorstellung des ehrenamtlichen BeTeams und der jungen Kandidatinnen und Kandidaten in den Straßenwahlkampf. Bis zum Wahltag am 18. September sucht sie gezielt das Gespräch mit den Berlinerinnen und Berlinern. Klaus Wowereit beginnt im August in der Wilmersdorfer Straße seine Kieztour, die ihn durch alle Berliner Bezirke führt.

Die traditionelle Einschulungsaktion fällt diesmal in die Wahlkampfzeit. Engagierte Parteimitglieder und Abgeordnete in den Kreisverbänden und Abteilungen sind zu den Einschulungsterminen am Wochenende vor den Grundschulen in ganz Berlin präsent. Mit Brotdosen, Buntstiften oder Reflektorbärchen versorgt die Berliner SPD die ABC-Schützen in der Hauptstadt, wenn der „Ernst des Lebens“ beginnt. Für alle interessierten Eltern gibt es wieder eine informative Broschüre mit dem Schulgesetz.

Ihre Visionen für die Stadt und besonders für ihre eigenen Kieze stellen die zwölf Bezirksbürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten der Berliner SPD auf einer Pressekonferenz im Park-Inn-Hotel am Alexanderplatz vor. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit betont dabei die Wichtigkeit der Bezirke.

Um erfolgreich zu bestehen und am 18. September ein Ergebnis zu erreichen, bei dem eine Senatsbildung ohne die SPD nicht möglich ist, führen die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen engagierten Wahlkampf. Die Berliner SPD organisiert an jedem Tag in allen 12 Bezirken mindestens eine öffentliche Aktion, das sind 420 Gelegenheiten, sich in allen Berliner Bezirken zu engagieren. In einer Auflage von zuletzt rund einer halben Million Exemplare werden vier Ausgaben der Zeitung „Berliner Stadtblatt“ verteilt, die jeweils eigene Bezirksseiten enthalten, die von Redaktionen in den Kreisen erstellt werden.

Am 16. September nehmen einige tausend Berlinerinnen und Berliner an der Schlussspurt-Kundgebung mit Klaus Wowereit, Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig auf dem Potsdamer Platz teil. Die Gruppe Karat tritt dort auf. In den letzten 48 Stunden ist die SPD ebenfalls mit zahlreichen Ständen – an einigen markanten Plätzen mit Unterstützung der Jusos auch nachts – präsent.

Führende politische Kraft in Berlin

Das ambitionierte Ziel von 30 plus x Prozent der WählerInnenstimmen, das sich die SPD im Vorfeld des Wahlkampfes gesetzt hat, ist bei einem deutlich niedrigeren Bundestrend der SPD, einem von den Grünen vornehmlich gegen die SPD geführten Wahlkampf und dem Erstarken der Piratenpartei zwar nicht zu erreichen. Aber die SPD wird mit 28,3 % zum dritten Mal in Folge mit deutlichem Abstand stärkste Kraft in Berlin vor der CDU (23,3), den Grünen (17,6), den Linken (11,7) und den erstmals in Parlament einziehenden Piraten (8,9). Die FDP (1,8) spielt keine Rolle mehr.

Nach Sondierungsgesprächen sowohl mit der CDU als auch mit den Grünen beschließt der SPD-Landesvorstand auf Vorschlag von Klaus Wowereit und Michael Müller, trotz einer nur knappen rechnerischen Mehrheit Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. „Für den wirtschaftlichen Erfolg und die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt sind gemeinsame Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig und haben für uns besondere Bedeutung“, heißt es im Beschluss. Das Autobahnprojekt des 16. Bauabschnitts der

BAB 100 will die SPD zwar nicht grundsätzlich aufgeben, aber eine rot-grüne Koalition soll sich aktiv und ernsthaft dafür einsetzen, dass eine Umwidmung der Bundesmittel ermöglicht wird.

Dennoch scheitern die Verhandlungen an diesem Punkt. Der SPD-Landesvorstand beschließt Anfang Oktober einstimmig bei einer Enthaltung, die eingeleiteten Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen zu beenden. Dieser Schritt sei niemandem leicht gefallen, betonten Klaus Wowereit und der SPD-Vorsitzende Michael Müller in einer Mail an die Mitglieder der Berliner SPD. "Denn obwohl es eine große Zahl gemeinsamer politischer Ziele und Ansätze von SPD und Grünen gibt, musste unsere Verhandlungskommission am Mittwochvormittag mit großem Bedauern feststellen, dass mit den Berliner Grünen eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit gerade im Bereich wichtiger Vorhaben der Stadtentwicklung und Infrastruktur nicht möglich ist."

Die Berliner SPD nimmt Koalitionsverhandlungen mit der CDU auf. In einer ersten Runde werden Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik besprochen. In acht Arbeitsgruppen werden die einzelnen Themenbereiche behandelt und die Sitzungen der großen Koalitionsrunde vorbereitet. Für die SPD nehmen an der großen Koalitionsrunde - und als Vorsitzende der Arbeitsgruppen - teil: Klaus Wowereit, Michael Müller, Iris Spranger, Barbara Loth, Mark Rackles, Marc Schulte, Harald Christ, Dilek Kolat und Christian Gaebler.

Zum Landesparteitag der Berliner SPD am 21. November 2011 liegt der Entwurf eines Koalitionsvertrags vor, in dem die sozialdemokratische Handschrift unverkennbar ist, wie Klaus Wowereit und Michael Müller an zahlreichen Beispielen deutlich machen. Für den Vertrag stimmen in geheimer Abstimmung 176 Delegierte, 39 sind dagegen, sieben Delegierte enthalten sich.



VORSTELLUNG SENAT SPD – MICHAEL MÜLLER, DILEK KOLAT,
KLAUS WOWEREIT, SANDRA SCHEERES UND ULRICH NUSSBAUM

Foto: Ulrich Horb

Im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses unterschreiben die Landesvorsitzenden Michael Müller (SPD) und Frank Henkel (CDU) am 23. November das knapp 100 Seiten starke Dokument, das unter dem Motto „Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit und sozialen Zusammenhalt“ steht. Klaus Wowereit wird am 24. November 2011 vom Berliner Abgeordnetenhaus erneut zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Für ihn stimmen 84 Abge-

ordnete, gegen ihn 63, es gibt eine Enthaltung. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, gratuliert Klaus Wowereit zur Wiederwahl: „Klaus Wowereit ist der richtige Regierende Bürgermeister für Berlin“, sagt er. "Er passt wie kein Zweiter zu Berlin und er versteht wie kein Zweiter die Stadt.“

Dem neuen Senat gehören für die SPD neben Klaus Wowereit der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Müller als neuer Senator für Stadtentwicklung und Umwelt und die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dilek Kolat als Senatorin für Arbeit, Integration, Frauen an. Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird die Berliner SPD-Abgeordnete Sandra Scheeres, Finanzsenator bleibt Ulrich Nußbaum. Chef der Senatskanzlei wird Björn Böhning.

Mehr Kommunikation in der Partei

Parallel zum Wahlkampf setzt der Landesverband weiter den Schwerpunkt auf moderne und basisnahe Veranstaltungsformate, die inzwischen etabliert sind und bundesweit innerhalb der SPD als beispielhaft und innovativ gelten: Ob Abteilungsvorsitzendentreffen, Mitgliederforen und Neumitgliedertreffen oder auch die regelmäßigen Briefe an die Mitglieder: Die Berliner SPD hat Instrumente gefunden, die auf große Akzeptanz stoßen. Sie setzt darauf, Parteistrukturen durchlässiger zu machen und die Willensbildung und Diskussionskultur zu erneuern. Gleichzeitig hat auch der Landesverband auf Grundlage der Resolution eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Reformarbeit in der Partei diskutiert und den beginnenden Erneuerungsprozess auf Bundesebene kritisch begleitet. Mit der Abonnementszeitung BERLINER STIMME verfügt die Berliner SPD zudem neben den Berliner Vorwärts-Seiten über ein weiteres Medium, das der internen Debatte dient. Das im Wahlkampf erprobte Zeitungsformat „Berliner Stadtblatt“ soll im Jahr 2012 fortgeführt werden.

Veranstaltungen und Aktionen

1. Parteitage

■ Parteitag I – Landesparteitag am 26. Juni 2010 : Gemeinsam für eine faire Gesellschaft

„Gemeinsam für eine faire Gesellschaft“ – unter diesem Motto übt Sigmar Gabriel in seiner Ansprache auf dem Parteitag im Juni 2010 scharfe Kritik an der schwarz-gelben Regierung. Die Bundesregierung führe Deutschland in die dritte Liga. "Es besteht die Gefahr, dass Deutschland vor verlorenen Jahren steht", so Gabriel.

Der wiedergewählte SPD-Landesvorsitzende Michael Müller mahnt die Delegierten zur Einigkeit: „Wir haben gemeinsam viel erreicht in dieser Stadt, wenn wir intern gestritten haben und gemeinsam nach außen gekämpft haben.“ Ein Sieg bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl sei kein Selbstläufer. "Wir müssen auch kämpfen", so Müllers Botschaft. Die Ausgangslage aber ist gut: 15 Monate vor der nächsten Abgeordnetenhauswahl zeigen Umfragen, dass die SPD

die führende Kraft in der Stadt ist. Es gibt eine stabile Mitgliederbasis mit 16.000 Mitgliedern und leicht steigender Tendenz.

Der Parteitag ist vor allem geprägt von turnusgemäßen Gremienwahlen. Des Weiteren beschließen die Delegierten im Congresscentrum am Alexanderplatz einen wohnungsbaupolitischen Antrag unter dem Titel „Mieterstadt Berlin“. Berlin soll auch in Zukunft eine Stadt sein, in der Menschen aus verschiedenen Einkommens- und Bevölkerungsschichten ein ausdifferenziertes Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung steht. Bezahlbarer Wohnraum, Schutz von Mieterinnen und Mietern, umweltfreundliche Sanierung, Verbesserungen der Wohnquartiere - einstimmig hat die Berliner SPD den Antrag "Mieterstadt Berlin" beschlossen. Zudem sprachen sich die Delegierten für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie für einen Antrag aus, der die SPD-Bundestagsfraktion zu einer parlamentarischen Initiative zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auffordert.

Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller wurde bei der turnusgemäßen Wahl des Landesvorstandes erneut in seinem Amt bestätigt. Knapp 80 % der 219 Delegierten stimmten für ihn. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Barbara Loth, Mark Rackles, Marc Schulte und Iris Spranger gewählt. Neuer Landeskassierer ist seit dem 26. Juni 2010 Harald Christ.

■ Parteitag II

Landesparteitag am 13. November 2010: Für eine moderne Industriepolitik in Berlin - Stärkung des öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge

Unter dem Motto „Berlin miteinander“ beginnt die Berliner SPD im November 2010 die Vorbereitung des Wahlprogramms. Zentrale Bestandteile des Parteitages sind die Beratung von Anträgen zur Rekommunalisierung und die Reden des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Der Parteitag beginnt mit einem Grußwort von Hannelore Kraft. Vor der SPD liegen weiter große Aufgaben, erklärt die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin. "Wer außer uns soll dafür sorgen, dass es mehr Miteinander gibt?", so Kraft. Ihre Botschaft an die Berliner SPD: "Die SPD ist wieder da." Der Berliner Landesverband könne mit Zuversicht in den Wahlkampf gehen, er stehe für den sozialen Zusammenhalt. "Lasst Euch nicht kirre machen, Kopf hoch, Brust raus – für diese Inhalte gibt es eine große Mehrheit in Deutschland."

„Ein neues Miteinander für die ganze Stadt“ – dieses Ziel beschreibt Klaus Wowereit in seiner bejubelten Rede. „Wir kämpfen für das soziale Miteinander“, so Wowereit. Und: „Wir können stolz sein auf das, was wir geleistet haben.“ Er erinnert an den Zustand Berlins 2001: Damals hat es ein Gefühl der Stagnation gegeben. „Das konnte man spüren, das war nicht nur durch die Bankenkrise verursacht, sondern durch eine verfehlte Politik.“ Heute stellt sich die Stadt anders da: "Wir haben diese Stadt aufgebaut und wesentlich verändert. Und wir haben alle Lügen gestraft, die uns das nicht zugetraut haben.“ 90 % der Menschen leben gern in dieser Stadt, so belegen es

Umfragen. „Dieses Berlingefühl vertritt die Sozialdemokratie eindeutig“, so Wowereit. Ein kämpferischer Regierender Bürgermeister macht deutlich, dass es mit der SPD keine Klientelpolitik gibt, keine Politik der Ellbogen. Er werde weiter Verantwortung für das ganze Berlin tragen, nicht für Teile, so Klaus Wowereit. Die SPD wolle eine offene Stadt, sie wolle den sozialen Zusammenhalt stärken. Dazu braucht es harte Arbeit und Durchsetzungskraft.

Den Mittelpunkt der Antragsberatungen bilden u.a. die Themen „Sozialstaatliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“ sowie „Neue Industrialisierung“. Gestärkt werden soll zudem der Einfluss des Landes auf die S-Bahn. Eine Teilprivatisierung oder eine Teilausschreibung von Strecken wird abgelehnt, eine Übernahme der S-Bahn in kommunale Verantwortung soll geprüft werden, die DB zugleich zur Optimierung der aktuellen Situation aufgefordert werden. Einstimmig angenommen wurde zudem der Antrag zur Industriepolitik. Dieser macht deutlich: „Industriekompetenz ist das Markenzeichen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Berlin! Unsere Stadt muss den Anspruch erheben, Industriestadt zu sein. Mehr Industrie in Berlin bedeutet mehr Wertschöpfung auch bei Dienstleistungen. Je höher die Wertschöpfung in diesem Sektor wird, desto größer sind die Spielräume für eine sozialökologische Stadtpolitik, desto größer ist der Spielraum für eine Politik sozialer Gerechtigkeit“, heißt es im Antrag.

■ Parteitag III

Landesparteitag 13. Mai 2011: Wahl des Spitzenkandidaten und Beratung des Wahlprogramms

Olaf Scholz, stellv. Parteivorsitzender der SPD und Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, bringt den Schwung eines erfolgreichen Wahlkampfes nach Berlin. Klaus Wowereit wird auf dem Landesparteitag der Berliner SPD in der STATION am Gleisdreieck nach einer fulminanten Rede einstimmig als Spitzenkandidat der Berliner SPD nominiert.

„Stolz auf Berlin“ - so lautet das Parteitagsmotto. Und Klaus Wowereit macht deutlich, dass dieser Stolz auf eine lebendige und pulsierende Stadt berechtigt ist. Die Erfolge des Senats werden in zahlreichen Bereichen deutlich: In der Wirtschaftspolitik, beim Tourismus, in der Kultur. „Wir stehen für Offenheit, wir stehen für Weiterentwicklung, wir stehen für Veränderung“, so Klaus Wowereit in seiner Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 13. Mai.

In der gut einstündigen Rede reißt er die Erfolge des Senats an, weist auf die positiven Entwicklungen bei Arbeitsplätzen und der Förderung von Familien und bei der Entwicklung der Hochschullandschaft und der Kitas hin. Er macht deutlich: Es gibt ein Interesse an der Berliner Wahl weit über die Stadt hinaus. Denn die Frage sei: Wird diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben? Die Bürgerinnen und Bürger rief Wowereit dazu auf, sich nicht von der Politik zurückzuziehen, sondern sich zu informieren. „Es stimmt nicht, dass die Parteien alle die gleichen Programme haben.“

Die rund 1.000 Delegierten und Gäste unterstützen Klaus Wowereit mit minutenlangem Beifall. Bei einer Gegenstimme wird von den Delegierten das BERLINprogramm 2011–2016 beschlossen.

■ Parteitag IV

Landesparteitag 21. November 2011: Aussprache und Beschlussfassung über den Entwurf einer Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU

Eröffnet wird der Parteitag um 17.30 Uhr im Leonardo Royal Hotel (Otto-Braun-Str. 90, 10249 Berlin) mit einem Bericht des Landesvorsitzenden Michael Müller und einer Rede des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. Der Koalitionsvertrag mit der CDU trägt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift, sagt Michael Müller zur Eröffnung des Landesparteitags der Berliner SPD. „Diese 100 Seiten sind mit roter Tinte geschrieben.“

Michael Müller dankt in seiner Rede den vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, die zum Erfolg der SPD beigetragen haben. „Das war wieder eine beeindruckende Teamleistung“, sagt er. Zum dritten Mal habe die SPD den Regierungsauftrag erhalten, das sei „ein tolles Ergebnis.“



Foto: Ulrich Horb

AUSSPRACHE ÜBER DEN ENTWURF DER KOALITIONSVEREINBARUNG

Wirtschaft, Arbeit und sozialer Zusammenhalt ziehen sich als roter Faden durch die Koalitionsvereinbarung, betont Michael Müller. „Es geht um gute Arbeit, um soziale Gerechtigkeit in der Bildungspolitik, darum, dass die Menschen in ihren Quartieren bleiben können.“ Gebührenfreiheit in der Bildung und das Pflichtfach Ethik sei im Vertrag verankert, ebenso ein Mindestlohn von 8,50 Euro bei Vergabe öffentlicher Aufträge. Die SPD habe die gestaltenden Ressorts wie Finanzen, Stadtentwicklung und Bildung behalten. Müller ruft die Delegierten auf, dem Vertrag zuzustimmen. Er biete „ein gutes Fundament für rot-schwarz“. Es gehe darum, ein gutes Bündnis für Berlin zu schaffen, „um unsere sozialdemokratischen Grundwerte voranzubringen“.

„Wir haben für Bündnisse jenseits der CDU gekämpft“, so Müller. „Wir alle wollten etwas anderes.“ Die SPD habe 16 Stunden Sondierungsgespräche geführt. Aber: „Man musste an einem Punkt

auch erkennen, dass es nicht geht.“ Die Grünen seien derzeit nicht regierungsfähig, betont Müller. „Dieser Führungsstreit wird sie nach ihrer eigenen Aussage noch das kommende Jahr beschäftigen.“ 220.000 Arbeitslose könnten aber nicht warten, bis sich „Frau Bayram und Frau Pop geeinigt haben, wer in der ersten Reihe sitzen“ dürfe. Müller: „Wir sind nicht für ein Koalitionsabenteuer gewählt worden, wir sind gewählt worden, um Probleme zu lösen.“

In geheimer Abstimmung stimmen die Landesparteitagsdelegierten dem Koalitionsvertrag mit der CDU zu. Für den Vertrag stimmen 176 Delegierte, dagegen 39.7 Delegierte enthalten sich.

2. Veranstaltungen und Aktionen

■ Gedenkstättenfahrt 2010 – Buchenwald, Weimar im Oktober

Eine Gruppe von 37 Berlinerinnen und Berlinern führe die Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD im Oktober 2010 nach Buchenwald und Weimar. Michael Müller legt an der Gedenkplatte nahe dem Tor zum Konzentrationslager einen Kranz nieder. An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gruppe richtet er die Worte: „Wir wissen, dass alles, was wir vom Konzentrationslager Buchenwald sehen, nur einen schwachen Eindruck von dem vermitteln kann, was sich hier zugetragen hat.“ Der Landes- und Fraktionsvorsitzende verweist auch darauf, dass nach der Befreiung Buchenwalds am 11. April 1945 das Leid und die Unmenschlichkeit an diesem Ort nicht endeten, sondern ein sowjetisches Lager entstand. Für den September 2012 plant die Berliner SPD eine Gedenkstättenfahrt nach Mauthausen.

■ Aktiv im Kampf gegen Rechts

Zahlreiche Mitglieder der Berliner SPD haben sich in den zurückliegenden Jahren an einer Vielzahl von Aktionen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Intoleranz beteiligt. Unterstützung findet auch das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln, auf das zweimal in kurzen Abständen Brandanschläge rechtsradikaler Gewalttäter verübt werden. Mitglieder der Berliner SPD nehmen an Kundgebungen gegen NPD-Aktionen in den Bezirken teil, sie beteiligen sich an Putzaktionen für Stolpersteine, mit denen an die Opfer der Nazi-Herrschaft erinnert wird. Mit einer Solidaritätsbekundung vor der norwegischen Botschaft trauert die Berliner SPD im Juli 2011 um die Opfer der Attentate in Oslo sowie auf das Ferienlager der sozialdemokratischen Jugendorganisation auf der norwegischen Insel Utøya.

■ Mädchen machen Politik: Girls' Day

Die Berliner SPD beteiligt sich seit 10 Jahren erfolgreich am Girls' Day. Auch 2011 und 2012 ist die Beteiligung der Berliner SPD am Mädchen-Zukunftstag auf großes Interesse bei jungen Frauen aus Berlin und Brandenburg gestoßen. Neben dem Landesverband der SPD ermöglichen die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Senatorinnen und Senatoren, die Berliner Bundestagsabgeordneten, BezirksbürgermeisterInnen und Stadträte über 80 Schülerinnen der Klassenstufen 7 bis 13 einen Einblick in den politischen Berufsalltag. Initiiert wird die Teilnahme des Landesverbandes am

Girls' Day durch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratische Frauen (ASF) Berlin und durch die Arbeitsgemeinschaft JungsozialistInnen (Jusos) Berlin.

Mit der Teilnahme am Girls' Day sollen junge Frauen ermutigt werden, sich auf das in den Medien häufig noch männlich geprägte Feld der aktiven Politik zu trauen, sich politisch zu engagieren und eigene Vorstellungen stärker durchzusetzen. Zu den jeweils über 30 MentorInnen gehören in beiden Jahren wieder neben Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Jürgen Zöllner sowie zahlreiche Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion wie Dr. Eva Högl und Mechthild Rawert.

■ Christopher Street Day – rauf auf den sozialdemokratischen Wagen

Auch 2010 und 2011 beteiligt sich die Berliner SPD und die AG Schwule und Lesben in der Berliner SPD (Schwusos) aktiv mit einem Wagen an der Parade zum Christopher Street Day in Berlin. Dies dient sowohl der aktiven Mitgliederwerbung wie der Auseinandersetzung mit grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen wie z.B. der Familienpolitik oder Geschlechterpolitik. Mit der Darstellung eines neuen, vielfältigen Familienbegriffs wird die bundespolitische Debatte um die Definition des Begriffs Familie aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt.

■ Partnerschaft SPD Berlin PS Paris

Mit Begegnungen auf Bezirks- und Landesebene wird die Partnerschaft zwischen der Berliner SPD und den Pariser Sozialisten gepflegt und ausgebaut. Die Berliner SPD erfährt im Berliner Wahlkampf die Unterstützung der französischen Genossinnen und Genossen. Im Oktober 2010 findet ein Deutsch-Französisches Forum zur Genderpolitik in Deutschland und Frankreich im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Vom 10. bis 12. Februar 2012 ist die Parti Socialiste wieder zu politischen Gesprächen in Berlin, bei denen die Krise des Euro im Mittelpunkt steht. Im Mai startet eine Berliner Delegation den Gegenbesuch.



Foto: PS

BERLINER DELEGATION BEI DER PS IN PARIS IM MAI 2012

KASSENBERICHT

Allgemein

Der Landesverband Berlin, hat auf Grundlage einer soliden Haushaltsführung und der Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung eine gesunde Finanzlage. In den Jahren des Berichtszeitraumes sind die jeweiligen Haushaltspläne eingehalten worden.

Im Jahr 2010 fiel der Abschluss deutlich positiver aus, als er im Haushalt geplant war. Die Minder Ausgaben betragen 483 T€, das waren 200 T€ mehr als erwartet und das Reinvermögen stieg auf 1.529 T€.

Der Haushalt des Jahres 2011 war geprägt durch den Wahlkampf. Die Ausgaben dafür lagen mit 1.671 T€ knapp unter dem vom Landesvorstand beschlossenen Budget von 1.700 T€. Die Einhaltung des Kostenrahmens ist auf die Einhaltung der Haushaltsrichtlinien und entsprechender Controlling Instrumente zurückzuführen, aber nicht zuletzt auch ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kurt-Schumacher-Hauses.

Im Besonderen möchte ich das Zeitungsprojekt des Landesverbandes erwähnen. Das Berliner Stadtblatt erschien erstmals im Jahr 2011 in vier Ausgaben und erreichte eine Gesamtauflage von fast 2 Millionen Exemplaren, die in ausgewählten Gebieten in Berlin professionell verteilt wurden. Das dieses Projekt ein großer Erfolg wurde ist der breiten Unterstützung durch die Kreise und den ehrenamtlich tätigen Redakteurinnen und Redakteuren zu verdanken. Der Landesvorstand hat beschlossen, dieses Projekt zunächst für zwei Jahre fortzuführen und dafür auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.

Personal- und Verwaltungskosten

Die Personalkosten haben sich in den vergangenen Jahren entsprechend der langfristigen Planung entwickelt. Die Gesamtpersonalkosten sanken von 1.530 T€ im Jahr 2009 auf 1.476 T€ im Jahr 2010. Auch dies entsprach der Mittelfristigen Finanzplanung. Bedingt durch den Wahlkampf und die Notwendigkeit zusätzliches Personal einzustellen, sind die Personalkosten im Jahr 2011 erwartungsgemäß auf 1.604 T€ gestiegen.

In Anbetracht der Reduzierung des Personals der vergangenen Jahre und der damit im Zusammenhang stehenden Arbeitsverdichtung im Kurt-Schumacher-Haus, sollte sich der Landesvorstand in der kommenden Wahlperiode auch mit der Struktur, der Organisation und dem Stellenplan auseinandersetzen. In der Berliner Parteizentrale wird eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Partei erbracht, die sowohl ein hohes Maß an Qualifikation, als auch eine entsprechende Kapazität an Personal erfordert.

Die Gewerkschaft ver.di hat den Entgelttarifvertrag fristgerecht zum 30. Juni 2012 gekündigt. Die Tarifverhandlungen wurden noch vor dem Landesparteitag aufgenommen.

Die Verwaltungsausgaben waren im Jahr 2009 und 2010 mit 396 T€ auf stabilem Niveau. Dies ist den zahlreichen Einsparungen der vorangegangenen Jahre sowie einer effizienten Kostenplanung und -kontrolle zu verdanken. Im Jahr 2011 stiegen die Sachausgaben auf Grund der Wahlkämpfe sowie gestiegener Energie- und Beschaffungskosten auf rund 470 T€.

Die höheren Sachausgaben wurden in der Finanzplanung entsprechend berücksichtigt. Dennoch sollten im Sinne einer positiven Umweltbilanz in den kommenden Jahren verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, den Energieverbrauch deutlich zu senken.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Landesverbandes konnten im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um gut 10 % gesteigert werden. Ein Großteil resultiert dabei aus dem Vertrieb von Druckerzeugnissen im Wahlkampf. Im Jahr 2010 sanken die Einnahmen erwartungsgemäß um -7,7 % gegenüber 2009. Im Besonderen zu erwähnen ist der Rückgang der Einnahmen aus staatlichen Mitteln, auf Grund der verlorenen Bundestagswahl 2009 (2010 ca. 45 T€ weniger als 2009). Die Bundestagswahl 2009 hat in Folge auch dazu geführt, dass sich die Einnahmen von Mandatsträgern im Jahr 2009 um -4 % und im Jahr 2010 um -1,9 % im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr verringerten.

Die vom Landeskassierer Mark Rackles begonnenen Aktivitäten in Bezug auf die Beitragsanpassung der Mitglieder und die Spendenakquise wurden konsequent fortgeführt und weiter intensiviert. Das Spendenaufkommen lag im Jahr 2010 bei ca. 80 T€ leicht über dem Vorjahresniveau. Im erfolgreichen Wahljahr 2011 konnten durch gezielte Aktivitäten insgesamt über 220 T€ an Spenden eingeworben werden. Damit wurde das ehrgeizige Ziel erreicht!

Auf Grund der immer wiederkehrenden Diskussion über die prozentuale Beitragsverteilung zwischen den Ebenen, möchte ich an dieser Stelle betonen, dass die Vermögensbestände der Abteilungen und Kreise in gravierendem Maße unterschiedlich sind. Die finanzielle Ausstattung einiger Abteilungen, vor allem im mitgliederschwächeren Ostteil der Stadt, ist ausreichend bekannt. Um die politische Arbeit auch in diesen strukturschwächeren Abteilungen sicherzustellen, sind durch den neuen Landesvorstand geeignete Instrumente zu entwickeln, um direkt dort zu helfen, wo es notwendig ist. Eine generelle Änderung der Beitragsverteilung ist nicht zielführend, weil auch die politische Handlungsfähigkeit der Landesebene dabei nicht verspielt werden darf. Der Geschäftsführende Landesvorstand hatte sich zu Beginn des Jahres intensiv mit der Vermögensverteilung in den Abteilungen und Kreise auseinandergesetzt und sich darauf verständigt, dass in Bezug auf bevorstehende Wahlen ein Sonderfonds eingerichtet werden soll.

Bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen ist der Landesverband Berlin im bundesweiten Vergleich

immer unter den Spitzenplätzen vertreten, denn seit 2009 ist ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen. Die Mitgliederzahlen im Landesverband Berlin und die Entwicklung der vergangenen Jahre sind in der Anlage zu finden. Die Einnahmeentwicklung durch Mitgliedsbeiträge stieg im Berichtszeitraum jährlich um ca. 40 T€ und betrug im Jahr 2011 insgesamt 1.749 T€.

An dieser Stelle möchte ich unseren Mitgliedern, den Spenderinnen und Spendern und nicht zuletzt auch unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern recht herzlich danken!

Vermögensentwicklung und mittelfristige Finanzplanung

Der Landesverband kann seit vielen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen und bestreitet diesen aus eigenen Finanzmitteln. Dies war nicht immer so und dies ist auch kein Selbstläufer! Damit die Partei aber auch in Zukunft handlungs- und kampagnenfähig bleibt, müssen die Verantwortlichen auch in Zukunft wachsam sein.

Dazu gehört neben dem Gewinnen neuer Mitglieder für die Partei auch das Gewinnen von Wahlen. Sowohl für Mitgliederwerbekampagnen als auch für die geplanten Wahlkämpfe der kommenden Jahre ist der Grundstein gelegt. Mit der Mittelfristigen Finanzplanung, die bis zum Wahljahr 2016 fortgeschrieben ist, sind politische Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden. Auch der Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus im Jahr 2016 kann aus eigener Kraft in einem ausreichenden Umfang finanziert werden.

Die Zahlenwerke der Rechenschaftsberichte der Jahre 2009 und 2010 sind in diesem Jahresbericht als Anlage abgedruckt. Da der Rechenschaftsbericht 2011 erst nach der Drucklegung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer begutachtet wird, wird er dem Landesparteitag zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt und in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

Harald Christ
Landeskassierer

LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Es scheint uns ein Zeichen für den guten Zustand zu sein, in dem sich die Berliner SPD befindet. Die Landesschiedskommission hatte im Berichtszeitraum lediglich ein einziges Parteiordnungsverfahren durchzuführen.

Es handelte sich um einen Vorgang aus dem Bezirk Treptow-Köpenick. Dort wurde ein Mitglied aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Parteiausschluss wurde in dem Berufungsverfahren vor der Landesschiedskommission bestätigt. Die weitere Berufung des Betroffenen bei der Bundesschiedskommission war erfolglos.

Nikolaus Sander
Vorsitzender der Landesschiedskommission

FACHAUSSCHUSS I – INTERNATIONALE POLITIK

Arbeitsweise und Arbeitsergebnisse 2010 – 2012

Die Arbeit des FA I im Berichtszeitraum war stark bestimmt durch direkte und indirekte Beiträge zum Wahlkampf und zum Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2011.

Neben einem Leitbild für das Stichwort Weltoffene Stadt mit der Benennung konkreter Felder der Umsetzung lieferte der FA I Programmbeiträge zu den Themenfeldern Landesentwicklungspolitik, Erinnerungskultur, Nutzung des Potenzials von MigrantInnen in Bildung und Beschäftigung und Integration von bildungsfernen Kindern und Jugendlichen, die auch in größerem Umfang Eingang in das Landeswahlprogramm gefunden haben. Ein gemeinsam mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag BER entwickeltes Konzept für ein Eine-Welt-Haus konnte in der Koalitionsvereinbarung mit der CDU verankert werden.

Der regelmäßige monatliche Rhythmus von parteiöffentlichen FA-Sitzungen wurde gemäß den Erfordernissen des Wahlkampfes und der Diskussionslage in der Partei ergänzt um zwei mit dem ABI veranstaltete Workshops zu den Themen Integration von MigrantInnen und Erinnerungskultur und zum Thema Frieden und Versöhnung in Afghanistan.

Beim Schwerpunktthema Postkoloniale Erinnerungskultur, das stärker als auf der Landesebene eine größere Rolle im Wahlkampf des Bezirks Mitte spielte, entwickelte sich um das Projekt eines Erinnerungskonzepts für das Afrikanische Viertel im Anschluss an die Ausstellung Freedom roads! in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses eine intensive Zusammenarbeit mit dem BER, den in der postkolonialen Erinnerungsarbeit engagierten Nichtregierungsorganisationen Berlin Postkolonial und Afric Avenir sowie der AG Afrikanisches Viertel der SPD Mitte. Ergebnisse dieser Arbeit sind der Beschluss der BVV Mitte, eine Informationstafel zu den kolonialgeschichtlichen Bezügen des Afrikanischen Viertels aufzustellen sowie das noch nicht umgesetzte Projekt der Errichtung eines Flächendenkmals zur Erinnerung an die Kolonialvergangenheit nach dem Vorbild der Erinnerungstafeln zur Ausgrenzung von jüdischen MitbürgerInnen im Bayerischen Viertel in Schöneberg.

Der FA I hat das Projekt konzeptionell mit einem Vorschlag für die Gestaltung dieses Flächendenkmals Afrikanisches Viertel sowie politisch mit vom Landesparteitag der SPD Berlin zum Beschluss erhobenen Anträgen für ein gesamtstädtisches postkoloniales Erinnerungskonzept und für eine symbolische und materielle Wiedergutmachung für den deutschen Völkermord an Völkern im heutigen Namibia zu Beginn des 20. Jahrhunderts unterstützt.

Bei dem schon im letzten Berichtszeitraum beherrschenden Großthema Afghanistan hat der FA I das der SPD nahe stehende Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur intensiv darin unterstützt, zivilgesellschaftliche Gruppen in Deutschland zu organisieren und von hier aus Beiträge zur Förderung des Friedens- und Versöhnungsprozesses in Afghanistan zu leisten.

Dazu dienten vor allem der angesprochene gemeinsame Workshop im August-Bebel-Institut und eine größere Veranstaltung mit mehreren Bundestagsabgeordneten und afghanischen ReferentInnen im Abgeordnetenhaus, aber auch gemeinsame Feiern zu Weihnachten und zum islamischen Opferfest.



Foto: AFGH.-Komitee für Frieden, Wiederaufbau u. Kultur

AFGHANISTAN-VERANSTALTUNG DES FA I MIT DEM BERLINER AFGHANISTAN-KOMITEE IM ABGEORDNETENHAUS AM 18. JANUAR 2012



Foto: Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau u. Kultur

DER VORSITZENDE DES BERLINER AFGHANISTAN-KOMITEES DR. RAHIM SAFI ÜBERGIBT DAS WILLY-BRANDT-PORTRAIT EINES AFGHANISCHEN KÜNSTLERS AN INGO SIEBERT VOM ABI BEIM AFGHANISTAN-WORKSHOP AM 26.03.2011

Schwerpunkt der Politikberatung gegenüber dem Landesvorstand waren die Unterstützung von Demokratisierung und Neuaufbau staatlicher Institutionen in den Ländern des arabischen Frühlings. Der FA-I-Vorsitzende überbrachte auch bei mehreren Demonstrationen der syrischen Opposition in Berlin Grußadressen im Namen der SPD Berlin.

Der FA I nahm in mehreren Sitzungen nicht nur Anteil an den Protestbewegungen im arabischen Raum, sondern unterstützte mit einer gemeinsamen Veranstaltung auch die für ein besseres Bildungswesen in Chile kämpfenden StudentInnen.

In mehreren Sitzungen behandelte der FA I den speziellen Aspekt der Auswirkungen des Transitionsprozesses in den arabischen Ländern auf den Palästina-Konflikt u.a. in einer Veranstaltung mit

dem palästinensischen Generaldelegierten Haidar Abdul Shafi. Im Zusammenhang mit seinem Engagement für eine Lösung des Palästina-Konflikts arbeitet der FA I in einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe mit Berliner Grünen zur Einleitung einer Städtepartnerschaft eines Berliner Bezirks mit einer Kommune in den palästinensischen Autonomiegebieten mit, die sich in einem ersten Schritt mit einer Bestandsaufnahme der Situation und dem Potenzial von PalästinenserInnen in Berlin beschäftigt.

Vor dem Hintergrund der Probleme des EU-Beitritts Serbiens wurde die Zusammenarbeit mit der Deutsch-Serbischen Gesellschaft unter Führung des FA-I-Vorstandsmitglieds Mirko Jovic in der bisherigen Intensität fortgeführt, ebenso die Zusammenarbeit mit dem Afrika-Haus in Moabit auf dem Feld der deutschen Kolonialgeschichte.

Aktuelle Projekte

In seinen monatlichen Sitzungen im Februar, März und April 2012 behandelte der FA I Themen, die weiterhin Möglichkeiten der Mitarbeit und Mitgestaltung für interessierte AktivistInnen innerhalb und außerhalb der Partei bieten: Im Februar das Thema Wiederbelebung der Sozialistischen Internationale auf der Basis eines Antrags der Berliner Jusos zum Landesparteitag im November 2011, im März das Thema Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln und globale Ernährungssicherheit und im April nationale und internationale Kontexte des Rechtsterrorismus und Rechtspopulismus an den Beispielen Norwegen, Russland und der NSU-Morde in Deutschland.

Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit

Eine Begutachtung der immer wieder von aktuellen Entwicklungen bestimmten Themen der 20 Sitzungen und Veranstaltungen im Berichtszeitraum ergibt, dass die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit des FA I trotz neuer Akzente mit den Ländern des Arabischen Frühlings entsprechend dem langfristig angelegten Engagement des FA I in den genannten Bereichen im Wesentlichen gleich geblieben sind:

1. Friedens-, Demokratie-, Menschenrechts- und Flüchtlingsprobleme in den Konfliktregionen Arabien, Palästina, Iran, Afrika, Lateinamerika
2. Afghanistan
3. Probleme der Balkan-Region
4. Landesentwicklungspolitik
5. Politische Entwicklung Lateinamerikas

Umsetzung der vom Landesvorstand vorgegebenen Arbeitsziele

■ 1. Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern

Vorrangige Zielgruppen der für Nichtparteimitglieder offenen Arbeit des FA I sind weiterhin Aktivistinnen aus Friedens-, Menschenrechts-, Flüchtlings- und Umweltinitiativen sowie studierende und ausgebildete WissenschaftlerInnen, die sich zunehmend für den FA I und seine Arbeit interessieren. Der durchschnittliche Bürger und die durchschnittliche Wählerin sind allenfalls DialogpartnerIn bei vom FA I mitgestalteten Wahlveranstaltungen wie zum Erinnerungsort Afrikanisches Viertel.

Der FA I spricht mit seinen Themen und Veranstaltungsformaten aber immer mehr „normale“ Parteimitglieder aus allen Teilen der Stadt an, welche die Diskussionsergebnisse in den FA I-Veranstaltungen in ihre Abteilungen tragen. Vorstandsmitglieder des FA I übernehmen zunehmend Referate in den Abteilungen zu den Veränderungen des arabischen Frühlings, zu Afghanistan und anderen internationalen Themen.

■ 2. Beiträge im Vorfeld von Wahlen

(Vgl. dazu ausführliche Darstellung unter „Arbeitsweise und Arbeitsergebnisse“)

■ 3. Einbeziehung von Verbänden usw.

Neben der schon angesprochenen kontinuierlichen Kooperation mit dem BER, der Deutsch-Serbischen Gesellschaft, dem Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur, dem ABI und dem Afrika-Haus, arbeitet der FA I vor allem mit der AG Migration und dem FA II – Europa und gestützt auf die Zugehörigkeit einzelner Vorstandsmitglieder zu diesen Organisationen und Institutionen mit der Europäischen Akademie Berlin, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem Afrika-Forum der Deutschen Wirtschaft und dem Referat für Interkulturelle Angelegenheiten beim Senator des Inneren.

■ 4. Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf (Vgl. 1.)

■ 5. Kultur der Mitarbeit, Partizipationsmöglichkeiten, Projektarbeit

Anknüpfend an die Vorstellung der eigenen Interessen in den Vorstellungsrunden zu Beginn der FA-I-Sitzungen erhalten Mitglieder und SympathisantInnen die Möglichkeit, ihr eigenes Arbeitsfeld in die Arbeitsplanung des FA I einzubringen und auch eigenständig Vorbereitungen für Veranstaltungen und Aktivitäten des FA I zu leisten (Ausarbeitung von Themen, Kontaktaufnahme mit ReferentInnen und Organisationen). Zur Projektorientierung vgl. übrige Teile des Berichts.

Karl-Heinz Niedermeyer
Vorsitzender des FA I

FACHAUSSCHUSS II – EU-ANGELEGENHEITEN – SPE AKTIVISTEN BERLIN

Der Fachausschuss und die SPE-Aktivisten Berlin (FA/SPE-Aktivisten) tagten jeden 4. Dienstag im Monat. Dem Vorstand gehörten Dr. Philipp Steinberg (Vorsitzender), Julia Würtz, Dr. Björn Hacker, Viola Weyer, Dr. Armin Steinbach (stv. Vorsitzende), Dr. Karin Pieper (Schriftführerin) an.

Nachdem sich die Gruppe der „SPE-Aktivisten Berlin“ – eine Basisgruppe der Sozialdemokratischen Partei Europas – mit dem FA zusammengeschlossen hat, konnte der Fachausschuss seine ohnehin enge Zusammenarbeit mit der SPE und den „SPE-Aktivisten“ weiter vertiefen.

Die Sitzungen beginnen regelmäßig mit einer so genannten aktuellen Stunde. In diesem Rahmen berichten externe Referenten oder Fachausschussmitglieder, die selbst im Europabereich tätig sind, über aktuelle europapolitische Themen. Aus den anschließenden Diskussionen ergeben sich regelmäßig wichtige Impulse für die weitere inhaltliche Arbeit des Fachausschusses.

Der FA/SPE-Aktivisten bringen regelmäßig Anträge auf den Landes- und Bundesparteitag ein. In den letzten zwei Jahren gehörten dazu insbesondere Anträge zur Krise in der Eurozone, zur Zukunft des Euratom-Vertrages sowie zu weiteren europapolitischen Themen. Außerdem werden Positionspapiere zu aktuellen europapolitischen Diskussionen erarbeitet und in die Partei, Fraktion und die Zivilgesellschaft hineingetragen.

Darüber hinaus werden in regelmäßigen Abständen öffentliche Veranstaltungen organisiert. Zu nennen ist insbesondere eine zusammen mit der AGS Berlin organisierte und mit fast 100 Teilnehmenden sehr gut angenommene Podiumsdiskussion mit Swen Schulz, MdB, und Prof. Dr. Franz Mayer zur Frage der Zukunft der Demokratie in Europa. Ferner hat der FA/SPE-Aktivisten im Rahmen der Partnerschaft mit Paris eine Podiumsdiskussion mit Hella Dunger-Löper, Dr. Philipp Steinberg, Emanuel Grégoire (SPE-Paris), Sandra Desmettre (Think Tank „Terra Nova“) organisiert und durchgeführt.

Der FA/SPE-Aktivisten beteiligen sich mittlerweile schon fast traditionell mit seinem Internet-Quiz „Wer wird der European Quiz Master?“ an der Europawoche und hat das Europafest im FEZ mit einem Stand unterstützt.

Insbesondere haben der FA/SPE-Aktivisten sich intensiv mit der Erarbeitung von Grundprinzipien für das angestrebte gemeinsame Programm der SPE beschäftigt und die mittlerweile beschlossenen „Declaration of principles“ maßgeblich mitgestaltet.



Foto: FA II

DISKUSSION „BLEIBT DIE DEMOKRATIE AUF DER STRECKE?“ MIT SWEN SCHULZ, MdB

Daneben haben der FA/SPE-Aktivistinnen die erste europäische Basisinitiative „Charta für eine engagierte Europäische Sozialdemokratie“ ins Leben gerufen und hierfür bereits über 500 Unterschriften gesammelt. Die Charta hat sich zum Ziel gesetzt, den europäischen Gedanken in den sozialdemokratischen Parteien zu stärken. Sie kann unter www.eurosocialdemocrats.eu eingesehen und unterzeichnet werden.



Foto: FA II

STAATSSSEKRETÄRIN HELLA DUNGER-LÖPER UND SANDRA DESMETTRE (R.) BEI DER FA-DISKUSSION ZUR KRISE IN DER EUROZONE MIT DEN FRANZÖSISCHEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN

Der FA/SPE-Aktivistinnen Berlin haben zusammen mit den Genossen aus Paris im Rahmen der Partnerschaft ein gemeinsames Metropolenpapier erarbeitet, welches sich mit der Zukunft der Metropolen in Europa beschäftigt. Dieses wurde an die jeweiligen Vorsitzenden weitergeleitet. Es soll eine Grundlage für die weitere Arbeit der beiden Landesverbände bilden.

Der Fachausschuss unterhält neben der Homepage auf den Seiten des Landesverbandes, eine eigene Homepage (www.spe-berlin.eu), die regelmäßig aktualisiert wird. Hier werden die jeweils aktuelle Einladung sowie Positionspapiere und sonstige vom Fachausschuss erarbeiteten Papiere und Anträge veröffentlicht. Daneben kommuniziert der FA/SPE-Aktivistinnen über eine Facebook-Homepage.

Zu den Sitzungen kommen regelmäßig zwischen 20 und 30 Mitglieder – Mitarbeiter aus den Bundesministerien und Landesvertretungen, europapolitische Vertreter der Landespartei und einfach Europa Interessierte. Der FA/SPE-Aktivistinnen arbeitete mit Dagmar Roth-Behrendt, der Berliner SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, der Abgeordnetenhausfraktion – insbesondere mit dem europapolitischen Sprecher Frank Zimmermann und der Staatssekretärin Monika Helbig, der ehemaligen Berliner Europabeauftragten, zusammen.

Die Mitglieder des Fachausschusses sind teilweise in Abteilungen und Kreisen organisiert, teilweise ist der FA/SPE-Aktivisten jedoch die einzige Anbindung an die Partei. Er ist ebenfalls eine häufige Anlaufstelle für in Berlin lebende Mitglieder der Schwesterparteien.

Mitglieder des Fachausschusses publizieren regelmäßig zu europapolitischen Themen, u.a. auch in der „Berliner Stimme“. Der Fachausschuss hat eine ReferentInnenliste mit kompetenten Mitgliedern erstellt, die gerne in Abteilungsversammlungen und bei sonstigen Veranstaltungen referieren.

Er hat ein Infolyer „Der Fachausschuss EU-Angelegenheiten der Berliner SPD stellt sich vor“ erarbeitet. Dieser ist abrufbar auf der Homepage des FA: www.berlin.spd.de --> Partei --> FA II

ReferentInnenliste, Faltblatt oder sonstige Informationen stellt Philipp Steinberg gern zur Verfügung.

■ Philipp.Steinberg@spd-online.de



Foto: FA II

DER FA-STAND AUF DEM FEZ-EUROPAFEST



Foto: FA II

MITGLIEDER DER SPE-AKTIVISTEN/FA EUROPA AUF DER SPE-CONVENTION IN BRÜSSEL

FACHAUSSCHUSS III – INNEN- UND RECHTSPOLITIK

Wie zuvor stand der Fachausschuss III dem Landesparteitag, dem Landesvorstand sowie dem Arbeitskreis I der SPD-Fraktion für die Bearbeitung überwiesener Anträge und die fachliche Beratung zur Seite. Dies und die Diskussion aktueller Themen der Innen- und Rechtspolitik waren Inhalt seiner Tätigkeit in den letzten zwei Jahren. Geleitet wird der Fachausschuss von Thomas Kleinedam, Vorsitzender, und seiner Stellvertreterin Gabriele Nieradzki sowie seinem Stellvertreter Daniel Behrendt.

Fast schon traditionsgemäß hat der Fachausschuss auf eine kontinuierliche Mitarbeit seiner Mitglieder geachtet und wird dies auch weiter tun. Nur so konnte und wird auch künftig die notwendige fachliche Begleitung rechts- und innenpolitischer Prozesse gewährleistet und eine konstruktive, nachhaltige Bearbeitung seiner Themen stattfinden.

Mit folgenden Themen beschäftigte sich neben einigen tagesaktuellen Angelegenheiten der Fachausschuss in den letzten zwei Jahren:

- Fortsetzung der Diskussion um die Sicherungsverwahrung
- Bezirksverwaltungsgesetz
- Dienst- und Laufbahnrecht
- Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen
- Bemessungsgrenzen beim Besitz von Betäubungsmitteln
- Sicherheit im ÖPNV und an Bahnanlagen
- Wahlrecht, u.a. Absenkung des Wahlalters auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre
- Richterliche Mediation
- Rechtsfragen Netzpolitik
- Standortfragen JVA
- Koalitionsvertrag 2011
- Konsequenzen aus der Landtagswahl Berlin und der Neuaufteilung der Ressorts

Daniel Behrendt
Für den FA III

FACHAUSSCHUSS IV – KINDER, JUGEND, FAMILIE

Der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie hat sich seit vielen Jahren zum Ziel gesetzt, sowohl aktuelle Themen zu bearbeiten als auch Grundsatzdiskussionen der Jugendhilfe in der SPD Berlin und der Fachöffentlichkeit voran zu bringen. Deshalb sind die Themen der einmal im Monat stattfindenden Versammlungen breit gefächert.

Auch die Zusammensetzung der Mitglieder ist deshalb vielfältig: Genossinnen und Genossen von freien Trägern, aus der Verwaltung und Politik im Land und den Bezirken, aus Verbänden und viele andere Interessierte. Gerade diese Mischung von unterschiedlichen Sichtweisen auf die Jugendhilfe macht den Fachausschuss lebendig. Wir freuen uns sehr, dass wir jetzt als langjährige aktive Mitglieder des Fachausschusses Sandra Scheeres als Senatorin und Sigrid Klebba als Staatssekretärin begrüßen dürfen.

Der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie ist ein offener Fachausschuss. Neue Mitglieder sind uns herzlich willkommen.

Inhaltliche Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren:

- Die Erarbeitung und der Beschluss eines Konzepts zur „Bekämpfung der Kinderarmut“. Kinderarmut ist vielfältig. Uns war und ist wichtig, hierunter nicht nur die materielle Armut zu verstehen sondern auch die Armut an Teilhabe, Zuwendung und Bildung. An Aktualität hat dieser Bericht einschließlich der darin enthaltenen Handlungsempfehlungen leider nicht eingebüßt und wird uns weiter beschäftigen.
- Auch das Thema Familienpolitik wurde in einem Konzeptpapier bearbeitet und diente und dient der weiteren Diskussion in der Landes-SPD und in den Fachkreisen als Diskussionsgrundlage. Der Familienbegriff hat sich in den letzten Jahren erheblich erweitert. Neben der Kindererziehung umfasst er auch das kontinuierliche für einander Einstehen anderer Generationen, so z.B. beim Thema Pflege der Eltern.
- Schon frühzeitig begann der Fachausschuss sich auf die Themen im Wahlkampf vorzubereiten und dafür Vorschläge und Positionen zu erarbeiten. Diese fanden Eingang sowohl in unser Wahlprogramm als auch später in die Koalitionsverhandlungen.
- Das 2010 in der Presse kurzzeitig für Aufregung sorgende Thema von „straffälligen“ strafmündigen in Berlin lebenden Kindern und unbegleiteten Flüchtlingen wurde vom Fachausschuss aufgegriffen und mit den Handelnden erörtert.

■ Weitere tagespolitische Anlässe für Themen gaben die Situation der Kita-Eigenbetriebe und das Strategie-Papier der A-Länder zur Veränderung der Jugendhilfe bundesweit. Die Kita-Eigenbetriebe befinden sich zwischen Regelfinanzierung über das Kostenblatt und Gleichbehandlungsgrundsatz mit den Trägern einerseits und den durch das öffentliche Tarif- und Dienstrecht hervorgerufenen Sondertatbeständen ständig im Fokus von Diskussionen. Hier hat der Fachausschuss sich klar zu den Kita-Eigenbetrieben bekannt. Die Diskussion um das A-Länder-Papier zeigte deutlich, dass mit schnellem Zurückweisen der Angriffe auf das Individualrecht auf Hilfe in den Hilfen zur Erziehung die Diskussionen in eine andere Richtung gelenkt werden konnten – s. nächster Punkt.

■ Natürlich waren auch kontinuierlich die Hilfen zur Erziehung und die notwendigen Kontrollsysteme bzw. Steuerungsmöglichkeiten Thema im Fachausschuss. Vor allem das von der Senatsjugendverwaltung mit den Bezirken zusammen eingeführte Wirkungscontrolling wurde vom Fachausschuss sehr einhellig begrüßt.

Nach nunmehr 10 Jahren als Vorsitzende des Fachausschusses werde ich nicht mehr als Vorsitzende kandidieren.

Angelika Schöttler
Vorsitzende des FA IV

FACHAUSSCHUSS V – STADT DES WISSENS

Die Arbeitsgemeinschaft Wissenschaft bildet zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Schule den Fachausschuss „Stadt des Wissens“.

AG Wissenschaft

Im Berichtszeitraum 2010 bis 2012 konnte die Arbeit der beiden ständigen Arbeitsgruppen Schule und Wissenschaft etc. effektiv vernetzt werden. Die Arbeit wird in der Steuerungsgruppe koordiniert, die zugleich das gemeinsame Auftreten nach außen sichert.

Über beide ständige Arbeitsgruppen konnten weitere Genossinnen und Genossen für die kontinuierliche Mitarbeit gewonnen werden. Zu mehreren Sitzungen wurden auch Nichtmitglieder gezielt eingeladen. Der Fachausschuss hat sich durch diverse Anträge und Stellungnahmen intensiv an der programmatischen Weiterentwicklung der SPD beteiligt. Sowohl die Reform der schulischen Bildungsangebote mit der Einführung der Gemeinschaftsschule sowie der Ausweitung der jahrgangsübergreifenden Eingangsphase, als auch die Umsetzung der gestuften Studiengänge bildeten Schwerpunkte in der Diskussion innerhalb der Partei als auch in verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen.

Die AG Wissenschaft, Forschung, Berufliche Bildung etc. hat sowohl Grundsatzpositionen wie auch Stellungnahmen zu verschiedenen aktuellen bildungspolitischen Themen erarbeitet.

Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Arbeit waren bis zum Sommer 2011 die Arbeiten an der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes, die auch mit öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Referaten auf Veranstaltungen der Parteigliederungen sowie treffen mit VertreterInnen anderer Parteien und Organisationen verbunden war.

Themen wie die Umsetzung der Hochschulverträge, die Qualitätssicherung der Lehre, die Studiemöglichkeiten in den gestuften Studiengängen sowie die Entwicklung der Forschungslandschaft waren daneben sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei wichtige Punkte.

Für den Wahlkampf 2011 wurde durch den Fachausschuss intensiv für das Wahlprogramm gearbeitet und die Wahlkampfphase gerade auch in der Diskussion mit Organisationen der Hochschullandschaft für die Darstellung der Parteipositionen genutzt. Die Hervorhebung der Sicherstellung der Gebührenfreiheit für ein Studium an einer staatlichen Hochschule in Berlin und der Erfolge gerade auch bei der Frauenförderung bildeten hierfür eine gute Grundlage.

Daneben konnte im Rahmen der Fortführung des offiziellen und im inoffiziellen Dialog über Gemeinsamkeiten und Trennendes einer gesellschaftspolitisch linken Hochschulpolitik mit Gewerk-

schafterInnen und PolitikerInnen linker Parteien verstärkt die Ausweitung des Studienangebotes insgesamt und auch die Ausweitung alternativer Studienberechtigungen (neben dem traditionellen Abitur) mit der Neufassung des Hochschulgesetzes aufgegriffen werden.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen konnten die Vorstellungen im Bildungsbereich in einem erheblichen Maße verankert werden und somit eine gute Grundlage für die Arbeit auch im neuen Senat geschaffen werden.

Die Kooperation mit den BildungspolitikerInnen der SPD-Fraktionen im Abgeordnetenhaus und im Bundestag hat ebenso wie der Dialog mit Senator bzw. Senatorin und StaatssekretärInnen auch in den beiden Berichtsjahren die Qualität der Arbeit unterstützt.

Die verstärkte Darstellung der durch den Fachausschuss erarbeiteten Positionen und der entsprechenden Beschlüsse der Partei, insbesondere der Landesparteitage, im Internet hat zu einer Ausweitung der Wahrnehmung der Berliner SPD als der Partei des Wissens in dieser Stadt beigetragen. Die verstärkte öffentliche Wahrnehmung spiegelt sich dabei auch in häufigeren medialen Auseinandersetzungen gegen die Reformpolitik der Partei wieder.

Der Fachausschuss und die Vorstände beider AGen werden auch künftig sowohl für die Diskussion innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen, als auch für die öffentliche Darstellung der Parteipositionen zur Verfügung stehen.

AG Schule und Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit der Arbeitsgruppe Schule und des Landesvorstands der AfB waren die Schulstrukturreform und deren Umsetzung, Inklusion, die Ausstattung der Berliner Schule mit Lehrkräften, Lehrerbildung sowie die Beteiligung am Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl im September 2011. An den Koalitionsverhandlungen im Bereich Bildung waren wir durch Monika Buttgerer vertreten. Im Vorfeld der Verhandlungen wurden von uns Bausteine für den Koalitionsvertrag erarbeitet, die weitgehend eingearbeitet werden konnten. So gelang es z.B. den Fortbestand und weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschule auch mit der CDU zu vereinbaren.

Nicht zuletzt durch eine von uns initiierte Diskussion über die Bedeutung des bildungspolitischen Ressorts für die Sozialdemokratie im SPD-Landesvorstand gelang es, dieses Ressort für die SPD zu sichern. Die CDU hat in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, dass sie kein Interesse an Chancengleichheit in der Berliner Schule hat. Statt auf Integration, Chancengleichheit, Gewährung einer zweiten Chance setzt sie in der Bildungspolitik nach wie vor auf Ausgrenzung und Segregation. Deshalb war es von herausragender Bedeutung, das Bildungsressort in sozialdemokratischer Hand zu behalten.

Die Umsetzung der Schulstrukturreform wurde und wird von uns kritisch begleitet. Nach den neu-

ersten Anmeldezahlen an den Gymnasien und Sekundarschulen zeigt sich, dass sich die Gefahr der Herausbildung von Restschulen verstärkt hat. Während auf der einen Seite gut nachgefragte Gymnasien und Sekundarschulen sich ihre SchülerInnen aussuchen können und dabei den „Numerus clausus“ immer mehr in die Höhe schrauben, gibt es auf der anderen Seite Schulen, die überhaupt nicht nachgefragt sind und ein Sammelbecken für SchülerInnen darstellen, die von anderen Schulen abgelehnt wurden. Hier entwickeln sich Schulen mit Problemen, wie wir sie früher von Hauptschulen kannten. Von einer sozialen Mischung kann trotz des Losverfahrens an vielen Sekundarschulen nicht die Rede sein. Es wird Aufgabe der Bildungspolitik sein, benachteiligte Sekundarschulen durch das Entwickeln attraktiver Konzepte zu unterstützen.

Es zeichnet sich ebenfalls ab, dass die Profilbildung bei den Sekundarschulen nicht ausreichend fundiert stattfindet. Ein abgestimmtes bezirkliches Konzept aller Sekundarschulen gibt es in keinem Bezirk.

Neben der Weiterentwicklung der Schulstrukturreform werden die Lehrerbildung, die Inklusion und die Versorgung der Berliner Schule mit Lehrkräften die zentralen Themen der kommenden Jahre sein. Die AG Schule und der AfB-Landesvorstand sind dabei, für diese Bereiche Konzepte zu entwickeln.

An unseren Sitzungen nehmen Lehrkräfte, StudentInnen, SchulleiterInnen, ElternvertreterInnen und MitarbeiterInnen der Schulaufsicht teil.

Die Zusammenarbeit mit der Führung der Senatsverwaltung für Bildung hat sich nach den Abgeordnetenhauswahlen deutlich verbessert. Es gibt jetzt eine Bereitschaft, bildungspolitische Diskussionen der Partei wahrzunehmen und über wichtige Themen mit dem Fachausschuss und der AfB zu sprechen. Sowohl die Senatorin Sandra Scheeres als auch die Staatssekretäre Sigrid Klebba und Mark Rackles stellten sich bald nach ihrer Ernennung im Fachausschuss vor und vermittelten dabei ihr Interesse an der Zusammenarbeit mit der Partei. Dies sorgte für „Aufbruchstimmung“ bei vielen Genossinnen und Genossen, die seit Jahren in der Bildungspolitik aktiv sind und bisher häufig mit ihren Argumenten und Erfahrungen nicht ernst genommen wurden.

Die Zusammenarbeit mit der schulpolitischen Sprecherin der Fraktion, Felicitas Tesch, war bis zum September 2011 vertrauensvoll und konstruktiv. Leider ist Felicitas seit der Wahl 2011 nicht mehr Mitglied des Abgeordnetenhauses. Wir danken ihr auf diesem Wege für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Seit November 2011 wird der Fachausschuss von Ilkin Özisik betreut. Auch mit ihm hat sich schon nach kurzer Zeit eine enge und zuverlässige Zusammenarbeit entwickelt.

Matthias Trenczek
Vorsitzender der AG Wissenschaft

Monika Buttgerit
Vorsitzende der AG Bildung

FACHAUSSCHUSS VII – WIRTSCHAFT, ARBEIT, TECHNOLOGIE**Allgemeine Zielsetzungen**

Die Einbindung wirtschafts-, arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Fachwissens ist zentrales Anliegen der Arbeit des Fachausschusses.

Berliner SPD-Mitglieder, die sich im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik engagieren wollen und in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind, können ihre Ideen durch Teilnahme an Fachdiskussionen artikulieren, diskutieren und über den Fachausschuss in die praktische Politik einspeisen. Die personelle Verknüpfung mit den im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich tätigen Abgeordneten und Stadträtinnen und Stadträten gewährleistet den Transfer von im Fachausschuss diskutierten Fragen in die politische Umsetzung.

Mit den Themensetzungen soll programmatische Weiterentwicklung sowie die Bildung von Netzwerken gefördert werden. Dabei werden auch laufend Interessentinnen und Interessenten einbezogen, die noch nicht Mitglieder der SPD sind, sich aber für deren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Arbeit interessieren. Im Jahr 2010 bis 2012 hat sich der Fachausschuss zunehmend auch sehr aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen angenommen und hierzu der programmatischen Debatte in der Partei zugearbeitet.

Neben den thematischen Veranstaltungen, wie sie unten aufgelistet sind, bleibt hervorzuheben, dass die Mitglieder des Fachausschusses sich intensiv an der Erstellung des Wahlprogramms anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus sowie an der Erstellung des Koalitionsvertrages beteiligt haben. Diese wurden im Fachausschuss breit diskutiert. Ein wichtiges Ziel war es und bleibt es weiterhin, die Kooperation und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung voranzutreiben.

Daneben haben sich die Mitglieder intensiv mit der Umstrukturierung der Jobcenter beschäftigt.

Durch die personelle Einbindung eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds der Berliner Wirtschaftsgespräche, die als überparteiliche Institution eine wertvolle Arbeit leistet, vor allem durch gemeinsame Veranstaltungen wurde die Nähe zu den Wirtschaftsgesprächen verdeutlicht und es konnte auch von der sehr guten Arbeit der Wirtschaftsgespräche profitiert werden.

Ziel des Fachausschusses ist es außerdem, Konzepte zu bestimmten Themen zu erarbeiten, die als Diskussionsgrundlage für die SPD Berlin dienen. Es wurden für einzelne Bereiche Verantwortliche festgelegt, die Ansprechpartner für interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind.

Die Verantwortlichen haben teilweise neben der Erstellung eines Konzeptpapiers auch Veranstaltungen initiiert und organisiert.

Folgende Bereiche wurden diesbezüglich bearbeitet:

- Industriepolitik, Technologiepolitik, Rekommunalisierung, Gesundheitswirtschaft, Medienpolitik
- Berufliche Bildung / Weiterbildung / Fachkräftesicherung, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik, Kinderarmut bekämpfen, Kreativwirtschaft, Tourismuswirtschaft

Wir haben den Leitantrag zum Landesparteitag, der sich mit dem Thema Industriepolitik befasste, im Wesentlichen vorbereitet.

Veranstaltungen des Fachausschusses im Einzelnen:

- 10. Februar 2010 zum Thema Die neue internationale Finanzmarktordnung – Welche Maßnahmen wurden bislang durch den G20-Prozess ergriffen? Was bleibt noch zu tun? Welchen Beitrag kann die persönliche Haftung des Bankers zur Eindämmung des Casinokapitalismus leisten?
- 24. Februar 2010 zum Thema Der Fachausschuss stellt sich vor
- 24. März 2010 zum Thema Berichte aus den Arbeitsgruppen
- 26. März 2010 zum Thema Kinderarmut bekämpfen
- 28. April 2010 zum Thema Industriepolitik in Berlin sowie Tourismuswirtschaft, Kreativwirtschaft, Wirtschaftsförderung
- 26. Mai 2010 zum Thema Rekommunalisierung in Berlin
- 8. Juni 2010 zum Thema Deutschlandplan für Berlin
- 22. Juni 2010 zum Thema Zukunft der Jobcenter
- 29. Juni 2010 zum Thema Die TSB auf dem Prüfstand. Leistungen und strategische Zielsetzungen
- 15. November 2010 zum Thema Kreativwirtschaft

- 18. Januar 2011 zum Thema Vorstellung und Bilanz der Fachausschussarbeit der letzten zwei Jahre und Wahl des neuen Vorstands
- 11. April 2011 zum Thema Grundlagen der Wirtschaftspolitik
- 3. Mai 2011 zum Thema Wirtschaft in Berlin mit Frank Jahnke, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Volker Ratzmann, Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis 90 / Die Grünen
- 10. Mai 2011 zum Thema Wirtschaft und Arbeit in Berlin mit Gernot Klemm, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, und Elke Breitenbach, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Frank Jahnke und der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Burgunde Grosse
- 16. August 2011 zum Thema Wirtschaft und Arbeit in Berlin mit Frank Jahnke, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Heiko Melzer, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
- 22. September 2011 zum Thema Berlin nach der Wahl - Wahlergebnisse und Perspektiven
- 30. November 2011 zum Thema Berlin als Verlagsstadt heute und morgen
- 6. Dezember 2011 zum Thema Auswertung der Wahlergebnisse / Auswertung der Koalitionsverhandlungen
- 16. Dezember 2011 zum Thema Kreativwirtschaft
- 10. Januar 2012 zum Thema Berlins Beteiligungen an Unternehmen
- 11. Januar 2012 zum Thema Kreativwirtschaft
- 1. Februar 2012 zum Thema Kreativwirtschaft

Barbara Loth
Vorsitzende FA VII

FACHAUSSCHUSS VIII – SOZIALE STADT – AG BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG

Der Vorstand des Fachausschusses setzte sich in dieser Periode aus Dr. Michael Arndt (Vorsitzender), Kristina Göllner, Johannes Wirthgen (beide stellv. Vorsitzende) und der Schriftführerin Ellen Haußdörfer zusammen. Politischer Schwerpunkt des Fachausschusses war angesichts einer wachsenden Anspannung auf dem Wohnungsmarkt und damit verbundenen Anstieg des Mietniveaus weiter die Mieten- und Wohnungspolitik. Sie galt es hinsichtlich Neubau und insbesondere genossenschaftlichen Neubaus neu zu orientieren. Hierbei verstand sich der Fachausschuss wieder als Beratungs- und Dienstleistungsinstanz für den Landesvorstand der Berliner SPD sowie als Kommunikationspartner für die Akteure der Wohnungswirtschaft. Im ersten Halbjahr 2010 wurden interne Veranstaltungen mit Vertretern der Wohnungswirtschaft (insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften) durchgeführt. Hierbei wurde auch der Landesvorsitzende Michael Müller eingeladen. Ab Mitte 2010 wurde vor dem Hintergrund neuer Erfahrungen wieder zum Fachausschussforum eingeladen. Die aufgeführten Veranstaltungen wurden von durchschnittlich 15 – 20 TeilnehmerInnen besucht.

- Von der Lokalen Agenda 21 zur Nachhaltigkeitspolitik in Berlin, Referent: Daniel Buchholz, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion
- Planungsrechtliche Überlegungen rund um die Tempelhofer, Freiheit, Referentin: Senatsbaudirektorin Regula Lüscher
- Möglichkeiten und Grenzen genossenschaftlichen Neubaus? Referenten: Andreas Böhm, Wohnungsbaugenossenschaft DPF, Ulrich Haneke, Genossenschaft Möckernkiez, Ulrich Hilgenfeld, BBU
- Wege einer genossenschaftlichen Neubauförderung, ReferentInnen: Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, Michael Arndt
- Eckpunkte für einen Wettbewerbs für genossenschaftlichen Neubaus, ReferentInnen: Vorstände der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften
- Sozialdemokratische Eckpunkte in der Wohnungs- und Mietenpolitik - Vorbereitung für die Koalitionsverhandlungen, Referent: Michael Arndt
- Sozialdemokratische Eckpunkte in der Stadtplanung als Vorbereitung für die Koalitionsverhandlungen, Referent: Michael Arndt

- Vorstellung und Diskussion des Koalitionsvertrages von SPD-CDU, Referent: Michael Arndt
- Nach der Senatsbildung: Vorstellungen einer modernen Stadtentwicklung und nachhaltigen Berliner Wohnungs- und Mietenpolitik, Referent: Senator für Stadtentwicklung Michael Müller
- Politikwechsel in der Berliner Liegenschaftspolitik, Referent: Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds Holger Lippmann

Der zweite große Schwerpunkt im Berichtszeitraum galt den programmatischen Vorarbeiten für eine mieterfreundliche und stringente konsistente Politik zwischen dem Landesverband, dem Fachausschuss und der Abgeordnetenhausfraktion sowie der Berliner Wohnungswirtschaft. Hierbei wirkte der Fachausschuss bei der Entwicklung des Leitantrags für den Landesparteitag „Mietstadt Berlin“, beim Wahlprogramm zur letzten Abgeordnetenhauswahl sowie am Koalitionsvertrag maßgeblich mit.

Dr. Michael Arndt
Vorsitzender FA VIII

FACHAUSSCHUSS IX – GESUNDHEIT UND SOZIALES

Der Fachausschuss konstituierte sich mit Neuwahl des Vorstands im November 2010 neu. Zum Vorsitzenden wurde Jens Ahrens gewählt, StellvertreterInnen wurden Birgit Monteiro, Lioba Zürn-Kastantowicz, Thomas Isenberg und Jörg Tänzer. Dem langjährigen Vorsitzenden Rolf Schrödter, der nicht mehr kandidierte, sei an dieser Stelle noch einmal für seine bisherige Arbeit ausdrücklich gedankt.

Der Fachausschuss versteht sich insbesondere als Forum der Kontakte zwischen Partei und Fachwelt und pflegt deshalb einen unkomplizierten Umgang mit den Trägern und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und den zuständigen Verwaltungen. Er will Partei und MandatsträgerInnen Möglichkeiten eröffnen, die fachliche Debatte zu führen und in den politischen Raum einführen.

Der Fachausschuss trifft sich sechsmal im Jahr, viermal zu einem Abendtermin und zweimal am Samstag zu einem Arbeitstag. 2011 und 2012 wurden Veranstaltungen durchgeführt an denen regelmäßig ca. 30 Interessierte aus dem genannten Kontext teilnahmen. Themen waren u.a. der Stand der Änderungen des SGB II, die Weiterentwicklung der Stadtteilzentren in den Sozialräumen, die ambulante Pflege, die Koalitionsvereinbarung mit der CDU, die Überlegungen des Senats zur Novelle des PsychKG.

Intensiv war der Fachausschuss in die Koalitionsverhandlungen eingebunden und konnte insbesondere Anstöße zur Politik des neuen Senats für Menschen mit Behinderung geben. Auch wenn nicht alle Wünsche in diesem Politikfeld erfüllt wurden, so ist doch die UN-Behindertenrechtskonvention als Zielbestimmung des Landes in die Vereinbarung eingeflossen und wird – so ist zu hoffen – den Maßstab der Legislaturperiode setzen. Im Übrigen nahm der Vorsitzende des Fachausschusses an den Verhandlungen auf der Fachebene regelmäßig teil.

Neu und erstmals besuchten Fachausschussmitglieder im Sommer 2011 mehrere Einrichtungen der Sozialen Arbeit, um Kontakt aufzunehmen und die Probleme dieser Einrichtungen zu erkennen und – wenn nötig oder gewünscht – im politischen Raum wahrnehmbar zu machen. Besucht wurden das Projekt „Isa-K“ der AWO, ein Projekt für straffällig gewordene Frauen, die „NUEVA“-Ausbildung der Lebenshilfe, ein Inklusionsprojekt, und das Ev. Geriatriezentrum der Diakonie. Diese Einrichtungsbesuche kamen bei allen Beteiligten gut an und sollen fortgesetzt werden.

Der Fachausschuss steht traditionell interessierten Mitgliedern der SPD ebenso offen, wie Fachleuten aus der Träger-, Verbands- oder Verwaltungslandschaft. Die Parteimitgliedschaft ist nicht unbedingt erforderlich. Interessierte können sich im KSH oder beim Vorsitzenden direkt melden.



Foto: FA IX

*DAS FOTO WURDE BEIM BESUCH BEI DER AWO AUFGENOMMEN UND ZEIGT V.L.N.R.:
MANFRED NOWAK, KREISVORSITZENDER AWO-MITTE, ÜLKER RADZIWILL, MDA, JENS AHRENS,
URSULA GAEDIGK, LIoba ZÜRN-KASTANTOWICZ UND DIE BEIDEN AWO MITARBEITERINNEN
REGINA SCHÖDL UND HEIKE HARTMANN*

Jens Holger Ahrens
Vorsitzender des FA IX

FACHAUSSCHUSS X – NATUR, ENERGIE, UMWELTSCHUTZ

Um die Stadt zukunftsfähig zu machen, bedarf es eines breit angelegten Nachhaltigkeitsansatzes, der sowohl von der zeitlichen Dimension nicht zu kurz greifen darf, der aber auch eine zu enge Fokussierung nur auf ökologische Themen überwinden muss. Aus Anlass des Wahlprogramms und den anschließenden Koalitionsverhandlungen hat sich der Fachausschuss im letzten Sommer in mehreren Sitzungen mit dieser Aufgabenstellung der zukunftsfähigen Stadt intensiv befasst. Dabei ging es uns nicht nur um das Grundsätzliche, sondern auch um konkrete Zielsetzungen, Projekte und Maßnahmen für die Praxis, womit wir sozialdemokratische Stadtpolitik gestalten und prägen wollen.

Das Ergebnis dieses Diskurses ist in einem Strategiepapier zusammengefasst, dessen Spannweite Themen wie eine Berliner Nachhaltigkeitsstrategie, Klima- und Energiepolitik, zukunftsfähige Stadtentwicklung, Berlin – die grüne Metropole, die Natur in der Stadt, die Wasserstadt Berlin, einer nachhaltigen Mobilität für eine zukunftsfähige Metropole, Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, Nachhaltigkeit als Leitbild einer zukunftsfähigen Wirtschaft, Tiere in der Stadt oder auch Umweltbildung und Verbraucherschutz umfasst und verdeutlicht, dass eine urbane Umweltpolitik essentiell für eine gute Lebensqualität in der Stadt ist.

Dem entsprechend vielfältig waren auch die Themen, die wir in unseren Sitzungen bearbeitet haben. Dabei war es uns immer wichtig, dass wir uns mit typischen Fragen der Kommunalpolitik beschäftigen, bei denen die Berliner SPD auch konkrete Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten hat, sei es auf Bezirks- als auch auf Senatsebene. Typisch waren so bezirkliche Themen wie der Öko-Kiez 2020 am Klausener Platz in Charlottenburg oder die Biodiversität in der Großstadt am Beispiel der Naturschutzstation Marienfelde in Tempelhof-Schöneberg. Themen, die die ganze Stadt betreffen waren z.B. die Rekommunalisierung von Gas, Wasser, Strom, der Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung, ob Biomasse wirklich ein klimaverträglicher Energieträger ist und was das Berliner Energiekonzept 2020 für die zukünftige Energieversorgung bedeutet.

Genauso wichtig war uns aber auch das Stadtgrün, wie Grün- und Freiflächen und Naturräume, die wichtige Faktoren für das Stadtklima und für urbane Aufenthaltsqualität sind. Daher waren die Novelle des Naturschutzgesetzes, das Grüne Leitbild oder die Internationale Gartenschau auf dem Tempelhofer Feld immer wieder Themen für uns. Von besonders großem Interesse war die gemeinsame Sitzung mit dem FA Mobilität mit dem Titel „Fluglärm über Stadt und Land – was lässt sich tun?“, wo es um die Planung der Flugrouten des neuen Flughafens BER ging. Dabei konnten wir nicht nur viele Mitglieder der beiden FA begrüßen, sondern auch viele interessierte Genossen und Genossinnen und Gäste.

Wir verstehen unseren Fachausschuss ganz bewusst nicht als einen geschlossenen ExpertInnenkreis, sondern als offene Plattform für sozialdemokratische Umweltpolitik. Daher sind wir sehr erfreut, dass sich viele Genossen und Genossinnen und besonders auch Neumitglieder für unsere

Arbeit interessieren – aber auch (Noch-)Nichtparteimitglieder sind uns herzlich willkommen, die ca. 10 % unserer Mitgliedschaft ausmachen. Dabei hat es sich bewährt, dass die Einladungen zu unseren Sitzungen fast immer im Dienstagsbrief und auf der SPD-Homepage angekündigt werden. Damit ist es zunehmend möglich, den Fachausschuss in das Netzwerk der Berliner Umweltverbände und -organisationen einzubauen, und damit auch Ansprechpartner für diese zu werden. Dieses bietet die Chance für sozialdemokratische Umweltpolitik über die Parteigrenzen zu werben.

Der Fachausschuss versteht sich auch als eine Institution, die Interesse an Fachpolitik wecken will. Wir wollen Information, aber auch Weiterbildung zu aktuellen Themen anbieten, so dass sich unsere Mitglieder gut in die politische Diskussion einbringen und aktiv werden können. Als ein Beispiel dafür ist die Besichtigung des Plus-Energie-Hauses im Februar 2012 zu verstehen.

Der Fachausschuss hat sich mit über zehn Anträgen an den Landesparteitag in die konkrete politische Diskussion und Meinungsbildung in unsere Partei eingebracht. Dabei lieferten wir Beiträge zum Wahlprogramm, aber auch zum Leitantrag „Mieterstadt Berlin“. Uns war dabei u.a. wichtig, dass ein sozialverträgliches Klimaschutzgesetz zügig verabschiedet wird und kommunale Stadtwerke gegründet werden. Wichtig waren uns aber auch Beschlüsse zur Alternative zu Tierversuchen in Forschung und Lehre und unser LPT-Antrag, in dem wir keine Notwendigkeit für die Verlängerung der Autobahn A 100 zum Ausdruck gebracht haben.

Besonders hervorheben möchten wir die sehr gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, aber auch mit Vertretern der Bezirksverordnetenversammlungen, die regelmäßig an unseren Sitzungen teilnehmen und mit ihrem Rat, ihrem Wissen und Einschätzungen uns jederzeit zur Seite stehen – hier wird eine sehr enge Politikberatung praktiziert. Trotzdem wünschen wir uns gerade mit der Bezirksebene eine noch engere Zusammenarbeit, denn uns ist es sehr wichtig, dass wir auch als Fachausschuss bei der Umsetzung und Gestaltung von kommunaler Umweltpolitik vor Ort mitwirken können.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass wir immer auf dem großen Umweltfestival auf der Straße des 17. Juni mit dem Solarcafé und einem Infostand präsent sind, und dass wir sogar den Versuch unternommen haben, einen roten SPD-Fahrrad-Corso zu organisieren, der aber zukünftig noch gerne wachsen kann.

Wir freuen uns immer über neue Mitstreiter, Gäste und Interessierte innerhalb und außerhalb der SPD und möchte an dieser Stellen allen danken, die die Arbeit des Fachausschusses in vielfältiger Weise unterstützen, sei es als IdeengeberInnen, ReferentInnen oder auch OrganisatorInnen.

Dr. Heike Stock
Vorsitzende des FA X

FACHAUSSCHUSS XI – MOBILITÄT

Sowohl für die am Thema Mobilität Interessierten innerhalb aber auch außerhalb der SPD, als auch für die Öffnung und Positionierung nach außen mit einer Gewinnung neuer Mitglieder war eine Aufwertung des Fachausschusses geboten.

Zum einen erfolgte 2008 eine Umbenennung des Fachausschusses in FA Mobilität.

Des Weiteren sicherte der Vorstand des Fachausschusses durch eine strategische Themenplanung und -steuerung, die neben aktuellen mobilitäts- und verkehrspolitischen Anforderungen (wie z.B. A 100, Kompromissvorschlag des FA Mobilität für den Landesparteitag, Bahnreform) auch auf Attraktivität, Relevanz und Öffentlichkeitswirkung der Themen achtet, eine erfolgreiche Arbeit im Berichtszeitraum.

Ein Kurzprotokoll zu den Plenumssitzungen gewährt auch für diejenigen im Verteiler des FA, die an einer Sitzung nicht teilnehmen konnten, einen guten Informationsfluss.

So konnten im Ergebnis der Berichtsspanne eine Zahl neuer, meist jüngerer Interessierte für den FA Mobilität gewonnen werden.

Themen

Teilnahme und Mitarbeit im Fachausschuss Mobilität haben sich erfreulich entwickelt. Dies ist auch ein Ergebnis der konkreten Aufgabenstellung und der Themensetzung.

Die rund 100 Fachausschussmitglieder bilden ein breites Spektrum aus der Verwaltung der Bezirke, des Landes Berlin und des Bundes, aus Beratungsfirmen, Verkehrsunternehmen, Verbänden und Organisationen.

Die Themen der Fachausschuss-Sitzungen im Berichtszeitraum spiegeln dieses Spektrum:

- Besuch bei Airberlin, Drehkreuz am neuen Flughafen Berlin Brandenburg
- „Älter werden – mobil bleiben“ Öffentliche Veranstaltung mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus
- S-Bahn-Antrag zum LPT 11 / 2010

- Wahlprogramm Mobilität für Wahlen zum Abgeordnetenhaus September 2011
- Straßenbahnausbau und Straßenumbau
- Besuch bei der S-Bahn Berlin und in der Verkehrsmanagementzentrale
- Reform des Personenbeförderungsgesetz, Gespräch mit MdB Sören Bartol
- Verkehr in der Innenstadt, Öffentliche Wahlkampfveranstaltung mit der Verkehrssenatorin und den Verkehrsstadträten der Innenstadtbezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitte
- Begleitung der Koalitionsverhandlungen zur Bildung der neuen Landesregierung
- Reisebusverkehr in Berlin, Fachveranstaltung mit IHK und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- Mobilitätsqualität Berlin, Präsentation einer umfassenden Dokumentation unter Federführung eines FA-Vorstandsmitglieds, als Dienstleistung für Besteller und Ersteller im Berliner Nahverkehr
- Elektromobilität in Berlin – Hoffnungsträger im Spannungsfeld von Wertschöpfung und Beschäftigung, Klimaschutz und intelligenter Mobilität
- EU Weißbuch Verkehr

Ein Teil der Plenumssitzungen des FA Mobilität wurde als öffentliche Veranstaltung organisiert. In regelmäßigen Abständen finden Treffen mit den Genossinnen des FA Verkehr der SPD Brandenburg statt. Jährliche Fachexkursionen dienen der Weiterbildung.

Der FA Mobilität führt regelmäßig nationale und internationale Exkursionen durch.

Die mehrtägigen internationalen Fachexkursionen finden in Kooperation mit dem August-Bebel-Institut (ABI) statt.

Dabei geht es zum einen darum, vor Ort von den mobilitätspolitischen Erfahrungen anderer Großstädte, Regionen und Länder zu lernen und wichtige Impulse für die Weiterentwicklung sozialdemokratischer Mobilitätspolitik zu gewinnen. Zum anderen tragen diese Exkursionen zu einer Qualifikation und Weiterbildung sowie zu einem besseren Kennenlernen, einer offeneren Kommunikation und zu einer Bindung der Mitglieder an den Fachausschuss bei.

Die internationalen Fachexkursionen im Berichtszeitraum führten

- vom 19.06. – 28.06.2010 nach Rumänien
- vom 24.6. – 03.07.2011 nach Finnland und Schweden

Darüber hinaus fährt der FA Mobilität jedes Jahr im Dezember in eine bestimmte Region, um sich dort zu Spezialthemen der Mobilität zu informieren. Diese Exkursionen führten

- vom 20. - 22.12.2010 nach Wien
- vom 17. - 21.12.2011 nach Breslau, Niederschlesien

Wolfgang Schwenk
Vorsitzender des FA XI

FORUM SPORT

forum | sport

In Berlin trainieren in über 2.000 Vereinen weit über 560.000 Sportlerinnen und Sportler. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk, denn Berlin hat Tradition als Sportstadt. Berliner Mannschaften sind national und international erfolgreich. Bei zahlreichen kleinen und großen Wettkämpfen in der Stadt können sie sich beweisen.

In den Sportvereinen wird eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit geleistet. Nur durch die enormen Leistungen von tausenden Ehrenamtlichen im Sport, die fast rund um die Uhr unterwegs sind, können wir auch künftig mit weiteren Erfolgen rechnen. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Wie in den vergangenen Jahren hat das Forum Sport den Kontakt zwischen Sportlerinnen und Sportlern, Ehrenamtlichen und sportpolitischen Entscheidungsträgern der SPD fortgeführt und



Foto: Ulrich Horb

SPORTPOLITISCHER EMPFANG: EHRUNG FÜR BESONDERES ENGAGEMENT

ausgebaut. Dabei waren Senator a.D. Ehrhart Körting und Staatssekretär a.D. Thomas Härtel zuverlässige Ansprechpartner. Ebenso unterstützten uns die Vertreter des Landessportbundes bei unseren Anliegen und Veranstaltungen.

Die bestehenden Kontakte zu Mitgliedern des Sportausschusses im Bundestag, dem Forum Sport des SPD-Parteivorstands und dessen Beirat, den Verantwortlichen aus unseren Bezirken und Sportarbeitsgemeinschaften wurden intensiviert.

Themenschwerpunkte im Berichtszeitraum waren

- Sportgroßveranstaltungen
- Sportpolitik nach den Wahlen im Abgeordnetenhaus von Berlin
- Ehrenamt
- Berliner Sportvereine
- Sponsoring
- u.a.

Eine gute Tradition ist inzwischen der Sportpolitische Empfang der Berliner SPD, der am 27. Mai 2011 in der O²-World stattfand. Klaus Wowereit, Michael Müller und der Präsident des Landessportbundes wiesen auf die Querschnittsbereiche des Sports hin und dessen Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze, den gesundheitspolitischen Aspekt und die Rolle der Vereine als „Integrationsbeauftragte“. Über 400 Ehrenamtliche waren anwesend, drei erhielten eine besondere Ehrung, eine Urkunde für ihr Engagement und Ehrenkarten für das Eröffnungsspiel der Frauen-Fußball-WM.

Karin Seidel-Kalmutzki
Forum Sport der SPD Berlin

KULTURFORUM STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE E. V.

kultur | forum

Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V.

Während des Berichtszeitraums wurde ein neuer Vorstand des Kulturforums gewählt. Winfried Sühlo hat seine Aufgabe als Vorsitzender beendet, arbeitet aber weiterhin als Beisitzer im Vorstand mit. Das Kulturforum bedankt sich bei ihm sehr herzlich für die fast zehn Jahre währende Arbeit, die er mit großem Einsatz, steter Ansprechbarkeit für die Kulturszene Berlins und mit großem Erfolg geleistet hat.

Das Kulturforum ist bekanntlich keine Gliederung der Partei, sondern ein eingetragener Verein, der zur Zeit etwa 80 Mitglieder umfasst und darüber hinaus eine große Zahl an Interessenten ansprechen kann. Mitglieder, auch im Vorstand, sind nicht nur Sozialdemokraten.

Seit einiger Zeit nutzen wir gemeinsam mit dem August-Bebel-Institut die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus für zahlreiche Aktivitäten. Der Schwerpunkt liegt bei Ausstellungen Berliner Bildender Künstler, oft mit einem lokalen Bezug in den Bezirk Mitte, zu dem ja auch der Wedding gehört.

Als Beispiel seien vier Ausstellungen erwähnt:

- „Kreuzberger Mischung“ – Grafiken und Bilder Kreuzberger Künstler
- „Künstlerinnen und Künstler der Kolonie Wedding“
- „Berliner Bilder und Skizzen einer Ägyptenreise“ von Matthias Koeppel & SOOKI
- Fotoausstellung mit Bildern von Paul Glaser

In der Galerie werden außerdem regelmäßig Gespräche zu Kultur und Politik mit Persönlichkeiten des kulturellen Lebens der Stadt sowie Lesungen veranstaltet. Alle Veranstaltungen sind in der „Berliner Stimme“ angekündigt, zumeist mit einem kleinen Text. Wir würden uns wünschen, dass mehr Mitglieder der SPD als bisher von diesem Angebot Gebrauch machen.

Der Vielfalt unserer Mitglieder und Interessenten ist es angemessen, ganz verschiedenartige kulturelle Veranstaltungen anzubieten. Wir besuchen Veranstaltungen und Organisationen, führen Gespräche mit deren VertreterInnen und verstehen uns auch als ein Verein, der die Interessen der Kultur in die Partei, in die Abgeordnetenhausfraktion und den Senat vermittelt.

Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kulturforum Berlin Nordost e.V., mit dem wir gelegentlich gemeinsame Veranstaltungen durchführen, auch mit dem AK Kultur der SPD Berlin-

Mitte, mit dem wir Informationsabende zu Fördermöglichkeiten der EU für die Kultur angeboten haben. Dies wurde als Service für freie Gruppen sehr gut angenommen.

Im Jahr 2011 feierten wir das zehnjährige Bestehen des Kulturforums mit einem großen Kulturfest in der Kulturbrauerei, an dem Ort, an dem auch das Forum gegründet wurde. Der Regierende Bürgermeister und zahlreiche Gäste aus der Kulturszene feierten mit uns. Wir danken der Partei für ihre finanzielle, technische und personelle Hilfe.

Zur Vorbereitung des Wahlkampfes gab es ein Gespräch mit dem Rat für die Künste. Das Kulturforum gab darüber hinaus zahlreiche Anregungen für das Wahlprogramm, von denen sich darin das Meiste auch wiederfand.



Foto: Ulrich Horb

VERNISAGE AM 26. AUGUST 2011 – NORBERT MEISSNER, NICO SANDER UND PAUL GLASER

Sehr am Herzen liegt uns die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche. In diesem Zusammenhang veranstalteten wir gemeinsam mit und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eine große Tagung zum Thema „Musikunterricht an der Berliner Schule“, der dringend einer durchgreifenden Verbesserung bedarf. Wir werden daran weiter arbeiten. Diese Veranstaltung fand eine große Resonanz.

Bei unseren Veranstaltungen stellen wir in der Regel ein großes Interesse fest. Wir sind froh darüber, dass wir als ein der SPD nahestehender, aber solidarisch-kritischer Verein auch zahlreiche Menschen ansprechen können, die nicht der Partei angehören, denen es aber wichtig ist, ihre Impulse über uns weitergeben zu können. Wir freuen uns immer darüber, wenn bei unseren Veranstaltungen viele SozialdemokratInnen anwesend sind, legen aber auch großen Wert darauf, dass auch nicht parteigebundene Menschen zu uns kommen. Daraus entstehen häufig wichtige Formen des Dialogs.

Nikolaus Sander
Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V.

FORUM NETZPOLITIK



Forum Netzpolitik

SPD-Landesverband Berlin

Am 17. Januar 2011 wurde beim SPD-Landesvorstand das Forum Netzpolitik eingerichtet. Ziel war es, den Dialog mit der Kompetenz der Aktiven im Netz intensiv zu führen und den Sachverstand möglichst vieler Mitglieder und Interessierter einzubeziehen sowie einen offenen und breiten innerparteilichen Diskussionsprozess zu fördern und zu koordinieren. Das Forum sollte netzpolitische Forderungen der SPD erarbeiten und in Kooperation mit bestehenden sozialdemokratischen, netzpolitisch Aktiven agieren. Das Forum sollte dem Landesvorstand als Beratungsgremium zur Seite stehen und den inhaltlichen Austausch mit ähnlichen Gremien anderer Landesverbände und dem Gesprächskreis Netzpolitik auf Bundesebene suchen. Darüber hinaus sollte die Präsenz von SozialdemokratInnen auf netzpolitischen Foren und Veranstaltungen gewährleistet werden.

Bereits seit Anfang 2010 trifft sich einmal monatlich das Forum Netzpolitik der Berliner SPD zu Themen der digitalen Gesellschaft und zur Netzpolitik. Seit seiner Einrichtung veranstaltet das Forum regelmäßig – mindestens einmal monatlich – einen netzpolitischen Stammtisch.

■ Details unter spd-netzpolitik.de/berlin

Dazu wurden Referenten aus verschiedensten Disziplinen, insbesondere aus Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eingeladen. Etwa die Hälfte der Gäste hat (noch) keine Parteimitgliedschaft. Ziel des Forums ist es, mit Berlinerinnen und Berlinern in Dialog zu treten und sie über netzpolitische Themen auch für die Sozialdemokratie zu interessieren. Es ist gelungen, in der so genannten Netzgemeinde Akzeptanz für sozialdemokratische Positionen und Personen zu erzielen.

Inhaltlichen Niederschlag hat das Forum im BERLINprogramm der Berliner SPD zur Abgeordnetenhauswahl, aber z.B. auch in Grundsatzpapieren der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu „Internet und digitaler Gesellschaft“ zum Urheberrecht und Creative Commons gefunden. Zum Bundesparteitag wurde ein Antrag „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft“ unter Beteiligung von über 10.000 Nutzerinnen und Nutzern erstellt. Interesse in einer breiteren Öffentlichkeit hat auch die „sozialdemokratische Initiative gegen die Vorratsdatenspeicherung“ erhalten, die vom Forum mitgetragen wurde. Mittlerweile ist das Forum Netzpolitik eine bundesweit bekannte Anlaufstelle für sozialdemokratische Ideen zur digitalen Gesellschaft.

Der Newsletter erreicht bereits über 200 Menschen.

Cordula Drautz
Forum Netzpolitik

HISTORISCHE KOMMISSION BEIM LANDESVORSTAND DER SPD BERLIN

Aufgabe der Historischen Kommission ist es, die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung und vor allem der Berliner SPD vor dem Hintergrund aktueller politischer Herausforderungen zu beleuchten. Die Erinnerung an das erfolgreiche Wirken von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in dieser Stadt soll wachgehalten und die Diskussion um alte und neue Gedenkstätten soll mit beeinflusst werden. Mitglieder der Historischen Kommission, zu der seit 2010 auch die Historikerin der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Prof. Dr. Helga Grebing gehört, arbeiten deshalb in verschiedenen Beiräten und Kommissionen der Bezirke und des Landes Berlin, die sich mit historischen Problemen beschäftigen. Mehrere Mitglieder der Berliner Historischen Kommission sind im Vorstand des Förderkreises für die Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde und wir stellen auch weiterhin mit Holger Hübner den Vorsitzenden.

Öffentliche Veranstaltungen der Historischen Kommission richten sich vor allem auch an Neumitglieder in den SPD-Kreisen in ganz Berlin, um an die gemeinsame Geschichte der Berliner SPD nach Kriegsende bis 1961, an das „Überwintern“ Ostberliner SozialdemokratInnen in Ostberlin nach 1961 und an die Neugründung der SDP in Ostberlin nach 1989 zu erinnern.

Darüber hinaus hat die Historische Kommission zu wichtigen historischen Themen, Ereignissen und Gedenktagen Veranstaltungen durchgeführt und dabei auch wieder die Unterstützung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD gefunden, zu der Helga Grebing und Siegfried Heimann gehören.

Mehrere Mitglieder der Berliner Historischen Kommission sind daran beteiligt, den Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain als eines der wenigen sichtbaren Zeugnisse der Revolution von 1848 der Vergessenheit zu entreißen. Der Paul-Singer-Verein hat sich mit vielen anderen erfolgreich darum bemüht, dieses „Juwel der europäischen, deutschen und Berliner Demokratiegeschichte“ mit einer zunächst nur temporären Ausstellung auf dem Gelände des Friedhofs den Berlinerinnen und Berlinern wieder mehr bekannt zu machen. Die Historische Kommission der SPD Berlin unterstützte nachdrücklich dieses Vorhaben. Der auch von Siegfried Heimann – er ist Mitglied des Kuratoriums – unterzeichnete „Aufruf zur Einrichtung einer nationalen Gedenkstätte, Friedhof der Märzgefallenen“ vom November 2010 will den Friedhof der Märzgefallenen in den Rang einer nationalen Gedenkstätte erheben, zumal er auch an die Revolution von 1918 erinnert. Die temporäre Ausstellung soll zu einer dauerhaften werden, denn es gilt, an den Geist der 48er anzuknüpfen. Die Ideale der Revolution haben damals wie heute ihre Gültigkeit.

Am 29. Mai 2011 wurde auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshain eine seit langem vorbereitete Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen“ eröffnet. Mit einer Veranstaltungsreihe des Paul-Singer-Vereins, des Bezirksmuseums Kreuzberg und der Stiftung Historische Kirch- und Friedhöfe Berlin, an der sich Mitglieder Historischen Kommission beteiligen, wurde in den ersten Monaten des Jahres 2012 diese Erinnerungs-

arbeit fortgesetzt. Eine internationale Konferenz zu Fragen der europäischen Revolution von 1848 wird im Oktober 2012 stattfinden. Der 18. März und der Friedhof der Märzgefallenen erinnert an eine Revolution mit Demonstrationen und Barrikadenkämpfen, die auf der Straße blutig ausgetragen wurden und mit Opfern für die Demokratiebewegung verbunden waren. Das darf nicht gegen die mit Worten ausgetragenen Debatten in der Frankfurter Paulskirche ausgespielt werden (und natürlich auch nicht umgekehrt).

Am 31. Januar 1911 wurde Paul Singer, zusammen mit August Bebel Vorsitzender der SPD, geboren. Die Berliner Historische Kommission erinnerte zusammen mit der Berliner SPD an ihn am 31. Januar 2011 mit einer Kranzniederlegung.

Zu Beginn des Jahres 2012 fand eine Veranstaltung der Berliner Historischen Kommission, dem Freundeskreis des Willy-Brandt-Hauses, dem Kulturforum der Sozialdemokratie und dem Klartext Verlag statt. Das Buch von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker: „Dutschkes Deutschland“ wurde vor vielen Teilnehmern vorgestellt und in einer Podiumsdiskussion mit Peter Brandt und Siegfried Heimann und den Autoren kontrovers diskutiert.

Seit Ende des Jahres 2011 und im Jahre 2012 sind viele Mitglieder der Berliner Historischen Kommission beteiligt an der Erarbeitung eines Manuskripts mit zahlreichen Fotos für einen „Historischen Stadtführer: Stätten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“, der im Herbst 2012, herausgegeben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Helga Grebing und Siegfried Heimann, im Christoph Links Verlag Berlin erscheinen wird. Gedacht ist an einen preiswerten Stadtführer in handlicher Größe und von etwa 120 Seiten Umfang. Er soll kurze Darstellungen zu historischen Orten der Berliner Arbeiterbewegung (das meint nicht nur die SPD, sondern auch der Gewerkschaftsbewegung und der sog. Vorfelddorganisationen der Arbeiterbewegung) enthalten mit Fotos, Adressen (historisch und aktuell) und Erreichbarkeit mit Verkehrsmitteln, daneben kleine historische Essays und Biografien bekannter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

„Stätten der Arbeiterbewegung“ sind in der ganzen Stadt Berlin zu finden. Sie mögen auf den ersten Blick im Stadtbild weit verstreut sein. Aber schauen wir genauer hin, sind es nicht nur viele verstreute Erinnerungsorte, es ist eine ganze „Erinnerungslandschaft“, die von Höhen und Tiefen der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung einen Eindruck vermittelt. Der „Historische Stadtführer“ wird das Geschenk der Berliner Historischen Kommission zum Parteijubiläum im Jahre 2013 sein. Die Arbeiten schreiten gut voran. Sie werden von der Berliner SPD mit Rat und Tat begleitet.

Darüber hinaus ist die Berliner Historische Kommission bereits jetzt eingebunden in die Vorbereitungen zum Parteijubiläum im Jahre 2013. Während des Parteifestes der SPD im August 2013 werden Mitglieder der Historischen Kommission zusammen mit dem Landesvorstand Stadtrundfahrten auch zu Orten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung anbieten und an weiteren geplanten Publikationen der SPD zum 150. Geburtstag der Partei mitwirken.

Dr. Siegfried Heimann
Historische Kommission der SPD Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN – AfA



Der AfA Landesvorstand kann auf eine erfolgreiche Arbeit in der letzten Wahlperiode zurückblicken. In allen 12 Kreisen sind gewählte AfA-Kreisvorstände eingerichtet. Darauf können wir stolz sein, unsere Positionen haben im Landesverband weiter an Gewicht gewonnen.

Auf der Landesebene haben wir einen breit aufgestellten Landesvorstand organisieren können, der weite Teile der Arbeitnehmerschaft vertritt. Führende Vertreter der IG Metall, der IG BAU, der Gewerkschaft der Polizei und von ver.di waren im Landesvorstand vertreten. Wir freuen uns, dass sie auch für die nächste Wahlperiode zur Verfügung stehen und weitere Kandidaturen aus der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) bestehen. Damit ist sichergestellt, dass wir uns auch in Zukunft, unterstützt durch viel Sachkenntnis aus den Gewerkschaften, mit den Problemen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie, in der Leih- und Zeitarbeitsbranche, dem öffentlichen Dienst und dem Dienstleistungsbereich auseinandersetzen können.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns immer wieder auf Landesebene für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Ob dies der Mindestlohn, die Unterstützung der Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach Tarifverträgen, der Kampf gegen Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die Einführung des Vergabegesetzes war, wir haben uns aktiv im SPD-Landesvorstand wie auch mit Anträgen und Redebeiträgen auf den Landesparteitagen eingebracht und konnten auch Erfolge verzeichnen. Wir haben eine sehr aktive Pressearbeit geleistet, diese hat auch dafür gesorgt, dass unsere Positionen auch außerhalb der SPD wahrgenommen wurden.

Die Bündnisarbeit haben wir auch in der Berichtszeit weiter voran gebracht. Betriebsräte verschiedener Unternehmen und öffentlicher Betriebe waren zu den Sitzungen des AfA-Landesvorstands eingeladen und berichteten über ihre Probleme und Arbeitskämpfe. Stellvertretend seien hier die Vertreter der Kolleginnen und Kollegen der S-Bahn, der Charité CFM Facility Management GmbH und der Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin genannt. Regelmäßige Quartalsgespräche des gLV der AfA mit Doro Zinke und Christian Hoßbach von der DGB-Landesspitze wurden ebenso geführt wie mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Mit der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisation der Linkspartei (AG Betriebe und Gewerkschaft – B&G) und Gewerkschaftsgrün wurden und werden die regelmäßigen Gespräche fortgesetzt. Auch mit dem Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Berlin (CDA)

gab es bereits vor der Wahl ein Gespräch mit dem GLV, auch hier werden die Kontakte fortgeführt.

Auf der Bundesebene der AfA haben wir uns auf dem letzten Bundeskongress mit mehreren, erfolgreichen, Anträgen und vielen Wortbeiträgen unserer Delegierten aktiv eingebracht. Im AfA Bundesvorstand haben Anne Hansen als gewähltes und ich als kooptiertes Mitglied unsere Berliner Themen und Standpunkte eingebracht. Auf den Bundesparteitagen haben wir mit einem Stand Flagge für die AfA gezeigt und in vielen Gesprächen mit Delegierten, aber auch Vorstandsmitgliedern, die Positionen der AfA dargestellt.

In den nächsten zwei Jahren gilt es die Arbeit erfolgreich weiterzuführen. Die Veranstaltungsreihe „Das politische Gespräch am Gendarmenmarkt“, die aus personellen Gründen nicht mehr kontinuierlich weitergeführt werden konnte, wollen wir, eventuell unter anderem Namen und an anderem Ort, wieder aufleben lassen. Weiter werden wir wie in den vergangenen Jahren wieder auf den Straßen und Plätzen bei Veranstaltungen der Kreise und Abteilungen sowie am 1. Mai mit eigenen Ständen vertreten sein. Unser Ziel, bei der gewerkschaftlichen 1. Mai Demonstration geschlossen als AfA und mit einem starken SPD-Block aufzutreten, konnte dank der Unterstützung des SPD-Landesvorstandes erreicht werden. Diese Aktivitäten sind notwendig und geeignet, um die SPD als die Partei, in der die Interessen der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer vertreten werden, nach außen darzustellen.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fanden sich AfA-Positionen und Forderungen im Wahlprogramm wieder, Genossinnen und Genossen der AfA konnten neben Wahlkreiskandidaturen auch aussichtsreiche Plätze auf den Bezirkslisten für die Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen belegen. Wir haben engagierte Arbeit an den Wahlkampfständen geleistet und werden auch verstärkt parlamentarischen Einfluss auf allen Ebenen nehmen. Die AfA ist der Transmissionsriemen zwischen Partei und Gewerkschaften, mit denen wir im Schulterschluss die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten. Der gewerkschaftliche Beirat der Berliner SPD wurde wieder stärker eingebunden und wir erwarten, dass er regelmäßig tagt.

Auf der Bundesebene hat die AfA mit Otmar Schreiner an der Spitze weiter dafür gekämpft, dass Fraktion und Partei einen klaren sozialdemokratischen Kurs fahren. Die Politik der Agenda 2010 und die Ergebnisse der großen Koalition haben uns eine heftige Wahlniederlage zugefügt. Wenn auch noch viele unserer Forderungen nicht erfüllt sind, so zeigt sich doch in den Wahlerfolgen in den Ländern, dass eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und nicht an denen der Banken orientiert, notwendig ist. Als AfA haben wir die Agenda-Politik auf allen Ebenen der Partei regelmäßig kritisiert und durch unsere Anträge zum AfA Bundeskongress und zu den Bundesparteitagen Alternativen aufgezeigt und gefordert. Wir werden hier nicht locker lassen.

Die SPD muss die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufnehmen und in solidarische Politik umsetzen, damit die hilflose schwarz-gelbe Politik, die nur ihre Klientel der

Vermögenden bedient, beendet wird. Wir müssen dagegenhalten, mit klaren Forderungen nach Mindestlohn, Verbot der Leiharbeit und dem Erhalt und Ausbau der solidarischen Sozialversicherungssysteme. Dabei gilt es, gemeinsam mit den Gewerkschaften, in den politischen Kampf zu ziehen und breite Bevölkerungsschichten für diesen Kampf zu mobilisieren. Nur so können wir als SPD das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zurück gewinnen.

Unser Bundesvorsitzender Ottmar Schreiner wird für eine weitere Wahlperiode nicht mehr zur Verfügung stehen. Er ist in den letzten Jahren das „soziale Gewissen“ der Partei gewesen, wir sind ihm für seine geleistete Arbeit dankbar. Als neuer Bundesvorsitzender ist Klaus Barthel nominiert, mit Sicherheit eine hervorragende Entscheidung. Dass unsere Berliner Vertreterin Anne Hansen ebenfalls als stellvertretende Bundesvorsitzende zur Wahl steht freut uns ganz besonders. Der neu zu wählende Landesvorstand wird ihre Arbeit solidarisch unterstützen.

Christian Haß
AfA Landesvorsitzender Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD – AFB



Im Mai 2010 wählte die Vollversammlung der AfB einen neuen Vorstand.

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an:

- Monika Buttgerit – Vorsitzende
- Andreas Boehme – stellvertretender Vorsitzender
- Erhard Kohlrausch – stellvertretender Vorsitzender
- Mike Nové – stellvertretende Vorsitzende
- Ruth Garstka – Schriftführerin

Unsere Sitzungen fanden gemeinsam mit der AG Schule des Fachausschusses Stadt des Wissens statt. So konnten Termin-Doppelungen vermieden und die Arbeit der für den Bildungsbereich zuständigen Gremien besser vernetzt werden.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten unserer Arbeit siehe Bericht des Fachausschusses Stadt des Wissen - AG Schule.

Monika Buttgerit
Vorsitzende AfB Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIORINNEN UND SENIOREN IN DER SPD – AG 60PLUS

60 plus

SPD

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 27. Mai 2010 wurde der Vorstand der AG 60plus neu gewählt. Vorsitzender blieb Werner Kleist (Charlottenburg-Wilmersdorf), stellvertretende Landesvorsitzende blieb Heidemarie Fischer (Mitte), während Sibylle Heberle, Karl-Heinz Augustin (beide Neukölln) und Axel Bercht (Friedrichshain-Kreuzberg) als neu gewählte stellvertretende Landesvorsitzende in den geschäftsführenden Landesvorstand kamen. Schriftführer wurde Bernd Merken (Reinickendorf). Dem Landesvorstand, der grundsätzlich monatlich tagt, gehören weiterhin die Vorsitzenden der 12 Kreise, 7 Beisitzerinnen und Beisitzer sowie 4 Vertreter von abteilungsübergreifenden Regionen an.

Ehrenvorsitzende im Landesvorstand ist Inge Frohnert, Städtälteste von Berlin, die sich trotz ihres hohen Alters nach wie vor für die Interessen der älteren Menschen in Berlin einsetzt.

Die AG 60plus arbeitet auf der Grundlage der vom Parteivorstand erlassenen „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ vom 22. März 2010. Danach haben wir uns im Wesentlichen folgende Aufgaben gestellt:

- Die Interessen der älteren Menschen innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten.
- Das Engagement der Älteren zu fördern.
- Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen.
- Den demographischen Wandel mitzugestalten.
- Verbindung zu den sozialen Verbänden und Organisation zu fördern.
- Die Generationensolidarität auszubauen.
- Gegen die zunehmende Altersarmut zu kämpfen.

Die Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften werden zurzeit vom Parteivorstand neu gefasst, wobei nach dem vorliegenden Entwurf massiv in Arbeitsweise und Strukturen der Arbeitsgemeinschaften eingegriffen werden soll, wogegen sich diese nachdrücklich wehren. Die Partei sollte es sich gut überlegen, ob sie in Kauf zu nehmen bereit ist, mit bürokratischen und autoritären Regelungen die Motivation und das Engagement von Tausenden Genossinnen und Genossen zum torpedieren.

Kampf für das Seniorenmitwirkungsgesetz

Von der Altersstruktur der AG ergeben sich zwangsläufig vielfältige Verbindungen zu sozialen Verbänden, Organisationen und Gruppen. Zahlreiche Mitglieder der AG sind zugleich in den bezirklichen Seniorenvertretungen tätig und wirken dort als Sozialdemokraten sowohl für die Interessen der älteren Menschen als auch für die Interessen der SPD. Heidemarie Fischer war bis Februar 2012 Vorsitzende der Landesseniorenvertretung und unsere Ehrenvorsitzende Inge Frohnert ist Vorsitzende des Arbeitskreises der Berliner Senioren. Hierdurch ergeben sich mannigfaltige Einwirkungsmöglichkeiten. So hat sich die AG auf mehreren Ebenen an der Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes beteiligt, konnte sich aber nicht mit allen sich aus der Praxis ergebenden Verbesserungsmöglichkeiten durchsetzen. Das Parlament hat zum Beispiel unverständlicherweise die Wahl per Brief nicht zugelassen, so dass bei der letzten Wahl der bezirklichen Seniorenvertretungen Ende 2011 von mehr als 900.000 wahlberechtigten Seniorinnen und Senioren nur 0,5 % an der Wahl teilnahmen. Das war vorhersehbar, wird vom Abgeordnetenhaus aber offenbar in Kauf genommen. Der Landesvorstand der AG 60plus hat beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass bei der nächsten Wahl die Briefwahl ermöglicht wird, um eine bessere Wahlbeteiligung zu erreichen.



Foto: Ulrich Horb

BEIM AKTIONSTAG DER AG 60 PLUS AUF DEM LEOPOLDPLATZ AM 06.05.2011

Die Wahlen brachten aber dennoch ein positives Ergebnis. Als Nachfolger von Heidemarie Fischer, die nicht wieder kandidierte, wurde der Vorsitzende der Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf, Genosse Helmut Kynast, zum Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung gewählt. Das ist ein großartiger Erfolg für die Seniorenarbeit in der SPD.

Unsere Ehrenvorsitzende Inge Frohnert ist als Vorsitzende des Arbeitskreises der Berliner Senioren verantwortlich für die jährliche Durchführung der Berliner Seniorenwoche. Hier ergeben sich für die AG immer wieder gute und wichtige Kontakte zu den fast 200 sozialen Verbänden und Organisationen.

Für einen Sitz im Rundfunkrat des RBB

Seit Jahren besteht auf der Grundlage der vorgenannten Kontakte der Wunsch, den Seniorinnen und Senioren einen Sitz im Rundfunkrat des RBB einzuräumen. Angesichts der Tatsache, dass dem Rundfunkrat 30 Personen angehören, die vielfältige, mitunter auch marginale Interessen vertreten, ist es unverständlich, dass niemand direkt die älteren Berlinerinnen und Berliner vertritt, obwohl mehr als ein Viertel der Bevölkerung 60 Jahre und älter ist. Schon 2008 beantragten Landesvorstand und Landesdelegiertenkonferenz der AG bei der Fraktion des Abgeordnetenhauses über den Landesparteitag, sich dieses Anliegens anzunehmen. Bisher vergebens. Im Gegenteil: Im Januar 2012 hat die Fraktion eine Besetzung dieses Postens durchgesetzt, die dem Gebot des Staatsvertrages Berlin-Brandenburg widersprach. Die AG 60plus wird beharrlich den Anspruch von mehr als 900.000 Bürgerinnen und Bürgern verfolgen, zu ihrem Recht zu kommen.

Seniorentreff

Die AG 60plus betreibt nach wie vor den Gesamtberliner Seniorentreff, der monatlich am Alexanderplatz tagt und sich stetigen Zuspruchs erfreut. In der Nachfolge von Anita Goßler übernahm 2010 die stellvertretende Landesvorsitzende Sibylle Heberle die Organisation. Regelmäßig werden kompetente Referentinnen und Referenten eingeladen, die in zwei Stunden zu unterschiedlichen Themen Stellung nehmen und zu Diskussionen anregen. Als Beispiele seien genannt:

- Vera Junker zur Landowsky-Affäre
- Boris Velter zur Gesundheitspolitik
- Anita Goßler über ihre Hafterfahrungen in der DDR
- Daniel Buchholz über Spielhallenproblematik
- Heinz Buschkowsky über kommunale Probleme
- Raed Saleh über sein Spandauer Konzept „Stark gegen Gewalt“
- Walter Momper über Politik aus seiner Sicht

Teilnehmen kann jeder, der sich aus erster Hand informieren will und sich nicht scheut, mit älteren Menschen zusammen zu sein und zu diskutieren.

Solidarität mit den ehemaligen Häftlingen des KZ Ravensbrück

Die meisten von uns haben der Krieg und dessen Greuel noch aus eigenem Erleben in Erinnerung. Deshalb steht der Kampf gegen den Neonazismus, in welcher Form er auch immer auftritt, an vorderster Stelle. Viele von uns beteiligen sich an Demonstrationen und öffentlichen Aktionen gegen die braune Seuche. Wie alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir verhindern, dass sich dieser Ungeist wieder breit macht. Wir sind uns einig, dass die NPD verboten werden muss. In dem Bewusstsein, an die Schreckensherrschaft der Nazis immer wieder erinnern zu wollen und zur Versöhnung mit den Völkern der Welt beizutragen, beteiligt sich die AG 60plus jedes Jahr an den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des Frauen-KZ Ravensbrück, die vom Fürstenberger Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ organisiert werden. Hier findet regelmäßig eine Begegnung mit den ukrainischen Frauen aus Sinferopel statt, die 1945 von den sowjetischen Soldaten aus dem KZ befreit worden sind. Es werden immer weniger, die noch leben, aber für uns ist es wichtig, den noch Lebenden einen Beweis unserer Anteilnahme und Solidarität zu vermitteln. So haben wir in den letzten 12 Jahren mehr als 14.000 € bei den verschiedenen Veranstaltungen gesammelt, um sie den armen ukrainischen Frauen zu übergeben. Diese Begegnungen sind bedrückend und versöhnlich zugleich.

Wahlkampf

Die Arbeit der AG 60plus war 2011 maßgeblich geprägt vom Wahlkampf zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September. Dabei wurde einerseits versucht, die Anliegen der älteren Menschen im Wahlprogramm der SPD zu artikulieren, andererseits wirkte die AG bei den vielfältigen Wahlkampfaktivitäten auf allen Ebenen mit. Dabei unterstützten wir die örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten wie z.B. auf dem Leopoldplatz. Im konkreten Wahlprogramm fanden nur wenige Forderungen für die Interessen der älteren Menschen Beachtung. Es müsste der SPD künftig zu denken geben, dass sie bei den letzten Wahlen in allen Altersgruppen zum Teil erheblich Stimmen verloren hat, einzig bei der Altersgruppe über 60 hat die SPD dazu gewonnen. Offenbar hat die ältere Bevölkerung erkannt, wer sich für ihre Belange einsetzt. Daraus sollte die SPD lernen.

Bundeskongress 60plus

Kurz vor den Wahlen war ein besonderer Höhepunkt für die Berliner AG der Bundeskongress der AG 60plus am 31.8. und 1.9.2011 im Hotel Maritim. Auf diesem Kongress wurde der neue Bundesvorstand gewählt. Mit Heidemarie Fischer wurde unsere stellvertretende Landesvorsitzende

als Beisitzerin in den neunköpfigen Bundesvorstand gewählt. Das ist ein großartiger Erfolg für den kleinen Landesverband Berlin und vor allem der guten Regie im Vorfeld zu verdanken (zur Nachahmung für die Berliner SPD auf Bundesparteitag empfohlen). Somit hat die Berliner AG nunmehr unmittelbaren Kontakt zur Bundesführung. Auf dem Kongress traten als prominente Redner der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit auf, der mit einer fulminanten Rede die 250 Delegierten von den Sitzen riss. Sigmar Gabriel machte gegenüber den Delegierten Versprechungen, die auf dem Berliner Bundesparteitag im Dezember schon wieder Makulatur waren. Darüber wird sicherlich noch zu sprechen sein.

Viel mehr sollten mitmachen.

Die SPD hat mit Stand 31.12. 2011 mehr als 6.100 Mitglieder, die über 60 Jahre alt sind. Das sind ca. 37 % der Gesamtmitgliedschaft. Damit sind wir zahlenmäßig die größte Arbeitsgemeinschaft. Viele beteiligen sich ehrenamtlich an den Aktivitäten der Kreise. Dafür sei ihnen gedankt. Gleichwohl könnten sich wie in der Partei insgesamt noch mehr beteiligen. Deshalb gilt unser Appell allen Genossinnen und Genossen, denen es möglich ist, sich aufzuraffen und mitzumachen. Unser Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gilt nach wie vor. Wir werden auch künftig dafür kämpfen, dass nicht Armut die Lebensperspektive ist, sondern angemessene Teilhabe an den Lebenschancen in der Gesellschaft. Dieser Appell gilt besonders denjenigen, die nach den letzten Wahlen aus Altersgründen aus ihren Mandaten und Funktionen ausgeschieden sind. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen werden gebraucht.

**Deshalb: Nur Mut, liebe Genossinnen und Genossen, macht mit!
Die AG 60plus wartet auf Euch!**

Werner Kleist
Landesvorsitzender der AG 60 plus

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Zwei Jahre intensiver politischer Arbeit liegen hinter uns. Im Namen des geschäftsführenden Vorstands bedanken wir uns bei allen Mitgliedern im Vorstand und auch bei den Mitgliedern in den Kreisarbeitsgemeinschaften für die Unterstützung unserer gemeinsamen Arbeit. Die AG Migration ist in den letzten zwei Jahren deutlich gestärkt und wahrnehmbarer in der Berliner SPD geworden. Ende 2011 noch bei 580 Mitgliedern hat die AG Migration und Vielfalt Berlin zurzeit über 700 Mitglieder. Das ist eine deutliche Steigerung. Wir sind in 11 Kreisverbänden organisiert. Die Mitarbeit und die Aktivitäten in den Kreisarbeitsgemeinschaften sind in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegen. Die AG Migration und Vielfalt Berlin bereichert auf vielfältige Weise das Parteileben der Berliner SPD.

Unser Leitgedanke der letzten zwei Jahre ist Partizipation.

Das wird an der Größe des Landesvorstands deutlich: Im GLV sind 4 Mitglieder, 11 Kreisvorsitzende und 14 BeisitzerInnen sowie ein Vertreter von AK Afrika aus Pankow bilden mit 30 Personen den Landesvorstand. Nach der Konstituierung am 4. Juni.2010 haben wir gemeinsam ein Arbeitsprogramm erarbeitet. Alle Beisitzer und Beisitzerinnen haben ihre Schwerpunkte definiert. In mehreren Projektgruppen haben wir den Sachverstand im LV gebündelt.

Die Zusammenarbeit war insgesamt konstruktiv, viele Debatten wurden geführt. Die Sitzungen fanden im monatlichen Rhythmus im Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Die Protokolle zu den Sitzungen wurden zeitnah angefertigt und spätestens zur kommenden Sitzung vorgelegt.

Die Arbeit der Kreisarbeitsgemeinschaften wurde vom Landesvorstand begleitet und durch inhaltliche Impulse unterstützt. Die Kreisarbeitsgemeinschaften haben bei der Gestaltung ihrer Arbeit vor Ort viele Freiheiten und konnten so auf die lokalen Entwicklungen selbständig eingehen. Durch gemeinsame Aktivitäten haben wir diese befördert wie z.B.:

- Gründung: Forum Afrika der Kreis-AG Migration in Charlottenburg-Wilmersdorf
- Protestveranstaltung gegen das Verhalten der Polizei gegenüber der Bevölkerung bei einer Demonstration von Neonazis
- Nachwahl der Kreisvorsitzenden der AG Migration in Reinickendorf und in Spandau, weil diese aus persönlichen Gründen ihr Amt niederlegten.

Gemeinsam wurden auch die Mitgliederlisten kontrolliert und aktualisiert. Die Listen der AG Migration sind somit aktualisiert, die Mitgliederentwicklung ist erfreulich. Auch konnten wir neue Mitglieder für die SPD gewinnen.

Inhaltliche Schwerpunkte wurden gemeinsam definiert. Besonders am Herzen lagen uns dabei die Vorbereitung zu den Berlin-Wahlen und die Studie der Milieus, speziell der Migrantenmilieus des vhw. Mit dem Experten Sebastian Beck vom vhw haben wir auf einer Klausurtagung das Thema vertieft und die Inputs an die Kreisarbeitsgemeinschaften weitergegeben.

Die Projektgruppe zur Flüchtlingspolitik hat Gespräche mit ExpertInnen, u.a. mit dem Flüchtlingsrat durchgeführt. Hier sind mehrere Anträge erarbeitet und an den LPT weitergegeben worden. Dieses Thema hat in der Arbeit der AG Migration auf Landesebene viel Gewicht. Gerade das vorgesehene „Flughafenverfahren“ am Flughafen BER Willy-Brandt-Flughafen wird von uns abgelehnt. Wir fordern Berlin auf gemeinsam mit Brandenburg eine Bundesratsinitiative gegen dieses Verfahren einzureichen. Ein entsprechender Antrag wird eingereicht.

Die Öffentlichkeitsarbeit der AG wurde wesentlich verbessert. Wir haben zu aktuellen Themen viele Pressemeldungen über das KSH herausgegeben. Regelmäßige Mitgliederversammlungen – gerade während der Erstellung des Wahlprogramm und des Koalitionsvertrags – haben viele Partizipationsmöglichkeiten für die Mitglieder eröffnet.

Nach der Bildung der neuen Koalition haben wir mit der neuen Senatorin Dilek Kolat einen integrationspolitischen Dialog am Ende der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit angeboten. Die AG Migration hat auch zur Abgeordnetenhausfraktion gute Kontakte. Der Fraktionsvorsitzende hat lange Zeit als Vorsitzender die Kreis-AG Migration Spandau geleitet. Die Landesvorsitzende Ülker Radziwill ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Der Kreisvorsitzende der AG Migration in Mitte ist neues Fraktionsmitglied und bildungspolitischer Sprecher. Der Vorsitzende der Kreis-AG Migration Treptow-Köpenick Robert Schaddach ist Vorsitzender des Sportausschusses. Viele weitere Fraktionsmitglieder sind Mitglied in der AG Migration und Vielfalt Berlin.

Thematische Schwerpunkte in 2010–2012

Die vergangenen zwei Jahre waren von verschiedenen Themen in der geprägt. Drei sind besonders hervorzuheben: Die **Einführung des Partizipations- und Integrationsgesetzes in Berlin**, das **Parteiordnungsverfahren gegen T. Sarrazin** sowie die **Debatte über die Parteireform und damit neue Möglichkeiten der Partizipation**.

■ Partizipations- und Integrationsgesetz

Für uns heißt sozialdemokratische Politik, dafür zu sorgen, dass die Berliner und Berlinerinnen, ungeachtet ihrer Herkunft, Geschlecht oder sexuellen Orientierung gleichberechtigt am Leben in

dieser Stadt teilnehmen können. Dies sind sozialdemokratische Grundüberzeugungen. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat die Gesetzesinitiative und die Ausgestaltung des Partizipations- und Integrationsgesetzes in Berlin durch mehrere Diskussionen mit unterschiedlichen Diskutanten aktiv begleitet.

Mit dem Gesetz geht Berlin den entscheidenden Schritt in der Integrationspolitik. Das Gesetz trägt dabei einer unausgesprochenen, aber realen Problemsituation Rechnung: Viele Berlinerinnen und Berliner, Zuwanderer und ihre Familien gleichermaßen erleiden einzig aufgrund ihrer Herkunft strukturelle Benachteiligung im Bildungswesen, im Erwerbsleben, auf dem Wohnungsmarkt. Auch die demokratischen Beteiligungsgremien des Landes und der Bezirke spiegeln die Bevölkerungsvielfalt nicht ausreichend wider. Um diese Ungleichgewichte und Benachteiligungen abzubauen, brauchen wir das Gesetz.

Die Landesarbeitsgemeinschaft konnte dabei ihre Forderung nach einer alle zwei Jahre stattfindenden Kontrolle der Gesetzesumsetzung Geltung verschaffen. In der Diskussion mit dem Senator für Inneres Ehrhart Körting zeigte sich, dass die im Gesetz aufgenommene Definition des Migrationshintergrunds, der die dritte Generation nicht berücksichtigt, von der Mehrheit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft als mangelhaft bewertet wird. In diesem Punkt konnte sich die LAG gegenüber der Fraktion nicht durchsetzen. Wir müssen diesen Punkt weiter verfolgen, denn durch eine einheitliche Definition des Migrationshintergrunds wird eine verbesserte Datenerhebung erreicht, die zu aussagekräftigen Statistiken führt. Ein weiterer Punkt im Gesetz war die Verpflichtung von Angestellten des öffentlichen Dienstes in Berlin zu Trainings der interkulturellen Kompetenz.

Dem Prinzip der interkulturellen Öffnung wird mit diesem Gesetz die rechtsstaatliche Grundlage gegeben. Dabei werden mehrere Ziele verfolgt:

- Die Ausrichtung aller Verwaltungen im Land Berlin auf eine vielfältig zusammengesetzte Bevölkerung
- Die stärkere Bedeutung und Wertschätzung interkultureller Kompetenz unter den Beschäftigten in allen Verwaltungen
- Die Erhöhung des Anteils von Personen aus Zuwandererfamilien

Es wurden verschiedene Anträge u.a. zur „Einführung eines freiwilligen Verfahrens zur Erfassung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und landeseigenen Betrieben“ an den SPD-Landesvorstand durch die Landesarbeitsgemeinschaft verfasst. Zudem wurde ein Antrag zur „Gleichberechtigten Teilhabe und Interkulturelle Öffnung“ verfasst und eingereicht. Die AG Migration hat in einem sehr partizipativen Prozess die Entwicklung des Integrations- und Partizipationsgesetzes begleitet. Die Landesvorsitzende konnte als Fraktionsmitglied hier zeitnah informieren und die Wünsche der AG einbringen.

■ **Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin**

Das Erscheinen des Buches „Deutschland schafft sich ab“ mit den kruden Thesen des Berliner SPD Mitglieds und ehemaligen Senators eines sozialdemokratisch geführten Berliner Senats hat viele Genossinnen und Genossen geschockt. Das von der SPD-Parteiführung angestrebte Parteiordnungsverfahren scheiterte und stürzte viele Genossinnen und Genossen in eine Sinnkrise. Viele Berliner Mitglieder verließen die Partei. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat dazu zeitnah eine Mitgliederversammlung einberufen, auf der neben der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, der Landesvorsitzende Michael Müller und die Mitglieder des Parteiordnungsverfahrens Mark Rackles (stellvertretender Landesvorsitzender) und Robert Drewnicki (stellvertretender Kreisvorsitzender aus Charlottenburg-Wilmersdorf) Rede und Antwort standen. Die emotionale und kritische Diskussion unter den Genossen zeigte den tiefen Riss zwischen Basis und Parteiführung, die die Entscheidung zum Rückzug vom Parteiordnungsverfahren verursachte. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft war davon betroffen. Diese sehr gut besuchte Veranstaltung im Abgeordnetenhaus zeigte deutlich die Enttäuschung und Wut der Mitglieder über den Ausgang des Verfahrens.

Die Debatte über die Sarrazin-Thesen hat nicht zur wünschenswerten differenzierten Auseinandersetzung über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wie sie quer durch alle Bevölkerungsgruppen anzutreffen sind, beigetragen. „Das wird man doch noch sagen dürfen“ beinhaltet eben nicht, über religiöse und ethnische Minderheiten Menschenverachtendes sagen zu dürfen. Nicht Migration oder Herkunftskultur sind das Problem, es sind die sozialen Probleme, bei denen wir gefordert sind, mit Gesetzen und mit Quoten allen die gleichen Chancen zu geben. Wir müssen hier weiter den Finger in die Wunde legen und gegen jegliche Ethnisierung sozialer Konflikte vorgehen.

Die notwendige Rassismus-Debatte wird ein Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode. Wir müssen deutlicher als bisher der Entsolidarisierung Grenzen setzen.

■ **Debatte über die Parteireform**

Nicht zuletzt angestoßen durch die Sarrazin-Debatte hat der SPD-Parteivorstand eine umfassende Reform der Parteistrukturen angekündigt. Dazu gehörte u.a. die Einführung einer Quotierung der Führungsgremien der Partei, die neben der Geschlechterquote die Einführung einer Quotierung von mindestens 15 % von GenossenInnen mit Migrationshintergrund vorsieht. Bei der Wahl des neuen verkleinerten Bundesvorstands im Dezember 2011 konnte trotz Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund diese selbst gesetzte Quote nicht erreicht werden. Erfreulich ist, dass der Berliner Landesvorstand diese Quote schon erreicht hat.

■ **Bundesarbeitsgemeinschaft**

Die AG Migration der Berliner SPD hat nach dem Beschluss zur Gründung der AG Migration und Vielfalt auf Bundesebene am 19. März 2012 diesen Namen übernommen und nennt sich seither „Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Berlin“. Die Berliner AG wird auch VertreterInnen in

die Bundesarbeitsgemeinschaft entsenden. Der Delegiertenschlüssel und die Richtlinien stehen noch nicht fest. Dieses gilt es bis zum Herbst zu regeln. Die bisherige Frist für die Aufnahme von Mitgliedern ist nach Beschwerden bei anderen Arbeitsgemeinschaften aufgehoben. Jedes SPD-Mitglied darf nun zur Wahlversammlung kommen. Das ist auf längere Sicht für eine kontinuierliche Arbeitsführung destabilisierend. Daher wird ein Delegiertensystem für die AG Migration und Vielfalt eingeführt werden.

■ Berlin-Wahlen 2011

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen haben auch die AG Migration beschäftigt. Ein Antrag zur Aufstellung von mehr Kandidaten mit Migrationshintergrund in den Kreisverbänden wurde vom LPT leider nicht angenommen. Aber die Anzahl der Kandidaten und Kandidatinnen mit Migrationshintergrund ist gestiegen. Der Berliner SPD ist es bewusst, dass es für den gesellschaftlichen Konsens von Vorteil ist, wenn sie in unserer Einwanderungsgesellschaft die Vielfalt auch in den Kandidatenlisten darstellt. 9 Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund haben bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus kandidiert. Davon sind 4 mit einem Direktmandat und einer über die Kreisliste eingezogen. Auch in den BVV-SPD-Fraktionen ist die Vielfalt deutlich sichtbarer geworden.

Im Wahlkampf haben wir aktiv unseren Beitrag geleistet. Auf dem verregneten Sommerfest am 2. Juli 2011 haben die Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund am Stand viele Gespräche mit Interessierten geführt, den Bundesvorsitzenden Siegmар Gabriel und Spitzenkandidat Klaus Wowereit begrüßt.

Insbesondere die Wahlkampfveranstaltung in der Berlinischen Galerie und die Würdigung der Leistungen der vielen Einwanderinnen und Einwanderer in den letzten 50 Jahren an diesem Abend mit dem Spitzenkandidat Klaus Wowereit und dem Landesvorsitzenden Michael Müller und vielen VertreterInnen aus den Migrant communities war ein Erfolg. Ca. 150 BesucherInnen und Interessierte waren vor Ort und konnten auch die Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund kennen lernen. Über den Landesverband wurden auch Anzeigen in der türkischen Presse (Merhaba und Hürriyet) für den Wahlkampf geschaltet. Das Angebot an mehrsprachigen Flyer zum Partei- und Wahlprogramm wurde gut angenommen.

■ NSU-Terror schockte uns alle!

Die Taten, das Versagen der Polizei und der Verfassungsschutzorgane bei der Aufklärung der terroristischen Taten der NSU-Zelle haben uns erschüttert und geschockt. In Presseerklärungen haben wir das zum Ausdruck gebracht und am 27. März mit dem Landesverband gemeinsam in einem Mitgliederforum die Sprecherin des Sonderausschusses im Bundestag Eva Högl, MdB, und dem ehemaligen Senator für Inneres, Ehrhart Körting, zum Podiumsgespräch eingeladen. Etwa 200 Mitglieder der Berliner SPD folgten dieser Einladung.

■ Landeswahlprogramm

Zu den Abgeordnetenhauswahlen im September 2011 hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft aktiv an der Erarbeitung des Landeswahlprogramms der Berliner SPD beteiligt. Die im Vorfeld organisierte Ideenkonferenz zum Thema Integration und Zusammenleben in unserer Stadt haben wir aktiv begleitet. Die von der Landesarbeitsgemeinschaft erarbeiteten Punkte sind zum großen Teil in das Landeswahlprogramm übernommen worden, insbesondere der Bereich „Illegalisierte, Schulbesuch von Flüchtlingskindern“ sowie die Verpflichtung zur Beachtung des Partizipations- und Integrationsgesetzes nach den Wahlen.

Nicht umgesetzt wurde leider die Forderung der LAG zur Einführung eines anonymisierten Krankenscheins für Menschen ohne Papiere in Berlin. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat sich dafür stark gemacht, dass die Forderung nach der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen wieder in das Landeswahlprogramm aufgenommen wird. Sie hat sich für die Streichung der Losung „Fördern und Fordern“ sowie für die Formulierung „die sich integrieren wollen“ ausgesprochen und die stärkere Betonung der Armutsbekämpfung im Wahlprogramm gefordert. Die Aussage, dass auch Barrieren auf Seiten der Zuwanderer und Einrichtungen bestehen, wurde nicht aufgenommen.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren manches erreicht, ein langer Weg liegt aber noch vor uns. In dieser Zeit haben wir die Landesarbeitsgemeinschaft neu aufgestellt. So haben wir beispielweise eine thematische Unterteilung der Arbeitsgemeinschaft in Projektgruppen mit verschiedenen Themenbereichen vorgenommen. Damit wollen wir die inhaltliche Vertiefung und Professionalisierung der Arbeitsgemeinschaft voranbringen. Die Diskussion aktueller Themen und das Sich-Einbringen der Arbeitsgemeinschaft in aktuellen politischen Diskurs bildete die andere Seite der Aktivitäten der LAG. Dies hat sich bewährt und wir müssen das konsequent fortführen und dabei unsere Mitglieder noch stärker zur Mitarbeit motivieren!

Für ein aktives Handeln der Genossinnen und Genossen in der Arbeitsgemeinschaft ist eine offene Diskussionskultur, das Einbringen eigener Erfahrungen und Gedanken unerlässlich. Diese Kultur des offenen Miteinanders pflegen wir innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Das wollen wir auch weiter so halten, um die unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen „zu Wort kommen zu lassen“. Die Landesarbeitsgemeinschaft versteht sich als eine linke Arbeitsgemeinschaft: Für uns bedeutet Integrationspolitik in erster Linie immer auch Gleichstellungspolitik, d.h. die Herstellung gleicher Lebensbedingungen und -chancen für alle Berlinerinnen und Berliner. Wir brauchen dazu eine starke und vielfältige Arbeitsgemeinschaft, die von aktiven Genossinnen und Genossen verschiedener Alters-, Herkunfts- und Erfahrungshorizonte getragen wird.

Das Thema „Integration und Migration“ ist ein herausragendes Thema in der Berliner Politik. Es ist einerseits stark von Emotionen, Unwissenheit und Ignoranz geprägt. Andererseits hat sich in Berlin in den letzten Jahren ein stärkeres Bewusstsein über den Vorteil einer kulturellen Vielfalt in der Stadt gebildet. Zu unseren Aufgaben gehört es, den Aufklärungsprozess innerhalb der Partei und außerhalb – in der Öffentlichkeit – zu begleiten. Demokratische Kultur ist kein Automatis-

mus, sie muss im Alltag immer wieder neu ausgehandelt werden. Es geht um den alltäglichen, engagierten Einsatz von Vielen für die kulturelle Vielfalt – das sind die realen Mühen der Ebene. Um es mit Willy Brandt zu sagen – Demokratie wagen, die Position des Anderen gelten lassen und wahrnehmen! Wenn wir etwas bewirken wollen, muss Demokratie erfahrbar werden – von der Krippe bis zu den Einrichtungen für Ältere. Integrationspolitik ist emanzipatorische Gesellschaftspolitik.

Der geschäftsführende Vorstand

- Ülker Radziwill
- Ahmet İyidirli
- Ulrika Zabel
- Mario Helwig

Chronologie Juni 2010–Dezember 2010

- 02.06.2010 Konstituierende Sitzung des Landesvorstands
Vorbereitung und Anträge der AG für den Landesparteitag am 26.06.2010
Erstellung des Arbeitsprogramms für 2010
- 07.07.2010 Sitzung des Landesvorstands
„Partizipationsgesetz – der aktuelle Stand“ Referent: Ehrhart Körting
- 06.10.2010 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration
Diskussion und Antragsberatung zum Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz
- 09.10.2010 Teilnahme an der Sitzung des Arbeitskreises Integration und Migration des Bundesvorstands der SPD
- 03.11.2010 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration
„Anerkennung der mitgebrachten Berufsabschlüsse Sachstand zur Diskussion im Bundestag“
Referent: Swen Schulz, MdB
Würdigung der 20-jährigen Arbeit der Härtefallkommission in Berlin
Referentin: Thuy Nonnemann
- 08.11.2010 LAG-Veranstaltung zur aktuellen Integrationsdebatte mit Klaus Wowereit
aus der Veranstaltungsreihe „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“
- 01.12. 2010 Weihnachtsfeier der LAG

Chronologie Januar 2011–Dezember 2011

- 05.01.2011 Sitzung des Landesvorstands
- 14.01.2011 Workshop „Wissen – Kultur – Erinnerung in der solidarischen Stadt“
zusammen mit dem August-Bebel-Institut im Kurt-Schumacher-Haus
- 02.02.2011 Sitzung des Landesvorstands
Flüchtlingspolitik, „Illegalisierte – Amnestie – Gesundheit“
Referenten: Gregor Kijora und Mario Helwig, Vorbereitung der Klausurtagung
- 17.02.2011 Protest gegen Sarrazin-Veranstaltung vor dem Tempodrom
- 02.03.2011 Sitzung des Landesvorstands
Diskussion zum Entwurf des Landeswahlprogramms der Berliner SPD
Referent: Malte Andersch, Mitarbeiter von Hella Dunger-Löper
- 02.04.2011 Klausur des Landesvorstands
Vorstellung und Diskussion der neuen Studie „Berliner Milieus im Wandel“
Referent: Sebastian Beck
Wahlkampfplanung
Zukünftige Zuwanderung nach Berlin, Referent: Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin-Brandenburg
Aktuelle Situation der Sinti und Roma in Berlin
- 06.04.2011 Sitzung des Landesvorstands
Wahlkampfplanung
Themenschwerpunkte und Aktionen im Wahlkampf, Referent: Rüdiger Scholz
- 04.05.2011 Mitgliedervollversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration
Zum gescheiterten Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin
Referenten: Andrea Nahles, Michael Müller, Mark Rackles, Robert Drewnicki
Resolution zur Einstellung des Parteiordnungsverfahrens gegen Thilo Sarrazin: Sozialdemokratische Grundwerte sind nicht verhandelbar!
Im Abgeordnetenhaus mit ca 250 Personen.
- 25.05.2011 Veranstaltung zur Milieu-Studie mit Sebastian Beck vom vhw -Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
- 28.05.2011 Teilnahme an der Fachkonferenz „Für eine vielfältigere SPD – mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate“ im Willy-Brandt-Haus
- 20.06.2011 Sitzung des Landesvorstands
Anträge und Diskussion zu Parteireformen und Öffnung der SPD für Migrantinnen und Migrantinnen
- 02.07.2011 Teilnahme der LAG am Sommerfest der Berliner SPD mit einem eigenen Stand und Gespräche mit Kandidaten und Kandidatinnen.
- 09.09.2011 Veranstaltung und 50 Jahresfeier des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Türkei und Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen mit Migrationshintergrund in der Berlinischen Galerie mit rund 150 Personen

- 23.09.2011 Erweiterte Landesvorstandssitzung
Auswertung der Berliner Abgeordnetenhauswahlen, Diskussion der integrations-, migrations- und flüchtlingspolitischen Schwerpunkte für die Koalitionsverhandlungen
- 02.11.2011 Sitzung des Landesvorstands
Aktueller Stand der Koalitionsverhandlungen
Anträge zum Bundesparteitag
- 17.11.2011 Mitgliedervollversammlung, der Stand der Koalitionsverhandlungen
Nachwahl von Beisitzern in den LAG-Vorstand
- 07.12.2011 Weihnachtsfeier der LAG

Chronologie Januar–April 2012

- 04.01.2012 Sitzung des Landesvorstands
Die künftige Berliner Integrationspolitik
Referent: Rainer-Michael Lehmann, integrationspolitischer Sprecher der Fraktion
Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration der SPD
- 25.01.2012 Sitzung des Landesvorstands
Die Arbeit der bezirklichen Integrationsausschüsse, Diskussion und Beschluss von Anträgen
- 07.03.2012 Sitzung des Landesvorstands
Zur geplanten Neuausschreibung der Stelle eines / einer Integrationsbeauftragten
Vorbereitung des Mitgliederforums am 27.03.2012
- 27.03.2012 Mitgliederforum zum NSU-Terror am 27.03.2012 in den Studios in Wedding mit
Michael Müller, Landesvorsitzender, Ehrhart Körting, Senator a.D., Dr Eva Högl, MdB und Ülker Radziwill, MdA, Landesvorsitzende der AG Migration
- 16.03.2012 Gespräch mit Dilek Kolat – Integrationspolitik der nächsten 5 Jahre
- 18.04.2012 letzte Vorstandssitzung zur Vorbereitung der Wahlversammlung
- 23.04.2012 Die Wahlversammlung der AG Migration und Vielfalt Berlin
im Festsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin

Anmerkungen und Dank

Auf Grund der Mitgliederentwicklung ist es notwendig, schnellstens ein Delegiertensystem bei der AG Migration und Vielfalt einzuführen. Die Mitgliederzahl der AG Migration war in 2004 bei rund 240 Mitgliedern und hatte im Dezember 2012 einen Stand von 580 Mitgliedern erreicht.

Auf Grund der Aufhebung aller Grenzen im März 2012 vom Landesvorstand hinsichtlich der Mitwirkung, insbesondere beim Wahlrecht, konnten alle SPD Mitglieder bis zum Beginn der Wahlver-

anstellung am 23.04.2012 als Mitglieder eintreten und sofort mitwählen. So sehr diese Möglichkeit basisdemokratisch sinnvoll erscheint, so sehr behindert es auch die Kontinuität und die Würdigung der Arbeit von aktiven Genossen und Genossinnen. Es ist erfreulich, dass innerhalb wenigen Wochen die Mitgliederzahl auf rund 700 angestiegen ist. Umso erstaunlicher war es, dass am Abend der Wahl nochmals rund 45 Neumitglieder hinzukamen. Diese AG Migration und Vielfalt braucht engagierte Genossen und Genossinnen, die längerfristig die Arbeit unterstützen.

Ich konnte die Arbeit der AG Migration in den Jahren 2004 bis 2012 als Landesvorsitzende mit vielen engagierten Genossinnen und Genossen gemeinsam im Vorstand gestalten und möchte mich an dieser Stelle für die Unterstützung aus den Kreisarbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt sowie von vielen Genossinnen und Genossen herzlich bedanken. Dem Themenschwerpunkt soziale Integration werde ich weiterhin verbunden sein und die Integrationspolitik in Berlin mit der Zielsetzung der sozialen Integration hin zur inklusionsorientierten Gesellschaftspolitik weiter verfolgen.

Ülker Radziwill

Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN IN DER SPD – AGS



Rückblick

Die AGS Berlin hat dank erfolgreich durchgeführter, unterschiedlichster Veranstaltungen und einer steten Pressearbeit einen höheren Bekanntheitsgrad erreicht als noch vor zwei Jahren.

Die AGS Berlin konnte in der vergangenen Wahlperiode neue Mitglieder gewinnen und bisher nicht so aktive Mitglieder für die Arbeit der AGS Berlin interessieren. Wir hatten kurzweilige Redner in den Veranstaltungen und auch die Teilnahme wurde reger.

Es ist auch gelungen, wieder eine stärkere Anbindung mit der AGS Brandenburg zu finden. Hier erfolgt ein reger Austausch von Themen und Meinungen.

Wir haben u.a. folgende Veranstaltungen in den letzten zwei Jahren durchgeführt und besucht, wobei ein Schwerpunkt die Teilnahme am Wahlkampf im vergangenen Jahr sowie die Mitarbeit am Wahlprogramm der Berliner SPD war:

- Den Auftakt der Veranstaltungen nach der Wahl im Mai 2010 machte ein Besuch der Baustelle des neuen Flughafens in Berlin-Schönefeld im August 2010. Hieran nahmen mehr als 30 Mitglieder und Gäste teil.
- Wir beschäftigten uns mit der McKinsey-Studie, die 2010 erhebliche Schlagzeilen machte.
- Im September 2010 veranstalteten wir eine Klausurtagung. Diese führte uns nach Banzkow in Mecklenburg-Vorpommern. Die Tagung war gut besucht und zeitigte unter der Moderation von Dr. Heidrun Kletzin interessante und nachhaltige Ergebnisse. Im Rahmen der Klausurtagung besuchten wir den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und trafen uns dort mit den Mitgliedern der dortigen AGS sowie dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Jochen Schulte.
- Am 20.10.2010 besuchten wir die Firma fairform GmbH in Berlin-Lichterfelde, ein Messebauunternehmen, das bereits seit Jahrzehnten international aus Berlin tätig ist. Daran nahmen auch wieder etliche Nichtmitglieder teil.

■ Im November 2010 erhielt die AGS hochrangigen Besuch aus der Russischen Region Krasnodar. Der hiesige Leiter der Repräsentanz der Handels- und Industriekammer der russischen Föderation, Herr Dr. Sergej Nikitin, unterrichtete in diesem Zusammenhang über die Möglichkeiten für Berliner Unternehmen mit der Region Krasnodar in Kontakt zu kommen.

■ Im April 2011 fand im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der ASJ Berlin ein Unternehmerstammtisch im „Löwenbräu“ in Berlin Mitte statt. Hierzu hatten wir den Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion der Arbeitsgruppe „Wirtschaft in Europa“ Manfred Nink eingeladen. Hier bot sich für den dortigen Wahlkreisandidaten und Mitglied der AGS Stephan Draeger Gelegenheit, sein Wahlprogramm und seine Schwerpunkte zu erläutern.

■ Einen weiteren Unternehmerstammtisch führte die AGS Berlin bei der Firma Möbel Flamme in Berlin Spandau durch. Als Gäste bzw. Referenten konnten wir Nils Busch-Petersen, Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Berlin-Brandenburg, sowie Thomas Engel, Abteilung Expansion der EDEKA MIHA, und natürlich den Gastgeber, den Geschäftsführer von Flamme Berlin, Harald Sennebogen, zum Thema Einzelhandel in Berlin begrüßen. Anwesend war ebenfalls der jetzige Bürgermeister von Spandau Helmut Kleebank, der sich interessiert und aktiv an der Diskussion beteiligte.

■ Wir erhalten weiterhin exklusiv Bericht über die Petersburger Gespräche, die vor einigen Jahren von unserem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Herrn Vladimir Putin initiiert wurden. Diesen geben wir sofort an unsere Mitglieder weiter.

■ Im Januar dieses Jahres haben wir zusammen mit dem Fachausschuss Europa sowie der Gruppe SPE Berlin eine sehr erfolgreiche Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Krise im Euroraum meistern – bleibt die Demokratie auf der Strecke?“ durchgeführt. Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz sowie Prof. Dr. Franz Mayer, die wir als Referenten eingeladen hatten, erläuterten ihre Sicht der Dinge in Bezug auf die demokratischen Abläufe innerhalb der Europäischen Union und insbesondere in Bezug auf die einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und hat weiterhin viele neue interessierte Mitglieder geworben.

■ Die AGS Berlin erarbeitete zahlreiche Anträge und Eingaben für die Landespartei und das Wahlprogramm der Berliner SPD. Insbesondere in der Arbeitsgruppe „Energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden“ wurde ein Papier erarbeitet, das in großen Teilen im Koalitionsvertrag mit der CDU umgesetzt werden konnte.

■ Die AGS hat aktiv den Berliner Landeswahlkampf begleitet und ist auch auf den von der SPD Berlin sowie der Bundes-SPD initiierten Veranstaltungen vertreten.

Genauere Informationen unserer Tätigkeit sind auf den Webseiten der Berliner SPD und den Seiten der AGS Berlin nachzulesen.

■ spd-berlin.de ■ spd-berlin.de/landesverband/spd-aktiv/arbeitsgemeinschaften/ags

Ausblick

Die AGS wird sich weiter um Belange der Selbständigen und Unternehmer kümmern, die in Berlin zu Hause sind.

Es sind bereits Besuche bei Unternehmen in Berlin in Planung. Auch haben wir Kontakt zu ReferentInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien für die politische Arbeit in der nächsten Wahlperiode aufgenommen.

Wir werden uns weiter einmischen.

Angelika Syring
Landesvorsitzende der AGS

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN – ASF



Die SPD steht für moderne Frauen- und Gleichstellungspolitik und kämpft seit fast 150 Jahren für die Rechte der Frauen und für die Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen. Die ASF versteht sich als ein Netzwerk von Frauen für Frauen – sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD. Als Ansprechpartnerin für alle Frauen vertritt die ASF die Interessen von Frauen in allen politischen Bereichen und auf allen politischen Ebenen.

Die ASF Berlin hat aktuell 5.440 Mitglieder. Wir laden ein zu aktuellen politischen Diskussionen, unterstützen Frauenprojekte und -vereine und werben dafür, dass Frauen zur SPD kommen und bei der ASF mitmachen. Die Themen der Frauen in der SPD sind vielfältig – Ausbildung, Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit, Stadtentwicklung und Mobilität stehen ebenso auf der Tagesordnung wie Führungspositionen, Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel.

Der Landesvorstand der ASF tagt einmal im Monat und hat bei jeder Sitzung einen thematischen Schwerpunkt. Zu diesen Sitzungen sind alle interessierten Frauen eingeladen.

Dem Landesvorstand der ASF gehören an:

- **Vorsitzende** Dr. Eva Högl
- **Stellvertreterinnen** Ulla Büntjen, Dr. Elke Polack-Buanga, Carmen Regin, Sabine Röhrbein, Heidemarie Sandner, Barbara Scheffer, Schriftführerin Judith Huber
- **Beisitzerinnen** Anett Baron, Prof. Dr. Martina Dören, Dr. Susam Düandar-Isik, Martina Hartleib, Marijke Höppner, Jennifer Hübner, Vera Junker, Anja Katthöfer, Dr. Gisela Pravda, Daniela Schacht, Julia Schimeta und Arife Gebesoy,
- **Kreisvorsitzende bzw. deren Vertreterinnen** Beryll Amonat, Kerstin Beurich, Bettina Domer, Manuela Harling, Hannelore Gascho, Joana Latorre, Tessa Mollenhauer-Koch, Eveline Neumann (bis Mitte 2011), Stephanie Pruschansky, Grit Rohde, Corinna Seegert, Rona Tietje
- **kooperierte Mitglieder** Margrit Zauner (ASF-Bundesvorstand), Hildegard Furler-Zantop (AG 60plus), Laura Giannini (Schwusos), Helene Sommer (Jusos)

■ **ständige Gäste** Marlene Kölling (Antragskommission), Ulrike Neumann und Dr. Ina Czyborra (frauenpolitische Sprecherin Abgeordnetenhaus), Ülker Radziwill (AG Migration) sowie die Senatorinnen Gisela von der Aue und Ingeborg Junge-Reyer (beide bis Herbst 2011), die Senatorinnen Dilek Kolat und Sandra Scheeres, die Staatssekretärinnen Hella Dunger-Löper und Barbara Loth sowie bis Herbst 2011 Iris Spranger und Monika Helbig, die MdB Petra Merkel und Mechthild Rawert, die MdEP Dagmar Roth-Behrendt sowie zahlreiche interessierte Frauen

Zweimal im Jahr lädt die ASF Berlin zu einer Landesfrauenkonferenz ein. Die Konferenzen 2010/2011 hatten folgende Schwerpunkte:

■ **Frauen in Führungspositionen (April 2010)**

Unter Beteiligung vieler verschiedener Frauen in Führungspositionen und Expertinnen zu diesem Thema konkretisierte die ASF die Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen und erarbeitete Vorschläge zur Verbesserung des Landesgleichstellungsgesetzes. Anfang des Jahres 2010 hatte die ASF einen eigenen Vorschlag für ein novelliertes Landesgleichstellungsgesetz vorgelegt und öffentlich vorgestellt, den die Personalberaterin und Coach Sybille Uken gemeinsam mit einer kleinen Arbeitsgruppe aus ASF und Frauenvertreterinnen erarbeitet hatte. Dieser war eine wichtige Grundlage für die weitere Diskussion über die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und die Gewährleistung transparenter Verfahren und die entsprechende Überarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes. Die Besetzung von Führungspositionen ist zentraler Gradmesser für die Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft.

■ **Berlin – Stadt der Frauen (März 2011)**

Mit dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller und der Staatssekretärin Hella Dunger-Löper diskutierten wir über das Wahlprogramm der SPD für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen und formulierten Forderungen von und für Frauen in Berlin, die ins Wahlprogramm aufgenommen und im Wahlkampf engagiert vertreten wurden.

■ **Berlin nach den Wahlen – Perspektiven sozialdemokratischer Frauenpolitik (Dezember 2011)**

Auf dieser Konferenz hat die ASF ausführlich über das Ergebnis der Wahlen am 18. September 2011 in Berlin diskutiert und die Besetzung von Abgeordnetenhaus, Senat, Bezirksämter und die Verteilung der Führungspositionen zwischen Männern und Frauen analysiert. Das Ergebnis ist alles andere als zufriedenstellend. Die SPD stellt 2 Senatorinnen, weniger Staatssekretärinnen als in der Legislaturperiode davor und von 23 SPD-Positionen in Bezirksämtern sind nur 4 mit Frauen besetzt, darunter mit Angelika Schöttler eine Bürgermeisterin, die von 10 SPD-Bezirksbürgermeistern die einzige Frau ist. Die ASF hat Handlungsbedarf erkannt und ihre Vorstellungen von besserer und konsequenterer Gleichstellungspolitik in die weitere Debatte im Landesverband Berlin eingebracht.

Innerhalb der Berliner SPD vertritt die ASF die Interessen der Frauen im SPD-Landesvorstand, in dem Eva Högl als Vorsitzende der ASF Mitglied ist sowie auf den Landesparteitagen, auf denen die

ASF stets mit Anträgen sowie mit vielen Delegierten und zahlreichen Wortbeiträgen präsent ist. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften sowie den weiblichen Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses.

Auf Vorschlag der ASF wurde im Juni 2010 beim Landesparteitag erstmals ein Gleichstellungsbericht vorgelegt. Auch die Kreise sind aufgefordert, Gleichstellungsberichte zu erstellen. Die ASF hat sich engagiert an der Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit beteiligt, die das Ziel hatte, einen Gleichstellungsbericht zu verfassen und Vorschläge für eine Änderung der Statuten sowie eine Verbesserung der Gleichstellung innerhalb der SPD zu erarbeiten. Ergebnis war ein Antrag für den Bundesparteitag, der die Erhöhung der Quote auf 50 % forderte und Vorschläge für die paritätische Besetzung aller Gremien und Listen enthielt, leider aber vom Bundesparteitag im Dezember 2011 abgelehnt worden ist.

Auf einer großen Konferenz unter Einbeziehung vieler aktiver SPD-Frauen hat die ASF im Februar 2012 über Perspektiven sozialdemokratischer Frauenpolitik im Land und in den Bezirken diskutiert und viele Vorschläge erarbeitet. Die ASF begrüßt das neue Maßnahmenpapier des SPD-Landesvorstandes zur Verbesserung der Geschlechterdemokratie und für die gezielte Werbung von Frauen als Mitglieder und wird diese Vorschläge aktiv unterstützen und sich an der Umsetzung beteiligen.

Auch auf der Bundesebene ist die ASF Berlin gut vertreten. Beisitzerin im ASF-Bundesvorstand ist Margrit Zauner und im ASF-Bundesausschuss sind Eva Högl und als Stellvertreterin Elke Polack-Buanga. Die Delegation der ASF Berlin bringt sich auch auf der Bundesfrauenkonferenz der ASF immer engagiert ein mit Anträgen und Diskussionsbeiträgen.



Foto: Ulrich Horb

FRAUENEMPfang MIT ALLEN KANDIDATINNEN FÜR DAS ABGEORDNETENHAUS UND DIE BVV

Die ASF-Frauen haben sich im Berliner Wahlkampf sehr eingesetzt – mit eigenen Veranstaltungen, Ständen und inhaltlichen Vorschlägen. Ein Höhepunkt des Jahres 2011 war der Frauen-Empfang am 17. August im Berliner Zoo mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und allen Kan-

didatinnen für das Berliner Abgeordnetenhaus sowie vielen Kandidatinnen aus den Bezirken. Bei diesem Empfang waren viele Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und Politik sowie aus zahlreichen Verbänden und Vereinen anwesend, mit denen die ASF gut und intensiv zusammenarbeitet. Die ASF hat sich hier ganz hervorragend präsentiert und eine tolle Gelegenheit zum Kennenlernen und Gedankenaustausch geschaffen. Der Frauenempfang sollte fester Bestandteil eines jeden ASF-Jahres werden – auch außerhalb von Wahlkämpfen.

Die ASF hat sich beteiligt an den Koalitionsverhandlungen und das Kapitel zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Koalitionsvertrag maßgeblich erarbeitet und mitverhandelt. Die Vereinbarungen der Koalition zur Frauenpolitik sind ein großer Erfolg für die ASF und die SPD. Damit ist gewährleistet, dass auch die neue Koalition gute und konsequente Politik für alle Frauen in Berlin macht. Die ASF begrüßt es außerordentlich, dass mit Dilek Kolat eine Sozialdemokratin das Ressort Frauen übernommen hat und das Thema Frauen in einem starken Ressort mit Arbeit und Integration verbunden ist und mit Barbara Loth als Staatssekretärin gestaltet wird.

Die ASF arbeitet mit dem LandesFrauenRat Berlin, in dem sie vertreten wurde von Mechthild Rawert, MdB, und Gerhild Pinkvoss-Müller, seit 2011 von Vera Morgenstern im Vorstand und Sybille Uken und Joana Latorre als Delegierten. Es besteht ein guter, regelmäßiger und stets konstruktiver Austausch mit den zahlreichen Frauenverbänden und -vereinen, die wichtige Bündnispartnerinnen bei der Gestaltung guter Frauenpolitik in Berlin sind. Die Frauenvertreterinnen der drei landeseigenen Betriebe BSR, BVG und BWB sind ständige Gäste im ASF-Landesvorstand. Auch diese Zusammenarbeit ist für die ASF von großer Bedeutung, ebenso wie die Zusammenarbeit mit der Überparteilichen Fraueninitiative.

Die ASF Berlin pflegt gute Kontakte zu Presse und Medien, weshalb es ihr gelingt, ihre Positionen regelmäßig in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. So wirbt sie für die SPD und eine moderne Gleichstellungspolitik und macht deutlich, dass die SPD Berlin DIE Partei für Frauen und Gleichstellung ist.

Fixpunkte im Kalender der ASF Berlin sind

- der Internationale Frauentag am 8. März, bei dem die ASF mit Rosen und interessanten Aktionen auf die Rechte von Frauen aufmerksam macht
- der Equal Pay Day im März, bei dem die ASF gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat und vielen anderen Organisationen und Verbänden für die gleiche Bezahlung von Frauen eintritt
- der Girls' Day im April, zu dem die ASF gemeinsam mit den Jusos und der SPD einlädt und mit den Abgeordneten den Mädchen die Berufe rund um die Politik nahebringt

- der Christopher-Street-Day im Juni, an dem viele ASF-Frauen gemeinsam mit den Schwusos für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen demonstrieren
- der Tag zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen am 25. November, an dem die ASF eine Fahne am Kurt-Schumacher-Haus hisst und so auf dieses wichtige Thema aufmerksam macht

Die ASF Berlin ist gut aufgestellt und eine wichtige politische Kraft innerhalb der SPD Berlin. Am 23. März findet die nächste Landesfrauenkonferenz statt, auf der ein neuer ASF-Landesvorstand gewählt wird.

Ich danke allen Frauen für die tolle Zusammenarbeit und auch vielen Männern für die Unterstützung! Gemeinsam sind wir stark!

Außerdem danke ich dem Kurt-Schumacher-Haus für die tatkräftige Unterstützung des ASF-Landesvorstandes und die gute Zusammenarbeit – vor allem Daniela Fiedler, Isabel Herrmann, Claudia Sucker, Roswitha Dybiona, Uli Horb, Andreas Riese, Axel Oppold-Soda, Rüdiger Scholz und der ehemaligen ASF-Betreuerin Sylvia Brückner und der ehemaligen Pressesprecherin Daniela Augenstein und vielen mehr.

Dr. Eva Högl
Landesvorsitzende der ASF

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATINNEN IM GESUNDHEITSWESEN - ASG



Die Entwicklung der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG Berlin) im Berichtszeitraum 2010 bis 2012 ist außerordentlich erfreulich. Besonders positiv hervorzuheben ist zunächst, dass die Zahl der Aktiven, die sich in der ASG engagieren, in der vergangenen innerparteilichen Legislaturperiode stark zugenommen hat: Mittlerweile beteiligen sich im Schnitt rund 40 Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde aktiv und regelmäßig an der Arbeit der ASG Berlin. Der sich punktuell einbringende Interessentenkreis ist auf etwa 100 Personen angewachsen. Etwas mehr als die Hälfte der aktiven Mitglieder sind weiblich, knapp 95 % sind Mitglied der SPD.

Die engagierten Mitglieder bringen nicht nur ihre politischen Erfahrungen aus der Bezirks-, Landes- und Bundespolitik, sondern vor allem ihr Wissen ein, das sie durch ihren Beruf gesammelt haben.

Viele der Genossinnen und Genossen arbeiten bei wichtigen Institutionen des Gesundheitswesens. Sie kommen aus Sozialverbänden, Krankenkassen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Gewerkschaften. So tauschen in der ASG Berlin Kassenbeschäftigte ihre Positionen mit Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pfleger, Physiotherapeutinnen und -therapeuten oder Auszubildende von Gesundheitsberufen aus. Auch die Wissenschaft fehlt dabei nicht, denn Hochschullehrerinnen und -lehrer gehören ebenso zum Kreis der Aktiven, wie wissenschaftliche Mitarbeitende und Fachanwältinnen und -anwälte.

Zu Beginn der Legislaturperiode hat sich die ASG Berlin 3 Ziele gesetzt, die in den letzten zwei Jahren alle erreicht werden konnten:

- innerparteiliche Willensbildung
- Zielgruppdialog
- Öffnung nach außen

■ Innerparteiliche Willensbildung

In den monatlich stattfindenden und für Freundinnen und Freunde der SPD offenen Mitgliederversammlungen werden Positionen und Standpunkte ausgetauscht und aktuelle Themen der Be-

zirks-, Landes- und Bundespolitik diskutiert. Auf der Agenda standen beispielsweise die Reform der Pflegeversicherung, das Versorgungsstrukturgesetz, das Patientenrechtegesetz oder die integrierte Versorgung von Schizophrenie-Patientinnen und -Patienten.

Daneben besteht für alle Interessierten die Möglichkeit, in einer der verschiedenen Projektgruppen mitzuarbeiten, die für einen vertieften Austausch zu einzelnen Themenbereichen, wie der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Krankenhausversorgung in Berlin, der Pflegereform sowie zur Zukunft der Gesundheitsberufe, gebildet wurden.

Sowohl in den Projektgruppen als auch in den Mitgliederversammlungen wurden fachliche Positionen erarbeitet, die der Vorbereitung der Entscheidungsfindung der SPD Berlin dienen. Die inhaltliche Abstimmung erfolgte in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Landespartei, mit der Abgeordnetenhausfraktion sowie der Berliner Fachvertreterin im Deutschen Bundestag.

Die Ergebnisse der Diskussionen spiegeln sich nicht nur in Anträgen zu Landesparteitagen zu den Themen Pflegereform, Bürgerversicherung oder der Organisationsreform wider, sondern flossen über die regelmäßige Teilnahme des Vorsitzenden der ASG Berlin an den Landesvorstandssitzungen insbesondere auch in das Berliner Wahlprogramm und in die Koalitionsverhandlungen ein.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Aktionsprogramm Gesundheit, das in der Projektgruppe Gesundheitsförderung erarbeitet, in einem öffentlichen Dialog weiterentwickelt und als Broschüre herausgegeben wurde und das nunmehr auch den Weg in die Koalitionsvereinbarung 2011 – 2016 gefunden hat. Mit dem Aktionsprogramm Gesundheit verfolgt die ASG Berlin das Ziel, das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin weiter zu erhöhen. Initiativen für sozialräumlich orientierte Präventionsketten sollen dabei gebündelt und unterstützt und die verschiedenen Aktivitäten in einem „Stadtplan der Gesundheitsförderung“ zusammengefasst werden.

■ Zielgruppdialog und Öffnung nach außen

Die Projektgruppen und Mitgliederversammlungen dienten jedoch nicht nur dem internen Austausch und Willensbildungsprozess. Sowohl der Zielgruppdialog als auch die Öffnung der ASG Berlin nach außen hin waren wichtige Vorhaben, die sich die ASG Berlin vorgenommen hatte. Dabei ging es auch darum, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Arbeit der ASG Berlin bekannter zu machen und die gesundheitspolitischen Positionen der SPD Berlin in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Ein wichtiger Ausgangspunkt dafür war, dass in die Mitgliederversammlungen regelmäßig Gastreferentinnen und Gastreferenten „von außen“, das heißt aus den unterschiedlichsten Bereichen des Gesundheitswesens, wie beispielsweise der Verbraucherzentrale Berlin, dem AOK-

Bundesverband, aus Gewerkschaften oder dem Bundestag, eingeladen wurden. Nicht nur die Mitglieder der ASG profitierten von den interessanten fachlichen Inputs, auch die Referentinnen und Referenten, die zu Gast waren, bestätigten, dass sie viele Anregungen aus den Diskussionen zu Themen wie der Transparenz im Gesundheitswesen, den gesundheitspolitischen Wechselwirkungen in Europa, den Auswirkungen der leistungsorientierten Investitionszuschüssen auf die stationäre Versorgungslandschaft in Berlin oder auch der Präsentation und Diskussion zum Gutachten zur Weiterentwicklung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs, für ihre Arbeit mitnehmen konnten.

Hinzu kam, dass die ASG Berlin in den vergangenen zwei Jahren in einen intensiven Dialog mit Betroffenen getreten ist und diese in ihre Arbeit einbezogen hat – nicht nur bei den Mitgliederversammlungen und den Projektgruppen, sondern auch bei vielen öffentlichen Veranstaltungen, die engagierte Mitglieder der ASG Berlin auf die Beine stellten.

Gemeinsam mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion, Thomas Isenberg, der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften, wie der ASF Berlin, ist es der ASG Berlin gelungen, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, die für ein breites Publikum von Interesse und gut besucht waren.

Besonders hervorzuheben sind in dem Zusammenhang der gesundheitspolitische Dialog zum Thema „Gesundheit bei Frauen und Männern – ist Prävention umsetzbar?“ sowie die Veranstaltung zum Aktionsplan Gesundheit für Berlin.

Boris Velter
Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN – ASJ



Der Berichtszeitraum umfasst die Zeit von Juli 2010 bis Juni 2012. Im April 2010 fanden turnusmäßige Vorstandswahlen statt. Vera Junker wurde erneut zur Landesvorsitzenden gewählt. Dr. Falk Bömeke und Fred Skroblin wurden stellvertretenden Landesvorsitzende, Annegret Ortling Schriftführerin. Im Bundesvorstand wird die ASJ Berlin seit September 2010 durch Annegret Ortling vertreten. Derzeit sind in der ASJ 712 Mitglieder organisiert.

Im Berichtszeitraum hat die ASJ sich, insbesondere auf ihren monatlich stattfindenden Stammtischen, mit aktuellen Themen aus den verschiedensten Rechtsbereichen befasst. In diesen Veranstaltungen diskutieren JuristInnen aller Bereiche, aber auch interessierte Nicht-JuristInnen miteinander und erweitern so nicht nur ihren rechtspolitischen Horizont. Ziel der Diskussionen ist es auch immer, den spezifischen sozialdemokratischen Standpunkt zu erarbeiten und zu formulieren. Besonders erfreulich ist nicht nur die breite Fächerung der juristischen Herkunft der TeilnehmerInnen, sondern auch die Tatsache, dass auch zunehmend junge JuristInnen und StudentInnen an den Stammtischen teilnehmen.

Themen der ASJ-Stammtische in dem Zeitraum von Juli 2010 bis Juni 2012 waren:

- Zum Wohle des Kindes – Das gemeinsame Sorgerecht für unverheiratete Eltern
- Das Berliner Integrationsgesetz – Echter Fortschritt oder Etikettenschwindel?
- Rekommunalisierung – Abkehr vom Privatisierungswahn?
- Auswirkungen der Berliner Bildungspolitik auf die Berliner Universitäten und die Juristenausbildung im Besonderen
- Richterliche Mediation
- § 522 ZPO – nicht hinnehmbare Verkürzung des Rechtsweges oder sinnvolles Mittel zur Verhinderung von Prozessverschleppungen?
- Lobbyismus
- Whistleblowing – Regelung eines Informantenschutzes für ArbeitnehmerInnen
- Schwerpunkte sozialdemokratischer Rechtspolitik in der nächsten Legislaturperiode
- Investoreninteresse versus Demokratieprinzip – Zum Paradigmenwechsel im Bauplanungsrecht
- Entgeltgleichheit
- Pflichtverteidigerbestellung in Moabit – Eine geschlossene Gesellschaft?

Im Mai 2011 fand in Bad Saarow wiederum die Klausurtagung des Landesvorstandes statt. Themen der Diskussion am ersten Tag mit Justizsenatorin Gisela von der Aue waren insbesondere die Probleme der Sicherungsverwahrung, die Möglichkeiten der richterlichen Mediation und die Schaffung neuer Straftatbestände zur Bekämpfung von Finanzmarktkriminalität. Am zweiten Tag wurde intensiv über Organisatorisches gesprochen und über aktuelle Probleme des Verbraucherschutzes, richterliche Mediation und die Wahlkampfarbeit der ASJ.

Die ASJ Berlin beteiligte sich auch aktiv durch Veranstaltung von Quizspielen an der Gestaltung des SPD-Sommerfests am 2. Juli 2011.

Im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus veranstaltete die ASJ Berlin zusammen mit der Brandenburger ASJ in Berlin im August 2011 einen sehr gut besuchten rechtspolitischen Sommerempfang mit hochrangigen Gästen, u.a. dem Ersten parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann und der Justizsenatorin Gisela von der Aue.

Die Landesvorsitzende Vera Junker hielt auf Einladung des Deutsche Strafverteidiger e.V. auf der Alsberg-Tagung 2011 einen Vortrag zum Thema „Berufsethik der Staatsanwälte“ und bei einer Veranstaltung der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung im Jahre 2012 einen Vortrag zum Thema „Überlange Verfahrensdauer in Wirtschaftsstrafsachen“.

Sie erarbeitete ferner mit mehreren Genossinnen und Genossen der Berliner SPD in einer vom Landesvorstand eingesetzten Gruppe einen Bericht zur Geschlechtergerechtigkeit in der Berliner SPD, der u.a. in einen Vorschlag für Statutenänderungen mit dem Ziel der 50%-Quote mündete. Dieser fand die Unterstützung des SPD-Landesvorstandes.

Im Jahre 2010 initiierte die ASJ eine Initiative für eine effektivere Strafverfolgung von Finanzmarktakteuren, die von den Fraktionen von SPD und Linkspartei im Abgeordnetenhaus aufgegriffen und zu einem Antrag für eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat führte.

Zum gleichen Thema beteiligte sich die ASJ-Vorsitzende an der Konzeption und der Durchführung eines vom SPD-Parteivorstand organisierten Expertengesprächs zum Thema „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen: Ist unser Wirtschaftsstrafrecht auf der Höhe der Zeit?“

Besonders hervorzuheben ist eine Studienreise von Mitgliedern der ASJ Berlin nach Istanbul, die in der Zeit vom 20.10. – 25.10.2011 stattfand. Neben einem regen Gedankenaustausch und natürlich auch Besichtigungen bestand die Gelegenheit zum Besuch einer Gerichtsverhandlung und zu Gesprächen an einer Privatuniversität sowie im Generalkonsulat.

Die ASJ Berlin führte ferner im März 2011 eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Richterliche Mediation“ im Zusammenhang mit dem Entwurf zum Mediationsgesetz mit hochkarätigen Podiumsteilnehmern durch und erarbeitete eine Stellungnahme zum Thema, die innerhalb und außerhalb der SPD auf positive Resonanz stieß.

Die Zusammenarbeit mit der ASJ Brandenburg wurde weiter intensiviert. Es fanden neben der Vorstandsklausur auch weitere Treffen statt, die zu einem fruchtbaren Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den Brandenburger Genossinnen und Genossen führten.

Der attraktivste und zentrale Baustein zur Aktivierung von Mitgliedern und interessierten Nicht-Mitgliedern zur Mitarbeit in der ASJ und auch der entscheidende Faktor zum Aufbau und zur Pflege von Kontakten zu Verbänden und Organisationen dürften weiterhin die ASJ-Stammtische sein, bei denen die gesamte Palette der Rechtspolitik, immer mit Anknüpfungspunkten zu anderen Bereichen der Politik in lockerer Runde diskutiert wird.

Vera Junker
Landesvorsitzende

Fred Skroblin
Stv. Landesvorsitzender

Annegret Ortling
Schriftführerin

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN - JUSOS



I. Einleitung

Am 9./10. April 2010 wurde bei der Landesdelegiertenkonferenz in der Ernst-Reuter-Schule (Wedding) ein neuer Landesvorstand gewählt. Zum Landesvorsitzenden wurde Christian Berg gewählt, zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Adrian Bohn, Kateryna Kremkova, Kevin Kühnert, Clara Luhr, Poroshista Mokri, Johannes Reichersdorfer, Helene Sommer und Fabian Weißbarth gewählt. Am 3. Mai 2011 trat Poroshista Mokri von ihrem Amt zurück, am 27. Mai 2011 wurde Caroline Fiedler durch die LDK in den LaVo nachgewählt. In den Landesvorstand kooptiert für die Juso-Hochschulgruppen wurde zunächst Oliver Gaida, später als sein Nachfolger in der Koordination der HSGen Leo von Galen. Der Landesvorstand hat sich zu Beginn seiner Amtszeit zu einer Wochenendklausur getroffen und darüber hinaus bis auf wenige Ausnahmen monatlich getagt.

Die ehrenamtliche Arbeit des Landesvorstands und des gesamten Verbandes wurde intensiv unterstützt durch die jeweilige Juso-LandessekretärIn – zunächst durch Julia Maas, die zum 1. November in das Juso-Büro wechselte. Als ihre Nachfolgerin konnten wir Eva Wunderlich gewinnen, die bis Ende 2011 im Landesbüro arbeitete. Seit dem 1. Januar 2012 hat Daniel Choinovski das Amt inne. Unsere politische Arbeit wäre ohne die tatkräftige Unterstützung durch die Hauptamtlichen nicht möglich – deshalb sei allen dreien, die in den vergangenen zwei Jahren den Landesverband begleitet haben, auch an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Alle drei haben sich deutlich stärker eingebracht als das ihre Arbeitsverträge erforderlich machen – auch an Abendstunden und an Wochenenden.

Darin wird deutlich, dass die bestehende Ausstattung der Hauptamtlichkeit für einen so aktiven politischen Verband wie die Jusos Berlin nicht ausreicht. Unsere Forderung, die Stelle des/der Juso-LandessekretärIn aufzustocken, haben wir immer wieder erhoben, aber bislang leider nicht umsetzen können. Das Landesbüro wurde, insbesondere in Wahlkampfzeiten, durch zahlreiche PraktikantInnen unterstützt. Auch ihnen sowie den vielen Aktiven, die ehrenamtlich auch bei organisatorischen Aufgaben mitgearbeitet haben, sei herzlich gedankt. Eine dauerhafte Anwesenheit von vernünftig bezahlten PraktikantInnen haben wir angestrebt, konnten wir bislang aber noch nicht zufriedenstellend erreichen.

Im Mittelpunkt der zweijährigen Amtszeit des Landesvorstandes lag die Umsetzung unseres im

Landesarbeitsprogramm beschlossenen Kernprojektes „Berlin von morgen“ sowie die Durchführung des Wahlkampfes für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sowie den BVen im September 2011. Darüber hinaus fanden zahlreiche Veranstaltungen sowie Seminare statt. Wichtig war uns die Bündnisarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen – hier konnten wir zahlreiche neue politische Zusammenarbeiten erreichen und gleichzeitig unsere Kontakte zu bereits bestehenden BündnispartnerInnen ausbauen. Darüber hinaus hat der Landesvorstand die Rolle des Verbandes innerhalb der Berliner SPD genauso wie auf Juso-Bundesebene kontinuierlich ausgebaut. Als Berliner Jusos sind wir weder als progressiver Teil der SPD noch als wichtiger Landesverband im Bund wegzudenken.

Das wird auch an der wachsenden Mitgliederzahl deutlich. Im Gegensatz zum allgemeinen Partei- und (auch) SPD-Trend wachsen wir beständig und zählen mittlerweile fast 4.500 GenossInnen – das sind 28 % aller SPD-Mitglieder in Berlin! Unseren Status als mit deutlichem Abstand größtem politischen Jugendverband in Berlin konnten wir damit ausbauen. Auch im Bundesvergleich stehen wir gut da: Im Vergleich zu 2010 wurde unsere Delegiertenanzahl bei Bundeskongressen von 19 im Jahr 2010 auf 20 (2011) und 21 im laufenden Jahr kontinuierlich erhöht.

II. Berlin von morgen – mit allen für alle!

Kernprojekt der zweijährigen Amtszeit war das im Arbeitsprogramm beschlossene Projekt „Berlin von morgen“. Ziel war, mit allen Kreisverbänden und Mitgliedern, mit unseren BündnispartnerInnen und einer Vielzahl von Interessierten darüber zu diskutieren, was unser Anspruch an eine solidarische Stadtpolitik auf allen Ebenen ist und wie wir diese verwirklichen können. Zu diesem Zweck fanden in einem mehrstufigen Prozess zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen statt, die letztlich in unseren Beschluss „Berlin von morgen“ mündeten und als Wahlplattform der Jusos dienten.

Um möglichst eine breite Beteiligung zu erreichen, hat der Landesvorstand gemeinsam mit den Kreisen einen mehrstufigen Prozess gewählt. In einer Phase haben wir dabei unter dem Titel „Berlin mit allen für alle? – In welcher Stadt leben wir?“ zunächst eine weitreichende Analyse des status quo erarbeitet. Diese Analyse wurde durch einen umfangreichen Fragenkatalog ergänzt, in dem wir zu den wichtigsten Bereichen 130 Fragen zusammengetragen haben, die wir aus jungsozialistischer Perspektive beantworten wollten. In der Anfangsphase fanden im Juli 2010 mehrere Veranstaltungen statt, bei denen einzelne Problemlagen genauer besprochen werden konnten – so etwa bei einer Veranstaltung mit dem mbr zum Umgang mit Nazis in der AnsprechBar der Jusos Trepotow-Köpenick oder bei einem Kiezspaziergang in Prenzlauer Berg zum Thema Gentrifizierung.

Um die Beteiligung des gesamten Verbandes zu ermöglichen, wurde unser Thesenpapier bei einem sehr erfolgreichen Verbandstag am 31.07.2010 diskutiert und durch die LDK im September 2010 beschlossen. Dem als Broschüre vorgelegten Thesenpapier war ein call for answers beigefügt: Damit haben wir unseren Anspruch untermauert, dass wir uns als Jusos breit aufstellen und wir Partizipation ernst nehmen und meinen. Die Broschüre und der call wurden in einer Auflage von 1000 Stück produziert und landesweit, auch in der Partei verteilt.

Auf dieser Grundlage fand dann die Suche nach Antworten auf unser solidarisches, jungsozialistisches Berlin statt. Dabei konnten wir den gesamten Verband einbeziehen.

Den Auftakt bildete bereits unsere Sommertour unter dem Motto „Pause? Ne!“, bei der wir nicht nur inaktive sowie neue GenossInnen in entspannter Atmosphäre kennenlernen konnten, sondern uns in verschiedenen Teilen der Stadt (etwa bei einem antifaschistischen Kiezspaziergang in Neukölln oder einem Rundgang auf dem Tempelhofer Feld mit Lars Oberg, MdA) unterschiedlichen Aspekten von Stadtpolitik widmeten und dabei regelmäßig auch bei unterschiedlichem Wetter zum Abschluss grillten.

In allen Kreisen fand zwischen November 2010 und Mai 2011 unsere „Kreistour“ statt. In jedem Kreis wurde zu einem stadtpolitischen Kernthema eine gemeinsame Veranstaltung von Kreis und Landesvorstand durchgeführt. Dabei war uns wichtig, Besuche von best-practise-Projekten in den Mittelpunkt zu stellen, was mehrheitlich auch gelang: Bei der Auftaktveranstaltung in Neukölln besuchten wir die Rütli-Schule und diskutierten u.a. mit zwei Kommissaren der Berliner Polizei über Integrations- und Bildungspolitik, in Reinickendorf besuchten wir ein Jugendzentrum und diskutierten mit dem zuständigen Bezirksstadtrat, in Steglitz-Zehlendorf waren wir zu Gast im Nachbarschaftsprojekt der Thermometersiedlung, in Marzahn-Hellersdorf stand die Wohn- und Mietenpolitik im Mittelpunkt. Weitere Themen waren etwa der demografische Wandel, Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung, Quartiersmanagement oder Jugendpolitik. Bis auf eine Ausnahme konnten in allen Kreisen Veranstaltungen durchgeführt werden, die zum Teil sehr gut, teilweise aber auch bescheiden besucht waren. Gleichzeitig griffen viele Kreise das Thema „Stadtentwicklung“ bei ihren eigenen Sitzungen auf und diskutierten ausführlich über Fragen, die besonders das Zusammenleben im jeweiligen Bezirk betrafen.

Auch wenn die Resonanz auf die einzelnen Veranstaltungen unterschiedlich war, war die Kreistour ein großer Erfolg. Bei allen ReferentInnen stießen die Veranstaltungen, die Themen und die TeilnehmerInnen auf sehr positive Resonanz; auch innerhalb der SPD wurden unsere Veranstaltungsreihe mit einigem Lob aufgenommen. Vor allem die Tatsache der aktiven Diskussion in vielen Kreisen machte deutlich, dass wir als Landesverband nicht nur ein wichtiges Thema aufgegriffen hatten, sondern noch dazu eine fundierte und breite Diskussion im Verband stattfand. Weniger schön war die Tatsache, dass aus unterschiedlichen Gründen ein im Februar 2011 geplanter stadtpolitischer Kongress nicht stattfinden konnte. Wesentlich war hier zwar die Absage eines wichtigen Gastredners, allerdings stieß mit dieser Planung auch der Landesvorstand vielleicht an die Grenzen seiner Möglichkeiten.

Dessen ungeachtet konnte sich das Ergebnis unseres Diskussionsprozesses, bei dem alle Veranstaltungsformate einbezogen wurden (etwa auch die LDK im Dezember, bei der der mittlerweile verstorbene Soziologe Prof. Harmut Häußermann über Stadtentwicklung referierte) sehen lassen. Im Frühling 2011 wurde der erste Entwurf von „Berlin von morgen“ vorgelegt, der daraufhin in den Kreisen sowie die AGen und AK diskutiert wurde und im Mai 2011 von der LDK beschlossen wurde.

Als Grundlage für unser stadtpolitisches Grundverständnis und gleichzeitig unsere Kampagne zur

Abgeordnetenhauswahl hat „Berlin von morgen“ auch weit über unsere eigenen Kreise hinaus für Aufmerksamkeit gesorgt. Gerade in das entstehende Wahlprogramm der SPD konnten wir uns mit unseren inhaltlichen Analysen und unseren Forderungen erfolgreich einbringen; bei BündnispartnerInnen stießen unsere Überlegungen auf großes Interesse. Vor allem aber gelang es, trotz vereinzelter Schatten einen Prozess erfolgreich zu gestalten und dabei den gesamten Verband mitzunehmen.

III. Wahlkampf 2011

Ein Schwerpunkt der Amtszeit war die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011. Der vom gesamten Verband gemeinsam erarbeitete Beschluss „Berlin von morgen“ diente dabei als Wahlkampfplattform der Jusos Berlin. Mit unseren eigenen Forderungen gestalteten wir den Wahlkampf mit den Zielen, vor allem junge Menschen in der Stadt anzusprechen, sie von der SPD und unserem Kandidaten Klaus Wowereit zu überzeugen und darüber hinaus für die Arbeit der Jusos zu begeistern. In der Folge waren vor allem SchülerInnen, Auszubildende, Studierende sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund die Zielgruppen, die wir besonders ansprechen wollten.

Als Jusos hatten wir formal die Leitung des Jugend-Wahlkampfes auf Landesebene inne, während sich jedoch schon in der Vorbereitung zeigte, dass aufgrund der undefinierten Aufgabenteilung zwischen Jusos und SPD einerseits und den Ebenen Abteilung, Kreise, Land andererseits die Gestaltung einer eigenen Kampagne sich zumindest als Herausforderung herausstellen dürfte. Dies ist ein grundsätzliches Problem, wird aber bei Abgeordnetenhauswahlen zusätzlich durch die entsprechende Kleinräumlichkeit angesichts des Zuschnitts der Wahlkreise verschärft.

Dennoch gelang uns ein ambitionierter Wahlkampf, bei dem wir auf unzähligen Veranstaltungen, Verteilaktionen und Diskussionsrunden präsent waren und für unsere Positionen und die Wahl der SPD aufmerksam machen konnten.

Der Wahlkampf selbst wurde durch eine „politische Sommertour“ im Juli eingeleitet, bei der wir mit jungen KandidatInnen gemeinsame Veranstaltungen wie Kiezspaziergänge durchführten und dabei gleichzeitig schon früh werben konnten. Die eigentliche Phase selbst unterteilten wir thematisch in die Schwerpunkte unserer Kampagne (Wohnen/Gentrifizierung, Feminismus, Ausbildung und Arbeit, Antifaschismus sowie Bildungspolitik), wobei in den letzten Wochen vor der Wahl jeweils eine Themenwoche mit dazugehörigen Aktionen stattfand, die insbesondere durch die Kreise unterstützt und durchgeführt wurden. So war es jedenfalls möglich, in allen Kreisen mit Aktionen auch außerhalb der regulären Infostände präsent zu sein und gleichzeitig bezirksspezifische Themen zu setzen. Darüber hinaus unterstützte der Landesvorstand intensiv verschiedenste Aktionen der Kreise. Auf die massive Plakatieraktion der NPD in der ganzen Stadt und die rechtspopulistischen Parteien reagierten wir mit unserem Plakat „Nazifrei und Spaß dabei“, von dem wir über 500 Stück auf Pappe klebten und in der ganzen Stadt, bevorzugt in die Nähe entsprechender Nazi-Plakate hingen. Auf diese Plakataktion erhielten wir zahlreiche positive Reaktionen von BetrachterInnen.

In den drei letzten Tagen vor der Wahl schließlich starteten wir zu unserer 72-Stunden-Tour. 72 Stunden lang waren wir in allen Kreisen vor Ort, um Tag und Nacht noch die letzte Überzeugungsarbeit zu leisten und für die SPD zu werben. Unterstützt wurden wir bei alledem im Wahlkampf durch unsere Landesgeschäftsführerin sowie zwei PraktikantInnen im KSH, die nach Kräften unterstützten und nicht selten um 5 Uhr den ersten Kaffee für die Frühverteilung an Schulen aufsetzten. Ohne sie und unseren roten Bus, der in seinem fast dreimonatigen Dauereinsatz kaum Kratzer abbekommen hat, hätten wir unseren Wahlkampf nicht stemmen können.

Insgesamt wurden im Wahlkampf 20.000 Exemplare unserer Sonderausgabe der Infrarot, 40.000 thematische Flyer und Tausende von give-aways, darunter Kugelschreiber, Kondome, Feuerzeuge sowie unser rotes Wassereis verteilt. Aufsehen erregte die im Endspurt produzierte selbstklebende Postkarte „Wer Grün wählt, bekommt Henkel“. Tja.

Besonders gelungen ist die deutlich im Vorfeld des Wahlkampfes bereits angelaufene Initiative „Politikcafé“, die wir unter dem Dach der Jungen Presse Berlin und gemeinsam mit den Verbänden Grüne Jugend, Linksjugend solid, der JU, den JuLis sowie später den JuPis mitgestalteten. Dabei handelt es sich um ein Diskussionsformat, das insbesondere an Schulen sowie in manchen Jugendclubs durchgeführt wird und bei dem VertreterInnen der jeweiligen Verbände mit Interessierten diskutieren, etwa in Form einer Podiumsdiskussion. Knapp 20 Veranstaltungen konnten in diesem Zusammenhang durchgeführt werden, darunter auch eine Diskussionsrunde bei ALEX TV. Der Erfolg des Formats und die gute Zusammenarbeit mit den weiteren Verbänden haben uns dazu angespornt, auch nach dem Wahlkampf die Initiative zu erhalten und weiterhin mit Jugendlichen in dieser Form zu diskutieren.

Im Ergebnis haben wir mit unglaublich vielen GenossInnen einen äußerst engagierten Wahlkampf geführt, der auch zahlreiche neue Mitglieder zu den Jusos geführt hat. Die Beteiligung etwa an der Plakatieraktion gegen Nazis hat gezeigt, dass auch kurzfristig viele GenossInnen mobilisierbar waren. Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, dass die geplante Durchführung einer komplett eigenständigen Kampagne nur bedingt erfolgreich war. Zu sehr waren GenossInnen in den Wahlkampf mit den WahlkreiskandidatInnen oder im eigenen Kreis eingespannt, als dass eine eigenständige Kampagne gar mit einer eigenen „Aktionsgruppe“ hätte funktionieren können. Das Verhältnis zwischen dem, was die Kreise tatsächlich einfordern bzw. benötigen und was der Landesverband bzw. Landesvorstand leisten soll, sollte in künftigen Wahlkämpfen vorab realistischer eingeschätzt werden.

IV. Bildungsarbeit und Veranstaltungen

■ Seminare und die Arbeit des Bildungsausschusses

Seit 2010 haben regelmäßige Neumitgliederseminare stattgefunden, in denen neue GenossInnen die Möglichkeit erhalten haben, sich einen Überblick über die Grundwerte der Jusos, unserer Geschichte und unseren Aktivitäten zu verschaffen. Mindestens zwei Neumitgliederseminare pro Jahr haben wir jährlich veranstaltet – eines im Frühling, eines im Herbst – und mit einer Ausnah-

me waren alle Seminare ausgebucht. Der Ablauf erfolgt dabei jeweils einem Standard-Prinzip: Am ersten Tag lernten die TeilnehmerInnen Geschichte und inhaltliche Grundlagen der Jusos kennen, wobei die AKs und AGs eingebunden wurden. Abends folgte ein Kamingespräch mit wechselnden Gästen. Am zweiten Tag folgte ein ausführlicher Brunch, bei dem das Gespräch mit Mitgliedern des Landesvorstands und aus den AKen und AGen gesucht werden konnte. Die Neumitgliederseminare wurden lange Zeit von Anita Tiefensee betreut, ihr folgte Jana Heinze nach. Beiden sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Arbeit in den vergangenen zwei Jahren gedankt!

Auch über die Neumitgliederseminare hinaus fanden mehrere Bildungsveranstaltungen des Landesverbands statt. Hierfür zuständig war der Bildungsausschuss, der in Abstimmung mit dem Landesvorstand gemäß Landesarbeitsprogramm eine Seminarreihe plante und durchführte. Das Bildungsprogramm wurde über einen ausführlichen Flyer beworben.

Folgende Bildungsveranstaltungen fanden statt:

- Solidarisch und Sozial? – Einführung in den Sozialstaat und soziale Sicherungssysteme
- Internationale Politik
- Kommunalpolitik
- Gender-Training
- Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit
- Gedenkstättenfahrt nach Sachsenhausen

An den Seminaren nahmen zwischen 10 und 25 Personen teil. Regelmäßig waren auch externe ReferentInnen eingeladen. Das Feedback war durchgängig positiv. Dennoch konnten leider nicht alle geplanten Seminare durchgeführt werden – Gründe hierfür waren u.a. die zeitliche Überanstrengung von Mitgliedern des Bildungsausschusses und des Landesvorstands. Die Durchführung eines derart ambitionierten Seminarprogrammes, wie es von Landesvorstand und Bildungsausschuss geplant war, ist ohne zusätzliche hauptamtliche Unterstützung bzw. öffentliche Finanzierung kaum zu leisten. Umso stärker müssen wieder öffentliche Mittel akquiriert werden können. Dazu wurde an mehreren Stellen in den letzten zwei Jahren viel Arbeit geleistet. Eine Perspektive für die Wiederbelebung des RPJ ist zumindest nicht mehr undenkbar.

Neben den genannten Veranstaltungen haben einzelne Mitglieder des Landesvorstandes mehrfach an Bildungsveranstaltungen wie Neumitgliederseminaren in den Kreisen teilgenommen. Die vorgesehene Erarbeitung von Bildungsmodulen durch den Bildungsausschuss als Angebot an die Kreise konnte leider nicht abgeschlossen werden.

■ Verbandswerkstätten

Die gute Tradition, einmal im Jahr mit allen Interessierten aus dem Landesverband in Brandenburg

komprimiert diskutieren und feiern zu können, haben wir mit den Verbandswerkstätten in den Jahren 2011 und 2012 fortgeführt und weiterentwickelt. Über die gesamten Wochenenden hinweg konnte in den Workshops einmal ausführlicher und intensiver an Themen gearbeitet werden und auch die Abendprogramme boten immer wieder die Gelegenheit, in der großen Gruppe zu diskutieren oder auch kulturell beieinander zu sein. Durch das Aufgreifen des Kernprojekts im Konzept der Verbandswerkstatt 2011 konnte das Wochenende zudem besser in die allgemeine Arbeit des Landesverbands eingebettet werden. Insgesamt hat es sich auch in den vergangenen zwei Jahren bewährt, durch die Werkstätten jenseits des Alltags die Möglichkeit für Diskussion und Vernetzung zu schaffen. Insgesamt nahmen an beiden Verbandswerkstätten ca. 50 bis 60 GenossInnen teil.

■ Weitere Veranstaltungen

Die i.d.R. monatlich stattfindenden Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes haben wir auch zur politischen Bildungsarbeit genutzt. Häufig fanden dabei Diskussionsrunden mit eingeladenen ReferentInnen statt. Hervorzuheben ist eine Veranstaltung mit der Genossin und Historikerin Prof. Dr. Helga Grebing, mit der wir über die Perspektiven der SPD diskutiert haben und dazu auch zahlreiche interessierte Gäste aus allen Gliederungen der Partei gewinnen konnten.

Im Festsaal Kreuzberg fand am 12.5.2011 mit der Diskussionsveranstaltung, die gemeinsam mit dem AK Antifa und dem AK Migration zum Thema Sarrazin organisiert wurde, mit hundert TeilnehmerInnen die wohl größte öffentliche Veranstaltung der letzten zwei Jahre statt. Es gab eine anregende Diskussion mit Daniela Kolbe, Kenan Kolat und Sergey Lagodinsky moderiert von Alke Wierth von der taz.

V. Politikentwicklung

■ Antifaschistische Arbeit

Die Antifa-Arbeit der letzten zwei Jahre hat sich weiter entwickelt und stellt einen wichtigen Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit dar. Das Blockadekonzept ist voll im Verband und auch in großen Teilen der SPD angekommen. In den verschiedenen Bündnissen wie „Dresden Nazifrei“, „1. Mai Nazifrei“, dem antialquds-Bündnis oder im Bündnis „Gegen Lager“ engagieren sich die Jusos Berlin mit anderen Gruppen und Jugendverbänden. Die Bündnisarbeit hat einen hohen Stellenwert und die Vernetzung mit anderen Gruppen geht mittlerweile über den thematischen Bereich der klassischen Antifa-Arbeit hinaus. In den letzten zwei Jahren konnten wir damit sowohl bei unseren PartnerInnen als auch im Juso-Bundesverband Schwerpunkte setzen und uns inhaltlich einbringen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der letzten zwei Jahre wurden von den Themen Antisemitismus, Antiziganismus, Rechtspopulismus und Sarrazin, Nazis vor der Abgeordnetenhauswahl geprägt. Verschiedene Veranstaltungen haben diese Themenfelder begleitet, etwa eine sehr erfolgreiche

Veranstaltung des Landesverbandes mit dem Mobilem Beratungsteam gegen Rechtsextremismus zum Thema „Nazis in den BVVen“ in der Ansprechbar der Jusos Treptow-Köpenick.

Beim Thema Sarrazin wurden wir als Jusos Berlin sowohl innerparteilich wahrgenommen, etwa mit der spontanen Protestaktion gegen Sarrazin und seinen Verbleib in der SPD vor dem Willy-Brandt-Haus, konnten aber auch in der Öffentlichkeit und der Presse Akzente setzen. Unsere größte öffentliche Podiumsdiskussion fand mit einem hochrangigen Podium zum Thema Sarrazin im Festsaal Kreuzberg statt.

Nach dem Mordanschlag auf unsere GenossInnen der AUF in Norwegen haben wir uns am internationalen Gedenken beteiligt und mit einer eigenen Veranstaltung vor der norwegischen Botschaft unsere Trauer um die Opfer und ihre Familien zum Ausdruck gebracht.

Ein großes Projekt im Bereich Antifa ist das Wiederbeleben der Gedenkpolitik. Der Besuch der Gedenkstätte Sachsenhausen im letzten Jahr und die für April geplante Gedenkstättenfahrt sind der Anfang für eine kontinuierliche Gedenkpolitik, die vom Verband getragen wird.

Besonders die kontinuierliche und breit aufgestellte Arbeit des AK Antifa, der Schnittstelle zwischen Landesverband und Landesvorstand, muss hervorgehoben werden.

■ Arbeitsbereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Die Arbeits- und Themenbereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales haben auch in den Jahren 2010 bis 2012 eine wichtige Rolle in unserem Verband eingenommen. Wirtschaftspolitisch sahen wir uns natürlich mit den aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise konfrontiert, die uns sicherlich auch in den kommenden Jahren weiter beschäftigen werden. Hier konnten wir mit interessanten ReferentInnen sowohl in der AG Wirtschaft Arbeit Soziales als auch auf Sitzungen des erweiterten Landesvorstands neue Anregungen sammeln, die auch zu einigen Anträgen und in der Folge auch Beschlüssen führen konnten. Die AG WAS hat darüber hinaus in mehreren Sitzungen zu makroökonomischen Fragestellungen Einsichten in größere Zusammenhänge erlangen können, die sich ebenfalls in der Verbandsarbeit wiederfanden.

Einen großen Raum hat zudem die sehr grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Frage des Stellenwerts und der Notwendigkeit ökonomischen Wachstums eingenommen. Nach zahlreichen Diskussionen auf Landesdelegiertenkonferenzen hat schließlich eine Projektgruppe zum Thema ihre Arbeit aufgenommen und anhand eines Thesenpapiers jungsozialistische Perspektiven diskutiert und entwickelt, kleinere und größere Dissense herausgearbeitet und schließlich der LDK eine Beschlussvorlage vorgelegt.

Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen spielten auch in der Auseinandersetzung mit unserem Konzept für ein Berlin von morgen im Rahmen des Kernprojekts eine wichtige Rolle. Hier

ging es vor allem um industriepolitische Perspektiven für unsere Stadt, um Möglichkeiten zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen in den Berliner Betrieben und um den traditionell sehr großen und bedeutenden Berliner öffentlichen Dienst.

Ein besonderes Anliegen war uns zudem auch die Ausbildungspolitik. Hier ging es weniger darum, neue Konzepte zu entwickeln, sondern unsere bestehenden Positionen in der Partei und der Gesellschaft zu verankern. Dies haben wir sowohl mit Veranstaltungen, wie der Diskussion mit dem Sprecher für berufliche Bildung der SPD-Bundestagsfraktion Willy Brase, als auch mit Anforderungen an das SPD-Wahlprogramm und vor allem mit unserem neuen Ausbildungsflyer getan.

Sozialpolitisch haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren vor allem mit den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen beschäftigt. Sowohl mit unserem pflegepolitischen Konzept (das vom Bundeskongress 2011 beschlossen wurde), wie auch mit unseren Reformvorschlägen für die gesetzliche Rentenversicherung (das vom Bundesverband beinahe vollständig übernommen wurde) konnten wir auf Juso-Bundesebene wie auch in der SPD wichtige Akzente setzen. Hier war vor allem auch die Zusammenarbeit mit der Berliner AG 60plus wichtig, die unsere Vorschläge aufgegriffen und auch zu großen Teilen übernommen hat. Zusammen mit unseren gesundheitspolitischen Positionen haben unsere Beschlüsse zudem die Vorlage für unsere Sozialstaatsbroschüre geliefert, die unsere Konzepte für diese drei sozialstaatlichen Säulen zusammenfasst und sowohl für die Kreise, als auch für den Landesverband und die Partei eine Anregung zur Diskussion und Weiterentwicklung sein soll.

■ Öffentliche Daseinsvorsorge

Sowohl im Rahmen des Kernprojekts Berlin von morgen, als auch im Hinblick auf die Beeinflussung des Wahlprogramms der SPD Berlin haben wir in den letzten zwei Jahren deutliche Spuren hinterlassen, wenn es um die Frage von bezahlbarem Wohnraum geht. Die Mieten in Berlin steigen immer weiter. Berlinerinnen und Berliner fürchten um ihre Lebensentwürfe, wenn sie durch Neuvermietungs-, Umwidmungs- und Preiswucherwahn aus ihren Kiezen vertrieben werden. Wir haben hierzu eine fortschrittliche Positionsbestimmung vorgelegt und damit auch das Wahlprogramm der SPD zu Abgeordnetenhauswahl auf dem Landesparteitag im Juni 2010 entscheidend beeinflusst, bei dem sich die Delegierten unserer Forderung nach einer Erhöhung der kommunalen Wohnungsbestände angeschlossen haben. Auch im Bereich der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur setzten wir ein Zeichen, in dem wir uns mit unserem Antrag, den Börsengang von Vivantes – dem größten kommunalen Klinikkonzern Europas mit rund 13.000 Beschäftigten – zu stoppen, durchsetzen konnten.

Seit Februar 2012 unterstützen die Jusos Berlin zudem die „Initiative Stadt Neudenken“ und setzen sich in diesem Kontext für eine neue Liegenschaftspolitik des Landes Berlin ein, die mehr Rücksicht auf die Bezahlbarkeit des Wohnraumes, die Wahrung sozialer Durchmischung und den dezentralen Erhalt städtischer Kultur legt.

■ Bildung und Jugend

Das Thema Bildung und Jugend war im Landesverband in den letzten zwei Jahren sehr präsent. Auf vielen der Landesdelegiertenkonferenzen wurden Anträge mit bildungs- und jugendpolitischen Inhalten beschlossen und nicht selten an den Landesparteitag weitergeleitet und auch dort beschlossen. Unsere Arbeit in diesem Bereich fand hauptsächlich dezentral statt, die AG Bildung hat zahlreiche thematische Sitzungen unabhängig von einem festen Sitzungsturnus abgehalten. So haben wir uns beispielsweise mit der Frage nach (schulischen) Übergängen in unserem Bildungssystem, nach der LehrerInnenausbildung oder nach Inklusion beschäftigt und nach Möglichkeit jeweils Betroffene eingeladen. Mit einem Grundsatzantrag zur Situation und Finanzierung der Jugendfreizeitarbeit in den Bezirken sind wir einen in diesem Bereich einen wichtigen Schritt vorangekommen. Durch regelmäßigen Austausch mit dem Fachausschuss Jugend/Familie versuchen wir MitstreiterInnen für unsere Positionen zu finden. Viele Juso-Kreisverbände haben sich zudem in den vergangenen zwei Jahren mit Fragen der Jugendbeteiligung und –partizipation befasst und sich im Einzelfall auch lokal vernetzt.

Auch im Bereich Bildung/Jugend haben wir die Bündnisarbeit im Sinne der Doppelstrategie stärken können. Mit der SchülerInnen-Initiative „Politik als Schulfach“ und weiteren Partnern haben wir daran gearbeitet das Thema auf die politische Agenda zu nehmen und setzen diese Arbeit kontinuierlich fort, bis unsere Forderungen Realität geworden sind.

■ Parteireform

Nachdem im April 2011 seitens des SPD-Parteivorstands eine umfassende Organisationsreform angekündigt wurde, haben wir sofort eine Projektgruppe SPD Parteireform eingerichtet, an deren Arbeit sich rund 30 GenossInnen aus dem ganzen Landesverband der SPD und der Jusos aktiv beteiligten. In drei Treffen erarbeitete die Projektgruppe ein Positionspapier, welches die Notwendigkeit dieser Reform betonte und eigene, fortschrittliche Akzente in die Debatte einspeiste. Um die SPD als führende linke Kraft im parlamentarischen System zu festigen, muss sie jünger, weiblicher, flexibler aber verbindlicher und demokratischer werden. Europa muss ernst genommen werden und sich auch als wichtige Politikebene in den Strukturen widerspiegeln. Viele weitere Vorschläge, wie die Vergrößerung des Parteitags fanden auch Eingang in den Beschluss des Bundesparteitags der SPD. Eines hat diese Projektgruppe zusätzlich gezeigt: Die Strukturen und Arbeitsweise der Jusos Berlin sind alles andere als verstaubt und langweilig. Sie sind flexibel und reagieren auf aktuelle Anforderungen. Sie sind Vorbild für die SPD.

■ Netzpolitik

Im Zuge unserer Auseinandersetzung mit Netzpolitik haben wir als Forum für aktive InteressentInnen den AK Netzpolitik angeboten. Leider stellten wir fest, dass ein thematischer Arbeitskreis trotz wachsender Aktualität von netzpolitischen Fragen in den vergangenen zwei Jahren nicht das geeignete Meinungsbildungsinstrument war. Nichtsdestotrotz waren netzpolitische Themen in unserer Arbeit immer relevant und wir haben uns beispielsweise zum JugendMedienStaatsVer-

trag (JMStV) geäußert. Auch andere aktuelle Debatten haben wir aktiv verfolgt und unter anderem bei der Netzwerkstelle Netzpolitik des Bundesverbandes mitgearbeitet.

■ Antimilitarismus

Auf der LDK im Mai 2011 haben wir uns in einem Antrag mit dem Thema Militär in Schulen auseinandergesetzt. Auf Beschluss des Landesvorstands wurde schon im Vorfeld eine Projektgruppe „Zukunft der Bundeswehr? - Antimilitarismus“ eingesetzt, um sich der Thematik eingehender zu widmen. Im Rahmen mehrerer Sitzungen wurde ein umfassender Antrag erarbeitet, der das antimilitaristische Profil unseres Verbands klar geschärft hat und sowohl auf der LDK als auch dem Bundeskongress mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

■ Energie

Den hohen Stellenwert von Bündnisarbeit im umwelt- und energiepolitischen Bereich hatten wir stets im Hinterkopf und arbeiteten von Beginn unserer Legislatur intensivst bei der Anti-AKW-Koordination Berlin mit. Wir beteiligten uns personell und finanziell an der Organisation zahlreicher Demos, so wie beispielsweise die Anti-Atom-Großdemo in Berlin am 18. September 2010. Außerdem beteiligten wir uns an den Castorblockaden in Dannenberg 2010 und 2011. Die Mitarbeit in der Anti-AKW-Koordination war ein guter Auftakt, um mit unterschiedlichen BündnispartnerInnen aus der Umweltbewegung in Kontakt zu treten. Aktuell unterstützen wir das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin!“ und wollen noch stärker mit Umweltbewegten Organisationen zusammenarbeiten. Mit dem Engagement beim Energietisch haben wir uns in energiepolitischen Fragen in Opposition zum Senat begeben. Für uns war und ist es wichtig, unsere Positionierung in Fragen der Rekommunalisierung gegenüber der SPD entschieden zu vertreten.

■ Internationaler Austausch

Der Austausch mit unseren internationalen PartnerInnen war schon immer ein wichtiger Teil unserer internationalistischen Arbeit. Unter anderen mit unseren PartnerInnen aus Israel, Palästina, Dänemark und Österreich haben wir uns in Berlin zu Gesprächen und zum Austausch getroffen und uns teilweise im Rahmen von deren Seminaren auch inhaltlich zu verschiedenen Themen ausgetauscht. Im letzten Jahr besuchte uns erstmals eine Frauendelegation des Willy-Brandt-Centers Jerusalem im Berlin, deren Aufenthalt wir inhaltlich und organisatorisch mit begleitet haben.

Mit einer Delegation der Jusos Berlin waren wir auch im Willy-Brandt-Center in Jerusalem vor Ort und haben uns mit unseren PartnerInnen aus Israel und Palästina, aber auch Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Thema Feminismus und Geschlechterpolitik ausgetauscht. Die Rolle der Frau im Nah-Ost Konflikt war dabei von entscheidender Bedeutung.

Während des IUSY-World-Festivals in Österreich haben wir unsere Kontakte gepflegt und neue Kontakte zu PartnerInnen aus der ganzen Welt aufgebaut. In den inhaltlichen Seminaren während

unseres Aufenthaltes und auch während der Treffen mit verschiedenen Delegationen haben wir uns zu verschiedenen politischen Themen ausgetauscht und den Dialog gesucht. Als Jusos Berlin haben wir vor Ort ein Seminar zur internationalen Vernetzung und zum Austausch im Bereich Antifaschismus und Konzept „Blockade“ gegeben.

Inhaltlich haben wir uns auch mit der Sozialistischen Internationalen und unserer Rolle innerhalb dieser auseinandergesetzt. Desweiteren waren der Arabische Frühling und internationale Protestbewegungen Themen, die die Jusos Berlin in den letzten zwei Jahren begleitet haben. Besonders der AK Internationales übernimmt bei der inhaltlichen Gestaltung der Internationalen Arbeit im Berliner Landesverband eine tragende Rolle und setzte in den letzten zwei Jahren wichtige Themen.

VI. Verbandsentwicklung und Zielgruppenansprache

Jusos in der SPD

Uns als Jusos innerhalb der Partei mit unseren Ideen und Positionen einzubringen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres doppelstrategischen Selbstverständnisses. Dieses ist in den vergangenen zwei Jahren an vielen Stellen hervorragend gelungen. Damit haben wir als Jusos unseren Anspruch als kritisch-solidarischer Jugendverband unterstrichen – und das ist auch innerhalb der Partei so wahrgenommen worden. An vielen Stellen haben wir uns öffentlich wie auch parteiintern, insbesondere im SPD-Landesvorstand bzw. gegenüber wichtigen AkteurInnen in der Partei wie auch gegenüber MandatsträgerInnen mit unseren Positionen eingebracht und aktiv an der Politik in der SPD und im Land Berlin mitgewirkt.

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag der Jusos zum Wahlprogramm der SPD. Bereits frühzeitig konnten wir mit unseren Kernanforderungen, die wir durch die LDK im Dezember 2010 beschlossen hatten, punkten. Wichtige Analysen, etwa zur sozialen Stadtentwicklung oder zur Frage der Rekommunalisierung, fanden Eingang in das Wahlprogramm der Partei, obwohl sie der aktuellen Praxis des damaligen Senates widersprachen. Unsere Beiträge bei verschiedenen Veranstaltungen und Gremiensitzungen, aber auch bei Landesparteitagen stießen immer wieder auf offene Ohren. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese gute Stellung mit den zahlreichen Delegierten, die mittlerweile in der Partei auf den verschiedenen Ebenen aktiv sind, auszubauen.

Auch die Auseinandersetzungen, bei denen wir uns nicht erfolgreich mit unseren Positionen durchsetzen konnten, stießen regelmäßig auf breite Unterstützung in der Partei. Als Beispiel seien hier die Entscheidung zum beigelegten PO-Verfahren gegen Dr. Thilo Sarrazin oder die Entscheidung gegen eine Koalition mit den Berliner Grünen genannt. Auch wenn hier erwartungsgemäß keine Mehrheiten für unsere Positionen erreichbar waren, erhielten wir umfassendes positives Feedback aus allen Teilen der Partei und vielfach auch Dank für den Ausspruch „mutiger“ (eigentlich nur richtiger) Positionen.

■ Projektgruppen

Im Arbeitsprogramm 2010-2012 wurde erstmals die Einrichtung von Projektgruppen ermöglicht, um „themenbezogen und kurzfristig (...) Anträge, Veranstaltungen oder Vergleichbares“ zu thematisieren. In der Amtszeit wurden mehrere Projektgruppen eingerichtet, darunter zur SPD-Parteireform, zum Themenkomplex Antimilitarismus, zu ökonomischem Wachstum und zu Umweltpolitik. Die Diskussion und Erarbeitung von Beschlussvorlagen in Projektgruppen hat sich dabei als sehr erfolgreiches und funktionierendes Forum herausgestellt, das Interessierte zusammenbringt und erfolgreiche Initiativen oder Anträge vorlegen kann.

■ Frauenvernetzungsarbeit

Die Frauenvernetzungsarbeit hat in den vergangenen zwei Jahren einen wichtigen Raum eingenommen. Die Simones wurden zunächst auf ein Stammtischformat umgestellt, bei dem Frauen aus dem Verband wie auch interessierte potenzielle Neumitglieder Raum und Gelegenheit hatten, sich auszutauschen, ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Aktivitäten zu planen. In diesem Rahmen haben wir auch den Frauenverbandstag 2011 vorbereitet, der im November im Rathaus Schöneberg stattfand. Hier hatten Frauen im Verband die Gelegenheit, auch mal ohne männliche Beteiligung zu diskutieren und neue Impulse für ihre Arbeit mitzunehmen. Höhepunkt des Verbandstags war sicher das Kamingsgespräch mit der ehemaligen Schatzmeisterin und ASF-Vorsitzenden Inge Wettig-Danielmeier, die auf ihren langen und wechselhaften Werdegang in und mit der Sozialdemokratie und allen ihren Ecken und Kanten zurückblickte und uns neuen Mut für unsere tägliche Arbeit mit auf den Weg gegeben hat.

■ Juso-Hochschulgruppen

Die Juso-Hochschulgruppen waren in den letzten zwei Jahren ein wichtiger Bündnispartner an den Hochschulen, um jungsozialistische Themen an den Hochschulen präsent zu machen. Viele Genossinnen und Genossen haben über die Hochschulgruppen den Weg zu den Jusos gefunden. Durch die Kooptierung von Oliver Gaida und Leo Galen in den Landesvorstand, war eine intensive Vernetzung gewährleistet.

Im Bereich Hochschulpolitik wurden wichtige Beschlüsse gefasst und Erfolge erzielt. Zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) wurde auf der LDK eine Resolution verabschiedet. Durch die anschließende Mitarbeit der Hochschulgruppen bei den Werkstattgesprächen der SPD-Fraktion sowie über Treffen mit dem Bildungssenator Jürgen Zöllner war die Arbeit in die Partei hinein gewährleistet. Mittels dieser guten Zusammenarbeit konnten wir bei der Novelle im letzten Moment noch einige Verbesserungen erreichen. Auch durch Kooptierungen von Jusos im Fachausschuss „Stadt des Wissens“ wurden die Beschlüsse der Jusos in die Partei hineingetragen.

Mit dem Beschluss „Das Templiner Manifest mitzeichnen“ auf der LDK wurde aktive Bündnisarbeit mit der Bildungsgewerkschaft GEW betrieben, mit der es einen kontinuierlichen Austausch zu Bildungstragern gibt. Wir fassten weitere Beschlüsse zum Thema Stipendiensysteme sowie zum

Bologna-Prozess. So trieben wir unsere inhaltliche Positionierung im Bereich Hochschule weiter voran.

In den Wahlkämpfen zu den StudentInnenparlamenten und anderen Gremien wurden die Hochschulgruppen finanziell sowie personell unterstützt. So sind die Juso-Hochschulgruppen an HU und TU weiterhin im Asta bzw. RefRat vertreten.

Zum Bildungsstreik 2011 haben die Jusos und die Juso-Hochschulgruppen gemeinsam aufgerufen.

VII. Bündnisarbeit

Die Jusos Berlin zeichnen sich – auch im Vergleich zu manch anderem Juso-Verband – durch eine sehr intensive Bündnisarbeit, dem zweiten Teil unseres doppelstrategischen Selbstverständnisses, aus. Insofern waren wir in den vergangenen zwei Jahren wie auch schon zuvor in vielen Bündnissen aktiv. Darunter zählen verschiedene Bündnisse gegen Nazis und Rechtspopulismus, bei dem die Jusos teilweise zur aktivsten Gruppe gehörten. Im Netzwerk Wahlalter 16 haben wir mit vielen weiteren PartnerInnen uns aktiv für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt. Mit weiteren BündnispartnerInnen haben wir die Anti-AKW-Bewegung in Berlin unterstützt. Wir haben uns engagiert in das Bündnis gegen den Papst-Besuch im September 2011 eingebracht und waren u.a. mit unserem Bus bei der zentralen Demo dabei. Ebenfalls beim Wassertisch haben wir aktiv mitgewirkt und das erste erfolgreiche Volksbegehren in Berlin – auch gegen den von der SPD mitgetragenen Senat – unterstützt. Darüber hinaus haben wir uns an zahlreichen Aufrufen, die unserer Beschlusslage entsprachen, beteiligt oder unsere Unterstützung signalisiert.

Bündnisarbeit hat für uns aber nicht den Zweck, überall „mit dabei zu sein“ und eine Juso-Fahne zu schwenken, so wichtig das auch ist und so oft wir das getan haben. Bündnisarbeit bedeutet, auch unsere Positionen in die gesellschaftlichen Diskussionen einzubringen – oftmals gegen Widerstände, auch diffuse, die sich allgemein „gegen die Parteien“ richten. Bündnisarbeit bedeutet, dass wir uns engagiert einbringen in Bündnisse, in die sich die SPD aus inhaltlichen oder strategischen Gründen vielleicht nicht einbringen kann – und dort auch aktiv für Verständnis werben. Und genauso bedeutet für uns Bündnisarbeit, dass wir die dort geführten Diskussionen wieder in die Partei rückkoppeln, um auch dort für Verständnis zu werben und Positionen mitzubestimmen. Insofern haben wir als Jusos in den vergangenen zwei Jahren unsere Doppelstrategie mit tatsächlichem Inhalt füllen können.

■ Antifaschismus und Rechtspopulismus

Der Arbeitskreis Antifa hat die Antifa-Bündnisarbeit in den letzten zwei Jahren maßgeblich getragen und mitgestaltet. In verschiedenen Bündnissen wie „Dresden Nazifrei“ und „1. Mai Nazifrei“ haben wir uns als Jusos Berlin erfolgreich in die Arbeit in verschiedenen Untergruppen der Bündnisse und auch in die Pressearbeit der Bündnisse eingebracht. Am 1. Mai 2010

Ist es dank unserer Arbeit erstmalig gelungen, einen Großteil der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus für das Blockadekonzept gewinnen zu können. Der öffentlichkeitswirksame „Sit-In“ von Wolfgang Thierse war auch Ergebnis unserer politischen Vorarbeit. Die breite personelle UnterstützerInnenliste hat auch maßgeblich zu einem Weitererfolg der Anti-Nazi-Proteste in Dresden beigetragen.

Der ehemals größte europäische Naziaufmarsch in Dresden konnte durch Bündnis „Dresden Nazi-frei“ drei Jahre in Folge erfolgreich verhindert werden. Die Jusos Berlin haben nicht nur im Berliner Koordinierungskreis Verantwortung übernommen, sondern waren auch an der Vorbereitung vor Ort ein wichtiger Akteur. In diesem Jahr konnte erstmals der „Tätermahngang“ in Dresden realisiert werden und der AK Antifa hat sich in die Anti-Repressionsarbeit eingebracht und u.a. eine Soli-Party organisiert. Auch an der Mobilisierungsarbeit zu den Blockaden und Demonstrationen waren wir erfolgreich und haben zuletzt vier Busse finanziert und im Februar dieses Jahres erneut ca. 60 Berliner Jusos nach Dresden gebracht.

Gemeinsam mit dem AK Migration bringen sich die Jusos Berlin auch in das Bündnis „Gegen Lager“ gegen den Abschiebeknast am Flughafen Schönefeld ein. Im „Antialqudstags“-Bündnis haben wir mit anderen Gruppen wie dem „BAK Shalom“ eine Demo gegen Antisemitismus und den Alqudstag und inhaltliche Veranstaltungen zum Thema Israel mitorganisiert.

Ein sehr wichtiges Bündnis war das „Rechtspopulismus stoppen“-Bündnis in seiner Aktivität vor der Abgeordnetenhauswahl 2011. Sowohl in die inhaltliche als auch organisatorische Arbeit des Bündnisses haben wir uns als Jusos Berlin eingebracht.

■ Bündnis „Wahlalter 16 für Berlin“

Das Bündnis „Wahlalter 16 für Berlin“ war einer der bündnispolitischen Eckpfeiler in der Arbeit der Jusos Berlin. Bereits zu Beginn des Jahres 2010 haben wir einen Musterantrag erarbeitet, der zum Ziel hatte das Mindestalter zur Teilnahme an Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Teilnahme an Volksentscheiden auf 16 Jahre zu senken. Folglich war die erste Phase der Arbeit geprägt durch Prozesse der innerparteilichen Vernetzung. Infolgedessen haben sieben SPD-Kreisverbände sowie die Landeskonferenz der Jusos den Antrag an den Landesparteitag weitergeleitet, wo dieser nach engagierter Debatte mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Im Vorfeld gab es zahlreiche Diskussionen in Juso- und SPD-Gliederungen zum Thema.

Zeitgleich haben die Jusos Berlin gemeinsam mit „Mehr Demokratie e.V.“ die Gründung des Bündnisses „Wahlalter 16 für Berlin“ forciert. An diesem Bündnis waren letztlich mehr als ein Dutzend Jugend- und Partizipationsorganisationen beteiligt, u.a. der Landesjugendring, die Grüne Jugend, die Julis und andere. Dem koordinierenden SprecherInnenkreis des Bündnisses gehörte für die Jusos Kevin Kühnert an. Gemeinsam wurde die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für das Anliegen organisiert. Höhepunkt war eine Pressekonferenz in den Räumen der Bundespressekonferenz unter Beteiligung des Jugendforschers Klaus Hurrelmann.

In verschiedenen Gesprächen mit den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen wurde an der notwendigen, verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit gearbeitet. Nach der Überzeugung des fraktionslosen MdA Rainer Ueckert war diese eigentlich gegeben, jedoch entschied sich die SPD-Fraktion nach einer internen Abstimmung (Stimmen-Patt) gegen eine Initiative vor den Abgeordnetenhauswahlen 2011. Das Anliegen wurde anschließend im Wahlprogramm der SPD verankert, kann nun jedoch aufgrund der Blockade durch die CDU nicht umgesetzt werden. Das Bündnis „Wahlalter 16 für Berlin“ hat seit dem Herbst 2011 seine Aktivitäten folglich reduziert. Als Jusos Berlin beraten wir derzeit, basierend auf unseren gesammelten Erfahrungen, Jugendliche in anderen Bundesländern, die an der Umsetzung eines Wahlrechts ab 16 interessiert sind.

■ Bündnis „Der Papst kommt!“

Im Bündnis „Der Papst kommt!“ engagierten wir Jusos Berlin uns im Vorfeld des Papstbesuches im Sommer 2011 gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Vatikans und seines Oberhauptes. Das Bündnis bestand aus dutzenden Organisationen wie dem LSVD, Pro Familia, dem CSD e.V. oder auch Terre des Femmes. Gemeinsam mit dem Juso-Bundesverband, den Schwusos und einem Zusammenschluss laizistischer SozialdemokratInnen haben wir uns mehr als ein halbes Jahr lang aktiv in die Bündnisarbeit eingebracht und uns bei der abschließenden Demonstration mit einem eigenen Wagen vor mehr als 10 000 Demonstrierenden präsentiert. Für die Demonstration sind GenossInnen aus dem gesamten Bundesgebiet angereist.

■ Bündnis „Politik als Schulfach“

Die selbstorganisierte SchülerInneninitiative „Politik als Schulfach“ hat sich im Herbst 2011 im Rahmen des erweiterten Landesvorstandes der Jusos Berlin präsentiert. Der Anspruch, Politik ab der 7. Klasse verbindlich als eigenständiges Schulfach in Berliner Schulen zu verankern, wurde allgemein begrüßt und das Anliegen fortan politisch gefördert. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) fand im Februar 2012 ein erstes Vernetzungstreffen unter Beteiligung der FES, der Jusos, der Senatsverwaltung für Bildung, der Initiative „Politik als Schulfach“, des Otto-Suhr-Institutes und anderer Interessierter statt. Während wir als Jusos nun die politische Umsetzung forcieren werden, wird die FES die Entwicklung fachlich begleiten. Im Mai wird es daher ein erstes Open-Space mit verschiedenen ExpertInnen geben.

■ Politikcafé

Das PolitikCafé ist eine Kooperation der Jugendorganisationen der im Berliner Abgeordnetenhaus in der vergangenen und aktuellen Legislaturperiode vertretenen Parteien. Gemeinsam mit der Jungen Presse Berlin hat das Politikcafé-Team im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus zahlreiche Podiumsdiskussionen an Berliner Schulen organisiert. Wir Jusos waren dort fast ausnahmslos vertreten und haben uns in der Organisation stark engagiert. Über das reguläre Programm der Podiumsdiskussionen an Schulen hinaus, haben wir thematische Diskussionsveranstaltungen im Kabarett „Distel“, Radio- und Fernsehsendungen in Kooperation mit AlexTV organisiert, bei denen

wir jeweils gut vertreten waren. Die Veranstaltungen hatten alle eine gute Resonanz und haben darüber hinaus zur Vernetzung der Aktiven in den verschiedenen politischen Jugendorganisationen – von den Jungen Piraten bis zur Jungen Union – beigetragen.

VIII. Bundesverband

Im Bundesverband haben wir Jusos Berlin uns in den vergangenen Jahren sehr intensiv engagiert. An vorderster Stelle gehört dazu natürlich unsere jeweilige Teilnahme an den Bundeskongressen. Die BuKos 2010 in Essen sowie 2011 in Lübeck haben wir sowohl durch mehrere inhaltliche Anträge als auch durch die Präsenz in zahlreichen Redebeiträgen bereichert. Im Vergleich zu anderen Landes- und Bezirksverbänden haben wir stets mehr Redebeiträge und aufgerufene Anträge aufzuweisen. Unsere Delegationen haben sich stets durch weitgehende Geschlossenheit und Sitzungsdisziplin trotz anstrengender Kongressverläufe ausgezeichnet. Beide Bundeskongresse im Berichtszeitraum haben wir intensiv vorbereitet, wozu jeweils im Kurt-Löwenstein-Haus in Werftpfuhl ein Vorbereitungswochenende stattfand.

Im Bundesverband selbst wurden wir Berliner Jusos in den vergangenen Jahren auch nach dem Rücktritt von Franziska Drohsel 2010 herausragend vertreten. Bis November 2011 hat Ralf Höschele als stellvertretender Bundesvorsitzender die Anbindung und Vertretung des Landesverband sichergestellt; mit dem BuKo 2011 ist Julian Zado an seine Stelle gerückt. Der Informationsfluss und die Zusammenarbeit mit dem Landesverband war jederzeit gesichert. Auch der Bundesgeschäftsführer der Jusos, Jan Böning aus Berlin, hat die Einbindung des Landesverbandes in die Geschehnisse im Bundesverband sichergestellt. Über Sascha Vogt, den wir 2010 und bei seiner Wiederwahl 2011 unterstützt haben, konnten wir auch bei verschiedenen Veranstaltungen und LDKen gemeinsam über die Ausrichtung des Bundesverbandes diskutieren.

Außerhalb der Bundeskongresse haben wir Jusos Berlin uns in den jeweiligen (Perspektiv-)Projekten eingebracht – in allen Projekten waren wir mit Delegierten vertreten; darüber hinaus hatten und haben wir stets eine Reihe von ExpertInnen, die vom Bundesvorstand in die jeweiligen Projekte berufen wurden und intensiv mitgearbeitet haben. Gleiches gilt für die Teilnahme von Berliner GenossInnen bei den zahlreichen Veranstaltungen des Bundesverbandes – angefangen bei den Basiskongressen (in Berlin) über Frauenernetzungstreffen bis hin zu einzelnen Seminaren. Im Bundesausschuss haben Christian Berg und Kateryna Kremkova den Landesverband vertreten.

Auch die Arbeit innerhalb des Netzwerkes Linkes Zentrum (NWLZ) hat für uns Jusos Berlin eine erhebliche Rolle gespielt. Mit den uns nahe stehenden Landes- und Bezirksverbänden konnten wir nicht nur unsere eigene Stellung festigen und unsere Interessen auf Bundesebene erfolgreich umsetzen, sondern wir haben auch maßgeblich zur Politikentwicklung des Bundesverbandes beigetragen. Dazu gehört das Engagement von Berliner Jusos bei der organisatorischen wie inhaltlichen Durchführung des Kongresses „40 Jahre Juso-Linke“ in Hannover wie auch die richtungweisenden Beiträge im parallel zu dem Kongress veröffentlichten Buch, der nach langen

Jahren erstmals wieder einen relevanten Beitrag zu unseren gemeinsamen politischen Grundsätzen darstellt.

IX. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Jusos in der Öffentlichkeit zu vertreten, bedeutet immer doppelstrategisch zu arbeiten: Einmal wollen wir nach innen wie nach außen gegenüber jungen und linken Menschen deutlich machen, was uns als JungsozialistInnen bewegt und wie und wo wir politische Prozesse mitgestalten wollen. Andererseits dient die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durchaus auch dem Ziel, unsere Positionen über unsere eigene Zielgruppe hinaus in der SPD bzw. in politischen Prozessen zu verankern. Deshalb gehören verschiedene Instrumente dazu, die wir je nach Zweck und Anlass genutzt haben.

■ Öffentlichkeitsarbeit

Um den Wiedererkennungswert der Jusos zu erhöhen und unsere politischen Inhalte noch besser zu transportieren, haben wir in Zusammenarbeit mit einer Agentur ein neues Corporate Design erarbeitet. Dabei haben wir nicht nur unser Logo und unsere Hausschrift optimiert, sondern auch unsere Online-Kommunikationsmedien sowie unsere Printpublikationen an die Menschen, die wir politisch erreichen wollen, angepasst: Sie sind links, jung, urban; sie setzen sich ein für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie. Unser Corporate Design, das zugleich ein Beitrag zu einer höheren Identität als Berliner Jusos sein soll, wurde unter diesen Aspekten umgesetzt.

Dazu gehörten neben einer neuen Homepage ein Relaunch unseres twitter- und facebook-Accounts, die wir seitdem auch regelmäßig nutzen. Im Printbereich wurden unsere Medien – vom Kugelschreiber über Aufkleber und Flyer bis hin zur Infrarot – dem neuen Layout angepasst. Die Umsetzungsphase hatten wir uns als deutlich kürzer vorgestellt, doch die Reaktionen auf unser neues CD waren durchweg positiv, innerhalb wie außerhalb des Verbandes.

Die Nutzung von facebook und twitter haben wir zwar intensiviert, dennoch ist hier noch vieles mehr möglich. Das gilt auch für die blog-basierte Homepage, die von ihrer Aktualität und der Qualität ihrer Beiträge lebt. Insgesamt werden die Angebote jedoch angenommen; alleine bei twitter haben wir 1472 Follower (eine Permanent-Statistik zu den Homepage-Aufrufen wird aus Datenschutzgründen und gemäß Beschlusslage nicht geführt). Wer bis hierhin gelesen hat, bekommt übrigens ein Duplo vom scheidenden Landesvorsitzenden. Künftig sollten jedoch noch stärker als in der Vergangenheit Beiträge von Landesvorstand und GenossInnen auf unserer Homepage erscheinen, um so auch online unsere vielfältigen Aktivitäten abzubilden.

Bis Mai 2011 informierten wir den Landesverband und UnterstützerInnen sowie Interessierte über einen monatlichen Newsletter. Aufgrund verhaltener Resonanz seitens des gesamten Landesverbandes, was Ankündigung, Veranstaltungen und Aktionen betrifft, ist der Newsletter seit Frühsom-

mer nicht mehr erschienen. Die Infrastruktur ist vorhanden, nur muss diese von den Kreisen, AGen und AKs sowie dem eLV und dem Landesvorstand auch mit Leben gefüllt werden.

■ Infrarot – Unsere Verbandszeitung

Die Infrarot – unsere Verbandszeitung – haben wir in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich wiederbelebt. Wir konnten dabei – mit leichten Modifizierungen – an die bereits bestehende Konzeption anknüpfen. Zunächst nur in neuem Format in kleinerer Größe, später dann auch mit neuem Layout entsprechend unseres Corporate Designs erschienen im Berichtszeitraum insgesamt fünf Ausgaben, die sowohl zur Verbandsdiskussion als auch im Wahlkampf und für die Verteilung vor Schulen genutzt werden konnten.

Mit unseren sehr unterschiedlichen Schwerpunkten konnten wir dabei die Verbandsarbeit gut abbilden. Mal ging es grundsätzlicher zu, wie etwa mit unseren Ausgaben zur Wirtschafts- und Finanzkrise, zu Leistungsbegriffen oder Gerechtigkeitskonzepten. Mal auch sehr konkret, wie in unseren beiden Ausgaben zu Berliner Stadtpolitik, in denen sich zum einen unser Kernprojekt wiederfinden, zum anderen aber auch der Wahlkampf mit einer größeren Auflage unterstützt werden konnte.

Jenseits der Themenschwerpunkte der Hefte haben wir im Bereich „Zur Lage“ aktuelle politische Fragen, wie den Atomausstieg, Schulreformen oder die Demokratiebewegungen im arabischen Raum aufgegriffen. Mit dem Bereich „Sinnvolles“ haben wir zudem kulturelle Fragen aufbereiten können, mit zahlreichen Rezepten, Buchvorstellungen oder auch Blicken in die Berliner Clubszene. Und natürlich haben wir auch immer die Gelegenheit genutzt, unsere Juso-Arbeit vorzustellen und für Veranstaltungen und Seminare zu werben.

■ Pressearbeit

Die Pressearbeit des Landesvorstandes hat in Berlin, aber teilweise auch auf Bundesebene großen Platz eingenommen. Auf Landesebene konnten wir an vielen Stellen unsere Positionen in die öffentliche Debatte einbringen. Schwerpunkte waren dabei die soziale Ausrichtung der Stadtpolitik (Gentrifizierung, Mieten etc.) sowie unsere antifaschistische Arbeit, vor allem bei Anti-Repressionsarbeit sowie der Kriminalisierung von DemonstrantInnen. Neben dem Versenden von Pressemitteilungen war unsere Pressearbeit insbesondere durch Kontakte zu landespolitisch relevanten JournalistInnen gewährleistet. Ergebnis waren nicht nur zahlreiche Erwähnungen, sondern auch eine Reihe von Interviews und Statements zu wichtigen stadtpolitischen Fragen, sodass sich die mediale Wahrnehmung deutlich verbessert hat. Zuletzt wurden die Berliner Jusos durch die Teilnahme des Landesvorsitzenden in einer ARD-Talkshow zur Präsidentschaftskandidatur von Joachim Gauck einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Die Reaktionen, sieht man von einigen kritischen Stimmen ab, war bis in die Spitze der SPD hinein durchweg positiv.

Besonders an zwei Stellen konnten wir sehr erfolgreich unsere Positionen in den Medien einbringen. Nach der Entscheidung der Berliner und der Bundes-SPD, das Parteiordnungsverfahren gegen

Thilo Sarrazin fallen zu lassen, haben wir Berliner Jusos bundesweit deutlich machen können, dass wir diese Entscheidung angesichts der menschenverachtenden Thesen von Sarrazin nicht nachvollziehen können. Auch die Entscheidung der Berliner SPD-Spitze, die Koalitionsverhandlungen mit den Berliner Grünen platzen zu lassen und stattdessen Koalitionsgespräche mit der CDU einzugehen, stand unserer eigenen Beschluslage und unseren Überzeugungen diametral entgegen, was wir einer breiten Öffentlichkeit auch erklären konnten.

Christian Berg
Juso Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT LESBEN UND SCHWULE IN DER BERLINER SPD - SCHWUSOS



Unsere innerparteiliche Präsenz haben wir auf verschiedenen Ebenen, gemeinsam mit den Kreisen, weiter ausbauen können. Auch wenn die Kreisarbeit insgesamt noch verstärkt werden kann. So wurden sowohl während des Wahlkampfes aber auch im Rahmen der alltäglichen Parteiarbeit Stadtteilstände und Infostände durch die Arbeitsgemeinschaft begleitet und mitorganisiert.

Parteiarbeit und Kreise

Die innerparteiliche Hauptarbeit erfolgt auch weiterhin durch die einmal im Monat stattfindenden Landesvorstandssitzungen und die regelmäßigen Treffen in den Kreisverbänden. Darüber hinaus hat der Landesvorstand seit 2010 verstärkt das Instrument der Landesvollversammlungen bzw. mitgliederoffenen Klausurtagungen genutzt um wichtige inhaltliche und organisatorische Punkte unserer Arbeit mit allen Schwusos-Mitgliedern zu diskutieren. In Marzahn-Hellersdorf, Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf (jeweils 2010) und Neukölln (2012) haben sich 4 neue Arbeitsgemeinschaften gegründet. Damit gibt es mittlerweile in 9 Kreisen Arbeitsgemeinschaften der Schwusos.

Die Kreisarbeit unterliegt nach wie vor großen Schwankungen, die sich in erster Linie durch die unterschiedliche Intensität der Mitarbeit der Genossinnen und Genossen vor Ort darstellt. Dazu wurden insbesondere im September 2010 Methoden und Möglichkeiten einer effektiveren Einbindung von Mitgliedern in die Arbeit u.a. in den Kreisen diskutiert.

Den größten Anteil der Arbeit des Landesvorstands hat nach wie vor die Vorbereitung und Durchführung der lesbisch-schwulen Events, wie Respect Gaymes, Lesbisch-Schwules Stadtfest, Christopher-Street-Day-Parade und das Parkfest im Volkspark Friedrichshain. Der Landesvorstand der Schwusos ist nach wie vor der Ansicht, dass diese Events auch zukünftig großer Aufmerksamkeit bedürfen, aber die inhaltliche Arbeit der AG nicht zu kurz kommen darf. Es ist auch klar, dass sicher keine weitere AG in dieser Größenordnung solche Veranstaltungen stemmt, aber es müssen gleichberechtigt auch inhaltliche Themen bearbeitet werden. Eine besondere Rolle spielen hierbei sicher die Kreisverbände, die sich auch der Verantwortung der inhaltlichen Zuarbeit und der Herausarbeitung von Themen stellen müssen. Dabei ist insbesondere die Zusammenarbeit mit den SPD-Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlungen zu intensivieren und im Austausch der Kreisverbände effektiver zu gestalten.

Bei der Erarbeitung des Landeswahlprogramms für die Abgeordnetenhauswahl 2011 haben sich die Schwusos mit klar formulierten Forderungen und Eckpunkten in die Diskussion eingebracht und alle vorher aufgestellten Themen sowohl in das Wahlprogramm als auch in die nachfolgenden

de Koalitionsvereinbarung einbringen können. Bei der Beantwortung von Wahlprüfsteinen in der Wahlkampfzeit unterstützten wir das Kurt-Schumacher-Haus mit unserer Expertise.

■ **Pride-Saison** „Normal anders. Anders normal.“ – Mit diesem Slogan haben die Schwusos bei den Saison-Events wie Stadtfest und CSD 2010 die Frage aufgeworfen, was ist normal und wer entscheidet dies.

■ **„Fairplay für Vielfalt – Der lange Weg zur Gleichberechtigung“** war 2011 das Motto unserer Saison-Kampagne, passend zur Frauen-Fußballweltmeisterschaft aber auch mit dem Hinweis auf die nach wie vor starken homophoben Tendenzen im Sport und im Speziellen im Fußball.

■ **Das lesbisch-schwule Stadtfest und der CSD** sind die größten Berliner Veranstaltungen, auf der sich die SPD präsentieren kann. 1 Mio. Zuschauer erreichen wir mit keiner anderen Aktion. Das darf, auch bei dem Wunsch nach mehr inhaltlicher Arbeit, nicht vergessen werden.

Perspektiven

Insgesamt lässt sich eine positive Bilanz der letzten zwei Jahre ziehen. Der Landesvorstand hat kontinuierlich und intensiv gearbeitet. Trotzdem gibt es natürlich auch verbesserungsfähige Punkte, die in den nächsten Jahren unbedingt angegangen werden müssen. Dazu gehört die Präsenz von Frauen, die stärkere Einbindung von lesbischen Themen in den politischen Alltag und die intensivere Verknüpfung mit der Kommunalebene der SPD in den Kreisverbänden.

André Rostalski
Landesvorsitzender



Foto: Ulrich Horb

NORMAL ANDERS. ANDERS NORMAL

ARBEITSKREIS JÜDISCHER SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN – REGIONALGRUPPE BERLIN-BRANDENBURG



Der Berlin-Brandenburger Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AKJS) trifft sich alle 4-6 Wochen. Grundsätzlich pflegt der AKJS einen engen Austausch mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und der Jüdischen Gemeinde Potsdam, da er ein länderübergreifender AK ist.

Auf Einladung des AKJS diskutierten im Februar 2010 knapp 40 Gäste mit der Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer (SPD), und der Rabbinerin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gesa Shira Ederberg. Im jüdischen Gemeindehaus in Berlin-Charlottenburg lautete das Thema „Stadtentwicklung, Umwelt und Verantwortung“. Anlass für die Veranstaltung war das jüdische Fest der Bäume, „TuBischwat“, ein Feiertag mit einer praktischen ökologischen Komponente. Und so entwickelte sich auch alsbald eine lebhaft diskutierte Diskussion zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, der Senatorin und der Rabbinerin über die praktischen Seiten der Ökologie – und wie sie jeden einzelnen in Zukunft betreffen können.

Im Frühjahr 2010 hatte sich der AKJS schriftlich an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte gewendet und gegen die Fashion Week auf dem Bebelplatz protestiert. Er hat ihn aufgefordert die Fashion Week dort nicht mehr zu genehmigen, da dies kein angemessener Ort ist. Der AKJS hat zudem die Initiative der AWO in Tempelhof-Schöneberg unterstützt, einen bestehenden Gedenkstein für den jüdischen Schriftsteller Georg Hermann durch Informationen zu ergänzen, die auch die Verfolgung und Ermordung Herrmanns erwähnen.

Im Oktober 2010 wurden die beiden Vorsitzenden Renée Röske und Dr. Gregor Wettberg einstimmig wiedergewählt. In dieser Sitzung berichtete Tom Schreiber, MdA, über die Situation von Rechtsextremismus und islamischem Extremismus in Berlin, da er Mitglied des Verfassungsschutz-Ausschusses ist. Der AKJS diskutierte die Situation und steht weiterhin in engem Austausch mit Tom Schreiber.

Im Herbst 2010 hat der AKJS zudem seinen neugestalteten Internetauftritt auf der Homepage des Berliner Landesverbandes präsentieren können. Im April 2011 folgte ein neu konzipierter Flyer (mit Wahlkampfeinleger).

The screenshot shows the SPD Berlin website. The main navigation bar includes: AKTUELL, MITMACHEN, POSITIONEN, LANDESVERBAND, TERMINE, SERVICE, PRESSE, LINKS. The 'ARBEITSKREISE' section is highlighted, featuring the 'Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (J-Sozis)'. A red banner at the bottom of the screenshot reads: 'DIE WEBSITE DES AK UNTER SPD-BERLIN.DE'.

Seit November 2010 hat sich der Berliner AKJS mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus befasst. Auftakt bot der Beschluss Miriam Noa, als einzige jüdische Kandidatin, im Wahlkampf zu unterstützen. Im Rahmen der Wahlkampfplanung hat der AKJS eine Wahlkampfveranstaltung zum Thema „Integration“ konzipiert. Diese Wahlkampfveranstaltung war auf den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit zugeschnitten. Da dieser nicht teilnehmen konnte, fand diese Veranstaltung nicht statt. Vielmehr engagierte sich der AKJS mit mehreren Wahlkampfständen: Mai 2011 auf dem Limmud-Festival und anlässlich dem Israel-Tag auf dem Wittenbergplatz. Hier wurde der Stand durch den Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke besucht.

Weitere Stände folgten am 27.08. vor dem Jüdischen Museum anlässlich der Langen Nacht der Museen sowie beim „Shuk HaCarmel“ im Rahmen der Jüdischen Kulturtage. Im Juni 2011 begleitete der AKJS mit einem Stand den Stadtteiltag von Ülker Radziwill MdA im Seniorenheim der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Gast war unter anderem Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, die zum Thema „Wohnen im Alter“ referierte.

Neben dem Wahlkampf hat der AKJS seine inhaltliche Arbeit fortgeführt:

Auf Initiative der Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern und stellv. Bundesparteivorsitzenden, Manuela Schwesig, im Bundesrat sollten zugewanderte Schoah-Überlebende aus den ehemaligen GUS-Staaten entsprechende Renten erhalten. Der AKJS hat diese Initiative im Januar 2011 unterstützt und den brandenburgischen Sozialminister wie den Regierenden Bürgermeister von Berlin aufgefordert sich im Bundesrat dieser Initiative anzuschließen.

Im Mai 2011 hat sich der AKJS mit einer öffentlichen Stellungnahme in der Debatte um den Nichtausschluss von Dr. Sarrazin positioniert. Hierin kritisierte der AKJS sowohl die Bundes-SPD wie auch den Berliner Landesverband den Antrag auf Ausschluss von Dr. Sarrazin zurückgezogen zu haben.

Im Juni 2011 stellte sich Haschomer Hatzair beim AKJS vor, der plant in Deutschland die Jugendarbeit einzurichten. Seitdem herrscht ein enger Austausch zwischen Haschomer Hatzair und dem AKJS.

Der AKJS verfasste nach zwei inhaltlichen Workshops ein Papier zur sozialen Gerechtigkeit, das er im Herbst 2011 in die Diskussion auf Bundesebene des AKJS einbrachte. Fortgesetzt wurde dieser Workshop mit dem Thema „Gesundheitspolitik“ im Oktober 2011. An diese Reihe werden sich die Themen „Bildung“ sowie „Renten von ehemaligen GUS-Bürgerinnen und Bürgern“ im Jahr 2012 anschließen.

Zu Beginn des Jahres 2012 wurden die Arbeitsschwerpunkte für das erste Halbjahr festgelegt. Unter anderem beabsichtigt der AKJS sich mit der angemessenen Einrichtung eines Gedenkortes für das KZ Columbiahaus an der Tempelhofer Freiheit einzusetzen.

Renée Röske
Landesvorsitzende

SELBST AKTIV – NETZWERK BEHINDERTER MENSCHEN IN DER SPD



In diesem Jahr sind es 10 Jahre, seit sich Selbst Aktiv gegründet hat. Unsere Aufgaben waren und sind die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung innerhalb und außerhalb der SPD, das Engagement von Menschen mit Behinderung zu fördern, ihre Interessen der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen und ihre politische Mitarbeit zu verstärken, politische Bildungs- und Informationsarbeit im Sinne einer inklusiven Gesellschaft durchzuführen, durch Kontakte und Kooperation mit Verbänden, Organisationen, Initiativen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen gemeinsame Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen und zur Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins beizutragen und in den Organisationsgliederungen der SPD und in den Fraktionen in behindertenpolitischen Fragen mit zu entscheiden. Wir beziehen uns dabei u.a. auf Art. 29 der UN-Behindertenrechtskonvention und unsere Kernbotschaft, Experten in eigener Sache zu sein, keine Vertretung über Dritte.

In diesem Sinne konnte die Regionalgruppe Berlin ihre Arbeit im Berichtszeitraum erfolgreich fortsetzen. Dabei stand die Aufgabe, sich aktiv in die Berliner Landespolitik einzumischen, aber auch Anregungen und Hinweise für die Behindertenpolitik auf Bundesebene zu geben, im Mittelpunkt unserer Arbeit. Die Kontakte zu Verbänden und Organisationen wurden weiter verstetigt und so nehmen je nach Schwerpunktthema auch immer Betroffene oder Verbandsvertreter an den Treffen teil, die nicht (oder noch nicht) Mitglied der SPD sind.

Wichtigstes Ereignis im Berichtszeitraum ist der Beschluss des Bundesparteitages am 4.12.2011, dass „Selbst Aktiv“ eine Arbeitsgemeinschaft der Partei wird. Diese Anerkennung unserer seit 2002 geleisteten Arbeit gibt uns künftig die Möglichkeit, mit Delegierten an den Parteitag teilzunehmen und selber Anträge direkt einzubringen. Die Gründung der AG im Landesverband Berlin erfolgte am 2. Mai 2012.

Besonders wichtig für die Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und Interessierte waren und sind die regelmäßigen Treffen alle fünf bis sechs Wochen, bei denen behindertenpolitisch relevante Themen diskutiert werden und die nicht zuletzt auch oft zu Anträgen und Anfragen an die Landespolitik führten. Unser Dank gilt auch diesmal wieder dem Landesvorstand der AWO, der es uns ermöglicht, einen barrierefreien Tagungsraum zu nutzen.

Um allen Teilnehmern des Netzwerkes, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen kommen, möglichst vielseitige Kenntnisse zu vermitteln, werden regelmäßig Inhaltsprotokolle über unsere Treffen verschickt, um die Information auch zu sichern, wenn eine Teilnahme am Ter-

min nicht möglich ist. Dazu gehören darüber hinaus laufende Informationen (Info-Mails) über anstehenden Fachveranstaltungen, die Arbeit des Bundesnetzwerkes und die Arbeit der Fraktionen im Bundestag und im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Inhaltlich-programmatisch hat sich „Selbst Aktiv“ intensiv an der Erarbeitung des SPD-Wahlprogramms zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 beteiligt (über die Internetplattform und Erarbeitung von Textbausteinen für das Programm selbst – Berlin wird Inklusionshauptstadt), wobei uns der Querschnittscharakter der Behindertenpolitik besonders wichtig war. Im Rahmen des Wahlkampfes führten wir wieder (zusammen mit Birgit Monteiro als Direktkandidatin in Lichtenberg) ein gut besuchtes behindertenpolitisches Forum zu den Perspektiven der Berliner Behindertenpolitik durch. Sowohl bei öffentlichen Veranstaltungen als auch zu unseren Treffen laden wir kompetente Referenten ein, wobei auch die Teilnahme von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses (z.B. Felicitas Tesch, Renate Harant, Thomas Isenberg) und der Bundestagsfraktion (Mechthild Rarwert) eine besondere Rolle spielte. Dazu kam die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Landesbehindertenbeauftragten Martin Marquard, seinem Nachfolger Dr. Jürgen Schneider und dem Vorsitzenden des Landesbehindertenbeirates Hartwig Eisel, der Mitglied von Selbst Aktiv ist.

Zu den wichtigsten Themen gehörten die Zwischenberichte des Senats zum Berliner Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Aufgaben und Möglichkeiten der Integrationsfachdienste in Berlin, die Möglichkeiten inklusiver Bildung in der neu eingeführten Sekundarschule sowie das vom Senat vorgelegte Gesamtkonzept „Inklusive Schule“, Gesundheit, Pflege und Rehabilitation von Menschen mit Behinderung und die Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe im Wahlprogramm und in den Koalitionsverhandlungen. Zum Jahresabschluss führten wir 2010 und 2011 erneut Treffen mit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses durch, in denen es um die Bilanz der Berliner Behindertenpolitik und um die Formulierung gemeinsamer Ziele und Aufgaben ging.

Für unsere Zielstellung, uns aktiv in die Politik einzubringen, war die Zusammenarbeit mit der Ansprechpartnerin für Behindertenpolitik in der Faktion Birgit Monteiro besonders wichtig (sie ist auch eine der Sprecherinnen von „Selbst Aktiv“, neben Daniel Monazahian, Sieghard Gummelt und Karin Sarantis-Aridas). Über sie konnten Kleine Anfragen und Anträge angeregt sowie Besprechungspunkte und Diskussionen mit dem Koalitionspartner inhaltlich vorbereitet werden. Behindertenpolitik ist Querschnittspolitik. Deshalb wünschen wir uns für die Zukunft noch eine bessere Zusammenarbeit mit den Sprechern aller Politikbereiche, vor allem im Zusammenhang mit dem Aktionsplan des Landes zur Umsetzung der UN-Konvention, dem Inklusionskonzept und der Wohnungspolitik.

Zu verbessern bleibt nach wie vor die Zusammenarbeit mit unseren BVV-Vertreterinnen und -Vertreter, da viele Probleme, die Menschen mit Behinderung betreffen, in den Bezirken entschieden werden.

Karin Sarantis-Aridas
Landesvorsitzende

ARBEITSGRUPPE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN BEZIRKSBÜRGERMEISTERINNEN UND BEZIRKSSTADTRÄTINNEN

Die Arbeitsgruppe der SPD-BezirksbürgermeisterInnen und Bezirksamtsmitglieder hat sich im Berichtszeitraum regelmäßig monatlich getroffen.

In den Treffen wurden jeweils die Sitzungen des Rats der Bürgermeister inhaltlich vorbereitet. Darüber hinaus wurden zeitnah aktuelle Themenfelder intensiv diskutiert. Zum Teil wurde die Diskussion durch externe Gäste aus Politik und Verwaltung angereichert.

Thematische Schwerpunkte waren:

- Situation in den Wohngeldämtern
- Neuordnung der Jobcenter
- Neukonzeption des Unternehmensservice
- Schulstruktureform
- Vorbereitung des Bezirkskongresses 2010
- Beschulung der Kinder von Asylbewerbern/Flüchtlingen
- Teilhabe- und Bildungspaket
- Finanzierung der Kita-Eigenbetriebe

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussionen mit den Gästen:

- Herr Wowereit (Regierender Bürgermeister) zu aktuellen bezirklichen Themen
- Frau Dr. Nikutta (Vorstandsvorsitzende der BVG)
- Herr Erichsen (Sprecher des Airport Berlin Brandenburg International)

Ekkehard Band
Für die Arbeitsgruppe

ARBEITSGRUPPE SOZIALDEMOKRATISCHER FRAKTIONS-VORSITZENDER

Sprecherfunktion und Geschäftsstelle lag bis Ende 2010 bei der Fraktion Friedrichshain-Kreuzberg, ab 2011 bei Lichtenberg.

Im Berichtszeitraum ist die Arbeitsgruppe nach außen nicht durch gemeinsame Positionsdarstellungen hervorgetreten. Als nützliche Gelegenheit zum Meinungsaustausch zwischen den sozialdemokratischen Fraktionen und damit als Umschlagplatz für Anregungen hat sie nach wie vor ihren Wert.

Neben der immer wieder beklagten, weil als unzureichend empfundenen Finanzausstattung der Bezirke wurden besonders intensiv diskutiert:

- die Übertragung bezirklicher Jugendfreizeiteinrichtungen auf freie Träger
- die ungebremste Kostenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung
- die in einigen Bezirken besonders auffälligen demografischen Veränderungen (Zuzug junger Menschen und von Besserverdienenden z.B.) mit ihren Folgen für die Entwicklung der Mieten
- in diesem Zusammenhang die Rolle und Sanierungspolitik der städtischen Wohnungsbaugesellschaften
- der in den Ostbezirken empfindlich gewordenen Mangel an Fachärzten
- das Funktionieren der aktuellen Zählgemeinschaften
- das Drängen von Bürgerinnen und Bürgern auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten bei Entscheidungen (Stuttgart, Flugrouten)
- im Wahlkampf vor den Septemberwahlen die Schwerpunktsetzungen durch die einzelnen Kreisverbände

Rainer Thamm von der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hat unsere Diskussionen sehr bereichert.

Gut funktioniert hat untereinander die laufende Information über aktuelle Anträge und andere Initiativen der sozialdemokratischen BVV-Fraktionen.

Manfred Becker
Für die Arbeitsgruppe

ABGEORDNETENHAUSFRAKTION

Berlin **Fraktion SPD**

In den Berichtszeitraum Juli 2010 bis Juni 2012 fällt ein wichtiger Übergang. Die Berlinerinnen und Berliner haben am 18. September 2011 das Landesparlament neu gewählt. Die SPD ist bei der Abgeordnetenhauswahl zum dritten Mal in Folge stärkste Kraft geworden. Das amtliche Endergebnis: SPD 28,3 %, CDU 23,4 %, Grüne 17,6 %, Linke 11,7 %, Piraten 8,9 %, FDP 1,8 %.

Das neue Landesparlament hat sich in der Plenarsitzung am 27. Oktober 2011 konstituiert. Die SPD-Fraktion hat 47 Sitze (CDU 39, Grüne 29, Linke 19, Piraten 15). 34 SPD-Abgeordnete haben ihren Wahlkreis direkt gewonnen, 13 kamen über die Bezirkslisten ins Parlament.

Schon vor den Koalitionsverhandlungen war klar, dass die SPD einen verlässlichen Partner braucht, mit dem eine stabile Zusammenarbeit gewährleistet ist. Mit der CDU-Fraktion arbeiten wir im Parlament auf dieser Basis gut zusammen. Die rot-schwarze Koalition verfügt aktuell über 85 der 149 Parlamentssitze. Als stärkerer Partner haben wir den Führungsanspruch. Auch der Koalitionsvertrag trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift: zum Beispiel beim Schulfrieden, beim Mindestlohn von 8,50 Euro im Vergabegesetz, beim Einsatz für bezahlbare Mieten und für stärkeren Einfluss des Landes im Bereich Daseinsvorsorge.

Im Koalitionsvertrag ist auch die Beibehaltung des Konsolidierungskurses festgelegt – das heißt die Einhaltung der Schuldenbremse, keine Neuverschuldung ab 2016 und Erhöhungen der Einnahmen des Landes. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 5 % ist bereits im März 2012 im Parlament beschlossen worden.

Die neue Fraktion in der 17. Wahlperiode

So vielfältig wie Berlin ist auch die Fraktion der SPD. Vertreten sind Abgeordnete mit unterschiedlichsten Biografien, den verschiedensten Berufen, aus Ost und West. Das jüngste Fraktionsmitglied ist Jahrgang 1985, das älteste Jahrgang 1945. Wichtig ist uns auch der Frauenanteil. In dieser Legislatur sind rund 36 % der Abgeordneten weiblich. 15 der 47 SPD-Abgeordneten sind das erste Mal ins Abgeordnetenhaus gewählt worden. Die ausgewogene Mischung aus „Neuen“ und „Erfahrenen“ garantiert frischen Wind, aber auch Kontinuität in der parlamentarischen Arbeit. Am 1. Dezember 2011 hat die SPD-Fraktion turnusmäßig ihren Vorstand neu gewählt. Neuer Fraktionsvorsitzender ist Raed Saleh. Als StellvertreterInnen wurden Dr. Susanne Kitschun, Andreas Kugler, Ülker Radziwill, Jörg Stroedter und Dr.

Clara West gewählt. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion ist Torsten Schneider.

Als BeisitzerInnen für den Fraktionsvorstand wurden folgende Abgeordnete gewählt: Franziska Becker, Daniel Buchholz, Renate Harant, Ellen Haußdörfer, Karlheinz Nolte, Lars Oberg, Liane Ollech und Frank Zimmermann. Sie sind zugleich Vorsitzende eines Arbeitskreises (AK). Die SPD-Fraktion hat acht fraktionsinterne Arbeitskreise, in denen politische Initiativen vorbereitet, Detailfragen geklärt und Vorlagen zu parlamentarischen Initiativen erarbeitet werden. Diese werden der Fraktion dann zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Arbeitskreise

■ AK I (Inneres, Verfassungsschutz, Recht, Verbraucherschutz, Netzpolitik)

Vorsitzender: Frank Zimmermann

■ AK II (Bildung, Jugend, Familie, Wissenschaft, Sport)

Vorsitzender: Lars Oberg

■ AK III (Kultur, Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien)

Vorsitzende: Renate Harant

■ AK IV (Wirtschaft und Technologie)

Vorsitzende: Liane Ollech

■ AK V (Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Umwelt, Verkehr)

Vorsitzender: Daniel Buchholz

■ AK VI (Haushalt und Finanzen)

Vorsitzender: Karlheinz Nolte

■ AK VII (Gesundheit und Soziales)

Vorsitzende: Ellen Haußdörfer

■ AK VIII (Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen)

Vorsitzende: Franziska Becker

Die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher

Die SPD-Fraktion hat Experten für alle Politikfelder. Die fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher vertreten die Positionen der SPD-Fraktion nach außen und sind damit die richtigen Ansprechpartner für die Presse und die Öffentlichkeit insgesamt.

- Arbeit
- Bauen, Wohnen, Mieten
- Berufliche Bildung
- Bildung
- Bundesangelegenheiten
- Europa und Medien
- Forschung
- Frauen
- Gesundheit
- Haushalt und Finanzen
- Inneres
- Integration
- Jugend und Familie
- Kultur
- Menschen mit Behinderungen
- Recht und Netzpolitik
- Rechtsextremismus
- Soziales und Senioren
- Sport
- Stadtentwicklung
- Strafvollzug
- Umwelt und Energie
- Verbraucherschutz
- Verfassungsschutz
- Verkehr
- Wirtschaft und Technologie
- Wissenschaft

Birgit Monteiro
 Iris Spranger
 Franziska Becker
 İlkin Özıyık
 Karin Seidel-Kalmutzki
 Frank Zimmermann
 Thorsten Karge
 Dr. Ina Czyborra
 Thomas Isenberg
 Torsten Schneider
 Thomas Kleineidam
 Rainer-Michael Lehmann
 Björn Eggert
 Brigitte Lange
 Birgit Monteiro
 Sven Kohlmeier
 Dr. Susanne Kitschun
 Ülker Radziwill
 Dennis Buchner
 Ellen Haußdörfer
 Erol Özkaraca
 Daniel Buchholz
 Irene Köhne
 Tom Schreiber
 Ole Kreins
 Frank Jahnke
 Lars Oberg

Die Kontaktadressen der Sprecherinnen und Sprecher stehen im Internet:

- www.spdfraktion-berlin.de

Die Arbeitsschwerpunkte

Berlin hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt. Die Industrie und das Baugewerbe verzeichnen deutliche Umsatzsteigerungen. Die Tourismuswirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs. Auch das Gastgewerbe und der Handel profitieren davon. Weitere positive Impulse ergeben sich aus vielen Unternehmensgründungen, insbesondere im Bereich der Kreativwirtschaft. Allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres gründeten sich zusätzlich 11 200 neue Unternehmen in Berlin. Die Arbeitslosenquote hat sich von 19 % im Jahr 2005 auf 12,3 %

im Dezember 2011 deutlich verringert. In dem Monat wurde der niedrigste Stand seit 1996 erreicht.

Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit viele wesentliche Impulse für diese positive Wirtschaftsentwicklung in Berlin gesetzt. Vor allem mit der Neuordnung der Wirtschaftsförderung, der Neuaufstellung der Investitionsbank und dem aktiven Flächenmanagement haben wir die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. In den nächsten fünf Jahren wollen wir an dem Erfolgskurs unserer Wirtschaftspolitik festhalten.

Auf ihrer Klausurtagung in Rostock vom 20. bis 22. Januar 2012 hat die SPD-Fraktion dazu die Resolution „Ausbau einer leistungsfähigen Wirtschaft für mehr gute Arbeit in Berlin. Berlin, Industriestadt der Moderne“ einstimmig beschlossen.



Foto: Ulrich Horb

KLAUS WOWEREIT UND RAED SALEH IN ROSTOCK

Weitere Schwerpunkte liegen in den Themenfeldern Bildung, Mieten, Infrastruktur und Soziale Gerechtigkeit. Mit der neu gegründeten AG Daseinsvorsorge der Fraktion wird geprüft, wie das Land mehr Einfluss auf die Einrichtungen der Daseinsvorsorge erlangen kann.

Die 10 wichtigsten Entscheidungen zu Beginn der neuen Legislaturperiode (Stand März 2012)

1. Offenlegung der S-Bahn-Verträge
2. Änderung des Senatorengesetzes mit Anpassung der Dauer des Übergangsgeldes an die Amtsdauer
3. 50 Millionen Euro zusätzlich für die Bezirke für Sachausgaben
4. Zeitplan für eine Ausschreibung bei der S-Bahn
5. Zeitnahe Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes
6. 48 Stunden Videoaufzeichnung im Nahverkehr für mehr Sicherheit
7. Schließung der Hortlücke schrittweise für die 5. und dann die 6. Klasse
8. Schaffung 5000 neuer Kitaplätze
9. Einstellung von 200 neuen Lehrerinnen und Lehrern
10. Gleiche Löhne für gleiche Arbeit und ein Mindestlohn von 8,50 im Vergabegesetz des Landes Berlin

Hinzu kommen die zügigen Haushaltsberatungen, mit denen das ambitionierte Programm der SPD-Fraktion für Wirtschaft, Arbeit und sozialen Ausgleich in solide Haushaltszahlen gegossen wird. Dabei soll wenn möglich auch für das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm und die Bäderbetriebe mehr Geld im Haushalt eingestellt werden. Außerdem wurde die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 5 % beschlossen. Die SPD-Fraktion hat zudem den gemeinsamen Antrag aller Abgeordnetenhausfraktionen mit dem Titel „Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft - polnisches Atomenergieprogramm überdenken“ initiiert.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion

Die Fraktion steht im ständigen Kontakt mit Medien, Unternehmen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und anderen Organisationen der Stadt. Und selbstverständlich mit den Bürgerinnen und Bürgern. Neben Veranstaltungen, Aktionen, Bürgersprechstunden, Post-, E-Mail- und Telefonkontakten kommuniziert die Fraktion über verschiedene Publikationen, die eigene Internetseite www.spdfraktion-berlin.de und über eine eigene Seite auf Facebook.

Neu gestartet ist die Besuchstour „Kiez im Blick“ des Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh, der zusammen mit den örtlichen Abgeordneten in alle Berliner Bezirke gehen wird. Beginn war am 2. März in Hohenschönhausen mit der Abgeordneten Karin Seidel-Kalmutzki. Die Reihe „Berliner Stadtteiltage“, bei der jede und jeder Abgeordnete einen ganzen Tag im Wahlkreis mit einem besonderen Programm für Bürgerinnen und Bürger anbietet, soll fortgesetzt werden.

Rückblick: Die Fraktion in der 16. Wahlperiode

Die Hälfte des Berichtszeitraums fällt noch in die vergangene Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses. Die SPD-Fraktion war in der 16. Wahlperiode zuletzt 53 Abgeordnete stark unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Michael Müller und seinen StellvertreterInnen Dr. Fritz Felgentreu, Anja Hertel, Dilek Kolat und Jutta Leder. Parlamentarischer Geschäftsführer war Christian Gaebler.

Die Arbeitsbilanz der Fraktion

Die Arbeit der Fraktion vollzieht sich in den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen, in den Fraktionsgremien und -sitzungen, in den Parlamentsausschüssen und im Plenum. Eine Bilanz für die gesamte 16. Wahlperiode liegt mit der Publikation der SPD-Fraktion „Lebenswerter. Lebenswerter. 2006 – 2011. Gute Jahre für Berlin“ vor. Alle Anfragen, Anträge, Initiativen und Beschlüsse der Fraktion aufzulisten, würde hier sowohl den Platz als auch die Geduld der Leserinnen und Leser sprengen. Für den Berichtszeitraum sollen im Folgenden exemplarisch wichtige Erfolge in Reihenfolge der zuständigen Arbeitskreise genannt werden.

Wichtige Erfolge im Berichtszeitraum

■ Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes

Schaffung von Regelungen zur Einsichtnahme in Verträge und der Veröffentlichung von Verträgen, die die Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge beinhalten

■ Bekämpfung der Jugendkriminalität

Parlamentarische Begleitung der Umsetzung des Intensiv- und Schwellentäterkonzeptes der Berliner Staatsanwaltschaft und des Neuköllner Modells zum beschleunigten Verfahren an den Jugendgerichten

■ Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus durch parlamentarische Begleitung der Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz

■ Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung in den Kitas

Kostenfreier Kitabesuch für alle in den 3 Jahren vor der Schule, mehr Personal in den Kitas, Rechtsanspruch auf 7 Stunden Betreuungszeit in den letzten 2 Jahren vor der Einschulung, stärkere Förderung für Kinder mit Sprachrückständen

■ Schulstrukturreform mit Einführung der Integrierten Sekundarschule

Zusammenführung von Haupt-, Real und Gesamtschulen zur Sekundarschule. Abschaffung der Hauptschule als „Restschule“, Ganztagsbetreuung, Abitur in 12 oder 13 Jahren, Duales Lernen

■ **Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes**

Verbesserung der Qualität der Lehre und Erleichterung des Studiums auch ohne Abitur

■ **Sonntagsöffnung von Bibliotheken**

Bundratsinitiative für eine Ausweitung der Öffnungszeiten auch am Sonntag und Anerkennung der Bibliotheken als gleichwertige Orte der Kultur und Bildung

■ **Rahmenkonzept Kulturelle Bildung**

Weiterentwicklung und Evaluation des Konzepts für Kinder und Jugendliche, die aktiv und selbstständig am kulturellen Leben in der Stadt teilnehmen sollen

■ **Sicherung der Berliner Rundfunk-Orchester und -Chöre GmbH**

Aufhebung der Haushaltssperre des Bundes und Erhalt der bewährten Strukturen

■ **Kooperation zwischen Schule und Sportverein**

Parlamentarische Begleitung der Nutzung der schulischen Sportstätten im Zuge der Schulstrukturereform

■ **Finanzielle Sicherung des Sports in Berlin**

Festschreibung der Lottomittel und Erhalt des Glücksspielmonopols bzw. Vorbereitung eines „Sportpakts“ für Berlin zur langfristigen finanziellen Planungssicherheit des Sports in Berlin

■ **Auftragsvergabe Willy-Brandt-Flughafen**

Berücksichtigung der mittelständischen regionalen Wirtschaft bei der Vergabe von Bau- und Planungsaufträgen am BER

■ **Spielhallengesetz**

Gesetz zur Eindämmung der Spielhallenflut in Berlin, umfassendes Gesamtkonzept, auch zur Eindämmung Spielsucht. Davor bereits Anhebung der Steuer auf Geldgewinnspielgeräte von 11 auf 20 %

■ **Landesgleichstellungsgesetz**

Reform des Landesgleichstellungsgesetzes und Klarstellung seines Anwendungsbereichs, insbesondere bei der Vergabe von Vorstandsposten. Unternehmen, die für das Land Berlin arbeiten, müssen mehr als bisher für die Frauenförderung in ihrem Betrieb tun. Stellung und Rechte der Frauenvertreterinnen in Verwaltungen und Unternehmen wurden gestärkt und verbessert

■ **Soziale Stadt**

Fortführung der Maßnahmen für eine Soziale Stadtentwicklung, Quartiersmanagement, Neu-einrichtung von 5 "Aktionsräumen Plus" (Konzentration der Mittel und Maßnahmen auf diese Gebiete)

■ **Bezahlbare Mieten**

Mehrere Bundratsinitiativen zur Begrenzung der allgemeinen Mieterhöhung (15 % in 4 Jahren, Modernisierungsumlage begrenzen von 11 % auf 9 %). Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuvermietung bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Verabschiedung des Wohnraumgesetzes (Ziel: Überführung der Sozialmieten in das Vergleichsmietensystem). Neuer Mietspiegel 2011

■ **Liegenschaftspolitik**

Beschluss zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik - Vergabe nach stadtentwicklungs-, wohnungs-, sozial- und kulturpolitischen Grundsätzen, nicht nur nach dem Höchstgebot

■ **Fahrrad- und Fußgängerstrategie**

Förderung einer zeitgemäßen Fahrrad- und Fußgängerstrategie, Erhöhung der Verkehrssicherheit, Unterhaltung und Ausbau des Radwegenetzes

■ **Öffentlicher Personennahverkehr**

Förderung des ÖPNV, Gespräche mit der Deutschen Bahn AG zur Situation und Zukunft der S-Bahn, Einbehalt von Mitteln in Millionen-Höhe wegen nicht erbrachter Leistungen und Verwendung für andere ÖPNV-Maßnahmen (z.B. neue Aufzüge an Bahnhöfen. Verabschiedung weiterer Eckpunkte im Nahverkehrsplan. Vorbereitungen für die Fahrzeugbeschaffung nach Auslaufen des Verkehrsvertrages mit der S-Bahn

■ **Verkehrskonzept Innenstadt und Planung für Ausbau der A 100**

Weitere-Entwicklung des Verkehrskonzeptes für die Innenstadt, Fortgang der Planungen für den Ausbau der A 100

■ **Neues Straßenreinigungsgesetz**

Änderung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes für mehr Tempo, mehr Qualität und klare Verantwortlichkeiten beim Winterdienst. Wesentliche Verbesserung im öffentlichen Raum durch Zuständigkeit der BSR für 12 große Plätze, 6 Fußgängerzonen und Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen

■ **Haushaltskonsolidierung**

Vorlage eines Sanierungsprogramms für den Landeshaushalt im Rahmen des Haushaltsüberwachungsverfahrens / Schuldenbremse

■ **Neuaufstellung der Berliner Immobilien Holding**

Stopp des Verkaufverfahrens der BIH wegen mangelnder Transparenz und um den Berliner Wohnungsbestand zu sichern, Neuaufstellung des landeseigenen Unternehmens

■ **Netzwerk Kinderschutz**

Bündel von Maßnahmen, um gemeinsam mit Partnern den Kinderschutz weiter zu verbessern und der Gewaltanwendung gegen Kinder entgegen zu wirken. Verbindliches Einladewesen zu Vorsorgeuntersuchungen für Kinder

BRLINER LANDESGRUPPE IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



Der Landesgruppe Berlin gehören Dr. Eva Högl, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Rechtsausschuss, Petra Merkel, Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Mechthild Rawert, Ausschuss für Gesundheit, Swen Schulz, Ausschuss für Bildung und Forschung und Technikfolgeabschätzung, und Wolfgang Thierse, Ausschuss für Kultur und Medien, an. Mit Petra Merkel, Swen Schulz und Wolfgang Thierse ist die Landesgruppe Berlin stark im Fraktionsvorstand vertreten. Wolfgang Thierse ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, Mechthild Rawert noch Stellv. Sprecherin einiger Querschnittsarbeitsgruppen.

Die Landesgruppe tagt regelmäßig und trifft sich darüber hinaus bei gemeinsamen Terminen und besonderen eigenen Aktivitäten. Die Landesgruppe versteht sich als ein Scharnier zwischen Landes- und Bundespolitik. Als kooptiertes Mitglied der Landesgruppe nahmen bis zur Berlinwahl 2011 Monika Helbig (Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit!) und seitdem Hella Dunger-Löper in ihrer Funktion als Staatssekretärinnen in der Senatskanzlei und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund an den Sitzungen teil, um den Austausch zwischen Bundes- und Landesebenen zu gewährleisten, u.a. zu Sozialer Stadt, Mindestlohn, Arbeitsmarktpolitik, Bürgerschaftliches Engagement. Der Austausch Bund-Land wird auch gewährleistet, weil Mechthild Rawert als gewählte Landesgruppensprecherin auch beratendes Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand der SPD Berlin und kooptiertes Mitglied im SPD-Landesvorstand ist.

Die Berliner Bundestagsabgeordneten sind Mitglieder der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion zu der noch weitere 18 Abgeordnete aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören. In den regelmäßigen Treffen dieser Interessensvertretung werden u.a. wichtige Initiativen vorbereitet, u.a. zur Arbeits- und Rentenpolitik oder finden jährliche Gespräche statt, u.a. mit dem Vorstand der Deutschen Bahn AG.

1. Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt sowie Teilhabe und Diskussion

Allen Mitgliedern der Landesgruppe ist der kontinuierliche direkte Dialog mit der Parteibasis sowie mit den Berlinerinnen und Berlinern ausgesprochen wichtig. Wir laden zu Veranstaltungen, Gesprächskreisen und Aktionen ein bzw. folgen Einladungen zahlreicher Initiativen, Vereinen und Verbänden, um BürgerInnen und SPD-Mitglieder aus erster Hand frühzeitig über aktuelle gesellschaftspolitisch relevante Themen zu informieren. Dadurch wird die SPD-Basis frühzeitig in laufende Diskussionen und Entscheidungsprozesse der SPD-Bundestagsfraktion mittelbar einbezogen.

Jedes Berliner Bundestagsmitglied hat zusätzlich einen oder zwei Betreuungswahlkreise, pflegt auch hier die enge vor Ort-Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, u.a. über dort ansässige Vereine, Verbände und Organisationen, über die von den SPD-Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden, den Mitgliedern der BVVen und des Abgeordnetenhauses. Wir bemühen uns um flächendeckende SPD-Präsenz, u.a. auch durch Unterstützung der materiellen Infrastruktur vor Ort. Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg) betreut den Wahlkreis Reinickendorf mit, Eva Högl (Mitte) betreut Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost, Petra Merkel (Charlottenburg-Wilmersdorf) ist für Steglitz-Zehlendorf zuständig, Swen Schulz (Spandau, Charlottenburg-Nord) betreut Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg und Wolfgang Thierse (Pankow) Treptow-Köpenick.

■ Direkter Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern

In zahlreichen Fraktion vor Ort-Veranstaltungen informierten die Mitglieder der Landesgruppe Bürgerinnen und Bürger sowie Genossinnen und Genossen über Themen wie Afghanistan, Finanz- und Wirtschaftskrise, Demografischer Wandel, Arbeitsmarktpolitik, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation, Soziale Stadt, Energiewende, Inklusion, Patientenverfügung, Gesundheit, Pflege, Solidarische BürgerInnenversicherung, Neuordnung der Pflegeberufe, Netzpolitik, Europa, Arabischer Frühling, Rechtsextremismus, u.v.m.. Stellvertretend für die vielen gut besuchten Diskussionsveranstaltungen sei die gemeinsame Landesgruppenveranstaltung zum Thema Finanzkrise mit Peer Steinbrück genannt, an der über 450 BürgerInnen und GenossInnen teilnahmen.

Alle Landesgruppenmitglieder unterhalten in ihren Wahlkreisen BürgerInnenbüros und bieten regelmäßige Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger an. Die Wahlkreisbüros mit den dort agierenden MitarbeiterInnen sind auch vor Ort-Anlaufpunkte für Genossinnen und Genossen, für gemeinsame Veranstaltungen mit Vereinen sowie für kulturelle Angebote.

So laden z.B. Petra Merkel oder Swen Schulz zu Ausstellungen ein. Im Büro von Mechthild Rawert bietet die Verbraucherzentrale Energieberatungen an.

Die Veranstaltungsreihe „Thierse trifft“ ist berlinweit bekannt, und die Gesprächsabende mit Persönlichkeiten aus Kultur und Medien, Sport, Politik und Wirtschaft werden von einem Publikum weit über den Wahlkreis und die Parteigrenzen hinaus besucht und somit zu einer festen Institution im politischen Veranstaltungskalender der Stadt geworden.

Alle Bundestagsabgeordneten sind aktiv in ihren (Betreuungs-)Wahlkreisen unterwegs und halten guten Kontakt zu Vereinen, Verbänden und Institutionen vor Ort, um den spezifischen Anforderungen ihres Wahlkreises gerecht zu werden.

Dazu gehört auch der intensiv gepflegte Kontakt zu den SPD-Abteilungen und Kreisvorständen. Der enge Schulterschluss ist allen MdBs ganz besonders wichtig.

■ Kommunikationsangebote für Bürgerinnen und Bürger

Wir alle nutzen die uns vom Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellten Kommunikationsangebote für Bürgerinnen und Bürger, für Alt und Jung: ungezählte BesucherInnengruppen und Führungen meistens mit persönlichen Gesprächen mit uns im Reichstagsgebäude, die jährlich jeweils sechs so genannten Bundespresseamtsfahrten (BPA-Fahrten) für 50 Berlinerinnen und Berliner, Kinderführungen für die Kleinen, Führungen für Schulklassen, Jugendmedien-Workshops, Angebote eines mehrmonatigen Stipendienaufenthaltes in den USA im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms. Wir bieten Schülerinnen und Schülern PraktikantInnenplätze in unseren Bundestags- und Wahlkreisbüros. All diese Angebote werden stark nachgefragt und zur politischen Bildung genutzt.

2. Erarbeitung und Kommunikation von programmatischen Beiträgen im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen

Der gleichberechtigte Zugang zu Gesundheits- und Pflege gehört zur sozialen Gerechtigkeit. Alle Mitglieder der Landesgruppe beteiligten sich am bundesweiten Praxistag „Gesundheit“, besuchten Einrichtungen vor Ort und berichteten und debattierten über ihre Erfahrungen auf einer gemeinsamen Fraktion vor Ort-Veranstaltung unter dem Thema „Unsere Gesundheit braucht Solidarität“. Die Erfahrungen und Ergebnisse flossen direkt in die parlamentarische Arbeit zur Weiterentwicklung guter Versorgungsstrukturen und in die Weiterentwicklung zum Modell der Solidarischen Bürgerversicherung mit ein. Die CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung hat die Städtebauförderprogramme, hat das Programm Soziale Stadt dramatisch gekürzt und damit die politische Partizipation, den sozialen Zusammenhalt und Arbeitsplätze vor Ort geschwächt. Hierzu gab es zahlreiche Veranstaltungen vor Ort. U.a. fand auch eine gemeinsame Hospitation im Job-Center Neukölln mit anschließender Diskussion mit Personalräten verschiedener Jobcenter statt. Regelmäßig finden Treffen mit Unternehmens- und GewerkschaftsvertreterInnen mit dem Ziel einer aktiven Arbeits- und Qualifizierungspolitik vor Ort statt.

Die Mitglieder der Landesgruppe nehmen an den jährlichen Klausursitzungen der SPD-Abgeordnetenhausfraktion teil, weil diese eine enge Verzahnung von sozialdemokratischer Bundes- und Landespolitik ermöglichen.

Alle Mandatsträgerinnen sind gleichzeitig aktive Funktionärinnen in der SPD: Sie sind Mitglieder ihrer jeweiligen Kreisvorstände, Dr. Eva Högl ist außerdem Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Mechthild Rawert ist Mitglied des Vorstandes der Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) und auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene aktives Mitglied der AG Migration und Integration, Wolfgang Thierse ist Mitglied des erweiterten Parteivorstandes, Vorsitzender des Kulturforum der Sozialdemokratie e.V. und Sprecher des Arbeitskreis Christen in der SPD. Als Mitglieder des SPD-Landesvorstandes erarbeiteten sie das Berliner Wahlprogramm als auch die Koalitionsvereinbarung mit, prägten gleichstellungs-, gesundheits-, arbeits- und integrationspolitische Aussagen und Forderungen.

3. Einbeziehung von Verbänden, Organisationen und Initiativen in die programmatische Arbeit und die praktische Politikvermittlung

■ Kontakt zu Berliner Institutionen und Verbänden

Über die vielfältigen fachpolitischen Kontakte und Kooperationen der einzelnen Landesgruppenmitglieder hinaus führte die Landesgruppe Berlin Gespräche mit Berliner Verbänden und Institutionen, z.B. mit der Geschäftsleitung der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, Weiterbildungsträgern, den Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer sowie dem Landessportbund. Im Rahmen der Landesgruppe Ost bildet der regelmäßige Dialog mit dem Vorstand der Deutschen Bahn einen wichtigen Schwerpunkt.

■ Kampf gegen Rechtsextremismus

Der Kampf gegen Rechtsextremismus spielte auf Bundes- und Landesebene eine große Rolle - insbesondere die Extremismusprävention. Begrüßt wird, dass die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zunächst einmal ohne Mittelreduktion fortgeführt wurden, wir wollen aber eine Verstärkung der Förderung der Träger demokratische Kultur aus, etwa in Form eines Bundesstiftungsmodells. Wir kritisieren scharf sowohl die neu eingeführte Extremismusklausel, die von Initiativen für demokratische Kultur die Unterzeichnung einer sogenannten Demokratieerklärung verlangt, als auch die Erweiterung der Bundesprogramme um Maßnahmen gegen Linksextremismus und die damit verbundene Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus. Von den Landesgruppemitgliedern kritisiert wird auch die enormen Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung. All diese Gegenstände wurden durch Landesgruppenmitglieder, namentlich durch Mechthild Rawert und Wolfgang Thierse, in Fraktionsgremien, Ausschüssen und im Plenum sowie durch Anfragen und Anträge thematisiert.

Die Landesgruppe hat sich bewusst dafür entschieden, an den Aktivitäten des SPD-Landesvorstandes, der Jusos und der ASF Berlin zum Girls-Day teilzunehmen, obwohl die Bundestagsfraktion ein eigenes Programm anbietet. So haben jedes Jahr zum Girls Day junge Frauen aus Berlin Gelegenheit, am Alltag einer/eines Abgeordneten teilzunehmen.

Thematische Sommerfrühstücke mit VertreterInnen von Vereinen, Projekten und Einrichtungen und anschließende Besuche während der Sommertour dienen Mechthild Rawert zum Austausch mit MultiplikatorInnen. Hier konnten wichtige inhaltliche Impulse für die politische Arbeit und für die Erarbeitung des Wahlprogramms mit den MultiplikatorInnen diskutiert werden. Petra Merkel führt Innungsgespräche durch, um den Kontakt mit wichtigen MultiplikatorInnen zu halten. Die Verstärkung solcher Veranstaltungsformen fördern Bindungen und dienen der Stärkung politischer Glaubwürdigkeit.

4. Neue und wirkungsvolle Formen der Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern

Die Mitglieder der Landesgruppe informieren auf ihren Homepages und via Newsletter, Info-Briefe

und Artikeln in öffentlichen bzw. SPD-Zeitungen regelmäßig über ihre Arbeit und Vorhaben. Verstärkt seit 2009 werden auch die neuen sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter zur politischen Kommunikation genutzt. Damit werden neue Formen der direkten Interaktion und Ansprache mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Genossinnen und Genossen auf der Höhe unserer Zeit praktiziert. Die sozialen Netzwerke sind ein erfolgreiches Instrument zur Bewerbung von Veranstaltungen.

5. Kultur der Mitarbeit: Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und Interessierte

Die Nutzung der neuen sozialen Netzwerke brachten BürgerInnen und SPD-Mitgliedern neue Möglichkeiten der direkten Kommunikation mit den Abgeordneten.

Im Januar 2012 wurde der neue „Zukunftsdialog online“ der SPD-Bundestagsfraktion eröffnet. Die SPD ist die erste Fraktion im Bundestag, die eine solche Dialog- und Beteiligungsplattform im Internet anbietet. Hier können Ideen und Vorschläge zur Zukunft unseres Landes in unseren Online-Dialog eingebracht werden.

Durch aktive Netzwerkarbeit und Mitarbeit in zahlreichen Initiativen, Vereinen und Organisationen bieten alle Bundestagsabgeordneten Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur Stärkung ihres bürgerschaftlichen und (partei-)politischen Engagements. Durch das Einbringen eigener Ressourcen hat Mechthild Rawert z.B. das Bündnis „Mitmachen - Courage gegen Rechts“ mit initiiert, planen einige der TeilnehmerInnen der jährlichen Holocaust-Gedenkfeier „Erinnerung braucht einen Ort“ nun eine Antifaschistische Stadtrundfahrt, soll zusammen mit Aktiven, u.a. Mitgliedern der AWO Friedenau, Informationsplattformen zur Steigerung der Lebensqualität vor Ort erstellt werden. Politik hat keinen erhobenen Zeigefinger - aber einen orientierenden Kompass.

Mechthild Rawert
Für die Landesgruppe

EUROPÄISCHES PARLAMENT – MDEP DAGMAR ROTH-BEHRENDT

Allgemeines

Neben meiner Wahlkreisarbeit in Berlin und meiner inhaltlichen legislativen Arbeit im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg war die Vizepräsidentschaft im Europäischen Parlament von Juli 2009 bis Januar 2012 ein wesentlicher Teil meiner Arbeit.

I. Wahlkreisarbeit in Berlin

a) Zusammenarbeit mit den Berliner Parteigliederungen und Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus 2011

Während des Berichtszeitraums wurde die Zusammenarbeit mit den Gremien unserer Partei fortgesetzt. Als Beispiele sind politische Frühschoppen und Stammtische zu europapolitischen Themen, Artikel zu europapolitischen Themen, Informationsaustausch mit Mitgliedern des Bundestages und des Abgeordnetenhauses wie auch Veranstaltungen der Abteilungen und Kreise sowie zahlreiche Bürger- und Sommerfeste und Infostände genannt. Gerne stehe ich den Gremien der Partei auch weiterhin für Nachfragen zu europäischen Themen und für Veranstaltungen zur Verfügung. Während des Abgeordnetenhauswahlkampf 2011 unterstützte ich Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf bei Informationsständen und Veranstaltungen.

b) Europapolitische Themenschwerpunkte in Berlin

Die Diskussion um die Situation Griechenlands und den Euro war das bestimmende europapolitische Thema der letzten zwei Jahre. Im Europäischen Parlament setzten sich insbesondere die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür ein, dass strikter Sparzwang für Griechenland nicht das einzige Mittel zur Bekämpfung der Krise sein darf. Der sozialdemokratischen Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer verweigern sich die Mitgliedsstaaten allerdings weiterhin. Sie würde allen Staatshaushalten mehr Spielräume ermöglichen und endlich müssten sich die Spekulanten an den Kosten der Krise beteiligen, die sie maßgeblich mit verursacht haben. Darüber wurde in den Abteilungen, Kreisen und Gremien der SPD – und außerhalb der SPD Berlin – ausführlich diskutiert. So habe ich z.B. an der internationalen SPD-Konferenz „Shaping Change in turbulent times“ anlässlich des Bundesparteitages in Berlin, am Europa-Mitgliederforum der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und bei öffentlichen Veranstaltungen, z.B. der Europa Union Berlin, teilgenommen.

Neben der Finanzkrise waren aber auch Veranstaltungen zu Themen des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes erneut von zentraler Bedeutung, z.B. die „Internationale Food Supplements Conference“ in Berlin des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. und Fachgespräche mit der Berliner Ärztekammer oder dem Deutschen Tierschutzbund.

c) Informationsangebot für Schulen

Ein besonderer Schwerpunkt der letzten zwei Jahre war wieder die Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Lehrerinnen und Lehrern über die Arbeit des Europäischen Parlaments und Weitergabe von Informationsmaterial zum Europäischen Parlament an Schulen. Dabei besuchte ich sowohl Grund-, als auch Ober- und Berufsschulen auf Einladung durch Schülerinnen und Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer.

Darüber hinaus habe ich im Rahmen meiner sehr engen Zusammenarbeit mit dem Verein Bürger Europas e.V. an zahlreichen Projekttagen zum Thema Europa als Referentin teilgenommen. Außerdem habe ich Klassen und Kurse bei Fahrten zum EP nach Brüssel oder Straßburg unterstützt, beispielsweise das deutsch-polnische Schülerprojekt der Flatow-Oberschule. Neben Gesprächen mit den Gruppen war ich ihnen auch bei der Organisation behilflich und habe Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner aus den europäischen Institutionen vermittelt.

d) Ausgewählte Aktivitäten in Berlin

- Veranstaltungen mit den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Berlin
- Besuch und Gespräche mit in Berlin ansässigen Unternehmen und Organisationen, z.B. der Berliner Stadtreinigung (BSR), der Storck AG, dem Verband forschender Arzneimittelhersteller, Berliner Ärztekammer, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. und der IHK
- Unterstützung von Förderanträgen und Vermittlung von europäischen Fördergeldern für Vereine, Verbände und Unternehmen
- Referentin bei Seminaren der Europäischen Akademie Berlin, u.a. in der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zur Europäischen Union
- Besucherfahrten mit über 270 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nach Brüssel und Straßburg
- Beiratstätigkeit in der BSR und der Deutschen Universität für Weiterbildung (DUW Berlin)

II. Parlamentarische Arbeit in Brüssel und Straßburg

a) Gesetzgeberische Arbeit

Die Schwerpunkte meiner legislativen Arbeit im Europäischen Parlament sind weiterhin Verbraucherschutz-, Gesundheitspolitik und Lebensmittelgesetzgebung. In diesen Bereichen hat das Europäische Parlament (EP) volles Mitentscheidungsrecht im Gesetzgebungsverfahren.

Im Bereich des Verbraucherschutzes habe ich mich intensiv mit den Beratungen zu Anbauverboten

von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) beschäftigt. Dabei war es mir wichtig, dass die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit erhalten, Anbauverbote für GMO durchsetzen zu können. Im EP haben wir dazu eine Mehrheit gefunden, jetzt sind die Mitgliedsstaaten gefordert, diesen Plänen zuzustimmen.

Im Bereich der Lebensmittelgesetzgebung habe ich mich intensiv in die Beratungen zur Richtlinie über die Information für Verbraucher über Lebensmittel eingebracht. Die Gesetzgebung ist 2011 abgeschlossen worden und wird für verbesserte Verbraucherinformationen sorgen, da zukünftig:

- verpflichtende Informationen zu Energiewert, Fett, gesättigten Fettsäuren und Kohlenhydraten mit besonderem Hinweis auf Zucker und Salz sowie Eiweiß auf der Produktrückseite angeben werden müssen
- Allergene in Nahrungsmitteln deutlicher gekennzeichnet werden müssen

Leider ist es nicht gelungen, gegen den Widerstand einiger Mitgliedstaaten (u.a. Deutschland) die verpflichtende Angabe des Herkunftslandes durchzusetzen.

Darüber hinaus war ich als Vizepräsidentin in die Verhandlungen im Vermittlungsverfahren zur Novel Food Gesetzgebung eingebunden. Dabei hat die Parlamentsdelegation versucht, das Klonen von Tieren zu verbieten oder wenigstens ein Vermarktungsverbot für Produkte von geklonten Tieren durchzusetzen. Leider sind die Bemühungen nach langen Verhandlungen am Widerstand des Rates, dabei vor allem an der Position der deutschen Regierung gescheitert, so dass es nicht zum Abschluss der Gesetzgebung gekommen ist.

Die europäische Gesundheitspolitik war für auch im Berichtszeitraum 2010-2012 mein Arbeitsschwerpunkt. Als Berichterstatterin meiner Fraktion war ich für die Gesetzgebung zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung verantwortlich. Nach langen Verhandlungen mit dem Ministerrat ist es uns gelungen, eine Einigung herbeizuführen und die Gesetzgebung im Januar 2011 abzuschließen. Die Richtlinie ist ein Meilenstein für die Patientinnen und Patienten in der EU und wird:

- die Patientenmobilität in der Europäischen Union verbessern
- sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten die Kosten für medizinische Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat bis zu dem Betrag erstattet bekommen, der für die gleiche Leistung im Heimatland des Patienten bezahlt würde
- durch die Einrichtung nationaler Kontaktstellen die Patienten umfassend über ihre Rechte informieren sowie über Antragsverfahren und Kostenerstattung aufklären
- durch die Einrichtung von europäischen Referenzzentren den fachlichen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten fördern und die Diagnostik für seltene Krankheiten verbessern

Als Berichterstatterin der Fraktion war ich auch für die Gesetzgebung zur Bekämpfung gefälschter Arzneimittel zuständig. Für diese Gesetzgebung konnten wir im Dezember 2010 eine Einigung mit dem Ministerrat erzielen. Die Richtlinie wird:

- Patientinnen und Patienten vor gefälschten Arzneimitteln schützen, da diese eine ernste Bedrohung für die Gesundheit sind
- durch die Einführung von einheitlichen Sicherheitsmerkmalen für alle verschreibungspflichtigen Medikamente wird die Rückverfolgbarkeit der Arzneimittel lückenlos ermöglicht und somit Schlupflöcher für Arzneimittelfälschungen geschlossen
- durch die Einführung eines Frühwarnsystems dafür sorgen, dass Medikamente, die bereits an Patienten ausgegeben wurden, mit Hilfe von Apotheken und Ärzten zurückgerufen werden können
- den Schutz vor Arzneimittelfälschungen im Internet verbessern, da Patientinnen und Patienten zukünftig an einem Qualitätssiegel auf der Webseite der Internetapotheke erkennen können, ob die Seite seriös ist und die Internetapotheke zugelassen ist

Neben den aktuellen Gesetzgebungsvorhaben engagiere ich mich weiterhin für den Tierschutz. Ich unterstütze intensiv die Kampagne „8 hours“, die sich für verstärkten Tierschutz bei Tiertransporten einsetzt. Darüber hinaus setze ich mich weiterhin aktiv dafür ein, alternative Testmethoden zu erforschen und zu entwickeln, um die Zahl der Tierversuche zu verringern.

b) Vizepräsidentschaft

Von Juli 2009 - Januar 2012 war ich erneut Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Das Präsidium ist das geschäftsführende Organ des Parlaments.

Meine Sonderzuständigkeiten umfassen:

- Personalpolitik im Europäischen Parlament
- Leiterin einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Abgeordneten- und Assistentenstatuts des Europäischen Parlaments
- Informations- und Kommunikationspolitik des Europäischen Parlaments
- Gleichstellungspolitik des Europäischen Parlaments.

Meine Tätigkeit als Vizepräsidentin umfasst darüber hinaus die Leitung der förmlichen Sitzungen des Europäischen Parlaments sowie die Vertretung des Präsidenten bei öffentlichen Veranstaltungen.

c) Mitgliedschaft in parlamentarischen Gremien

- Präsidium des Europäischen Parlaments
- Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit
- Rechtsausschuss (Stellvertreterin)
- Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Chile
- Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EU-Lateinamerika
- Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (Stellvertreterin)

e) Sonstiges

- Europakalender 2011 und 2012
- Internetseite ■ www.dagmarrothbehrendt.de

Abschließend möchte ich mich bei allen Genossinnen und Genossen der Berliner SPD bedanken, auf deren tatkräftige Unterstützung ich mich auch in den vergangenen zwei Jahren verlassen konnte.

Dagmar Roth-Behrendt
Berliner Mitglied des Europäischen Parlaments

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK E. V. – SGK

SGK Berlin

Die im November 2010 turnusgemäß durchgeführte Neuwahl hat die durchaus bewährte Struktur des Landesvorstandes der SGK Berlin weiter bestätigt. Es wurde einvernehmlich weiterhin eine gute Mischung aus Vertretern der Bezirke und der Landesebene erreicht.

Auf den jährlichen Klausurtagungen wurden die inhaltliche Arbeit der SGK Berlin diskutiert und zu inhaltlichen Fragen Positionen festgelegt. Die SGK führte Diskussionen und Veranstaltungen u.a. zur veraltungsmäßigen Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaktes und zum „Spielhallengesetz“ durch.

Weitere Beschlüsse befassten sich mit der Neuausrichtung unseres Internetauftrittes, die Beteiligung an dem in Berlin-Adlershof stattgefundenen Fachkongress „Großstädte“ der Bundes-SGK, an der Umsetzung des Beschlusses des Bundespartei Vorstandes der SPD „Starke Kommunalpolitik mit der SGK“ und der Vorbereitung der Veranstaltung „25 Jahre SGK Berlin“ dann im November 2011 im Deutschen Technikmuseum Berlin.



Foto: SGK Berlin

EHEM. UND AMTIERENDER VORSITZENDER: JÜRGEN LÜDTKE, HORST PORATH, MICHAEL BARTHEL

Die SGK hat sich allen Kreisen der SPD angeboten, über die Arbeit der SGK in Berlin zu berichten. Dies wurde angenommen mit der Folge, dass mehrere Neuaufnahmen zu verzeichnen waren.

Im Zusammenhang mit den Wahlen in Berlin bot die SGK Berlin ein Seminar „Rechte und Pflichten als Bezirksverordnete/r“ an, das gut besucht wurde. Ein weiterführendes Seminar in

Zusammenarbeit mit dem ABI war ebenfalls ein Erfolg.

Nach dem großen Erfolg der 1. Auflage des Berliner Kommunalpolitischen Lexikons wurde eine 2. Auflage beschlossen, die im Sommer 2012 dann erscheinen wird.

Der SGK-Landesvorsitzende nimmt als kooptiertes Mitglied des Landesvorstandes der SPD-Berlin an deren Landesvorstandssitzungen, der 1. Stellvertretende Landesvorsitzende der SGK an den Sitzungen der AG der Fraktionsvorsitzenden teil. Die SGK Berlin ist auch in der AG Bezirksfinanzen des Landesvorstandes der SPD quotiert vertreten.

Zur Positionierung der SGK dient auch der Info-Service-Dienst –forum, der 4x im Jahr erscheint und allen Mitgliedern der SGK sowie den Landesparteitagsdelegierten zugänglich gemacht wird. Hierzu sind auch weiter alle Mandatsträger unserer Partei aufgerufen, mit Artikeln den jeweiligen Diskussionsstand vorzustellen.

Als sehr informativ hat sich auch die Herausgabe des „forum digital“ erwiesen, das in unregelmäßigen Abständen an alle SGK-Mitglieder ausschließlich per Email versandt wird.

Die SGK Berlin ist weiterhin dazu aufgerufen, politische Ansätze in Bezirken und Land zu verfolgen und unseren Mandatsträgern auf Landes- wie Bezirksebene die notwendige Hilfestellung für die Durchsetzung einer leistungsfähigen sozialdemokratischen Politik zu geben durch Empfehlungen und Arbeitshilfen für die praktische Politik in den Bezirken und auf Landesebene. Sie berät die sozialdemokratischen Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen und arbeitet mit der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus in kommunalpolitischen Fragen zusammen. Sie hat eine koordinierende Funktion zwischen den Bezirken und zur Landesebene und pflegt Kontakte zu anderen kommunalen Verbänden und Institutionen.

Die SGK Berlin finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Ziel ist es, alle SPD-Mandatsträger zur Mitgliedschaft in der SGK Berlin zu bewegen, aber auch kommunalpolitisch interessierte SPD-Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind Adressaten der Aktivitäten und somit gern gesehene Mitglieder der SGK Berlin. Erfreulich ist ebenfalls die Tatsache, dass ehemalige Mandatsträger der SPD auf Landes- wie Bezirksebene nach ihrem Ausscheiden aus dem politischen Mandat der SGK Berlin die Treue halten.

Die SGK Berlin ist Bestandteil der Bundes-SGK. Die SGK Berlin wird sich auch in Zukunft sehr intensiv mit dem Stand und der weiteren Umsetzung der Verwaltungsreform, der Staatsaufgabenkritik, der Haushaltslage Berlins und den Auswirkungen der Hartz-Reformen in bezug auf das Verhältnis der Bezirke zum Land befassen.

Horst Porath
SGK-Landesvorsitzender

LANDESVORSTANDSLISTE - MIT KOOPTIERUNGEN

- **Landesvorsitzender** Michael Müller

- **StellvertreterInnen** Barbara Loth
Mark Rackles
Marc Schulte
Iris Spranger

- **Landeskassierer** Harald Christ

- **BeisitzerInnen** Frank Boermann
Monika Buttgerit
Cordula Drautz
Hella Dunger-Löper
Renate Harant
Brigitte Lange
Klaus Mindrup
Ulrike Sommer

- **Kreisvorsitzende**
 - **01 Mitte**
Dr. Christian Hanke

 - **02 Friedrichshain-Kreuzberg**
Dr. Jan Stöß

 - **03 Pankow**
Alexander Götz

 - **04 Charlottenburg-Wilmersdorf**
Christian Gaebler

 - **05 Spandau**
Raed Saleh

 - **06 Steglitz-Zehlendorf**
Dr. Michael Arndt

 - **07 Tempelhof-Schöneberg**
Dilek Kolat

■ 08 Neukölln

Dr. Fritz Felgentreu

■ 09 Treptow-Köpenick

Oliver Igel

■ 10 Marzahn-Hellersdorf

Stefan Komoß

■ 11 Lichtenberg

Andreas Geisel

■ 12 Reinickendorf

Jörg Stroedter

■ Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz**■ Vorsitzende / VertreterIn der Arbeitsgemeinschaften****■ AfA**

Rolf Wiegand

■ AGS

Angelika Syring

■ ASF

Dr. Eva Högl

■ AG 60 plus

Werner Kleist

■ AG Migration

Ülker Radziwill

■ Jusos

Christian Berg

■ Schwusos

André Rostalski

■ **Kooptierte Mitglieder des Landesvorstands**

■ **Regierender Bürgermeister von Berlin**

Klaus Wowereit

■ **Mitglieder des Senats**

Dilek Kolat

Michael Müller

Dr. Ulrich Nussbaum

Sandra Scheeres

■ **Sprecherin der Berliner MdBs**

Mechthild Rawert

■ **Berliner MdEP**

Dagmar Roth-Behrendt

■ **ASG**

Boris Velter

■ **ASJ**

Vera Junker

■ **AfB**

Monika Buttgerit

■ **DGB Bezirk Berlin-Brandenburg**

Doro Zinke

■ **AWO**

Hans Nisblé

■ **SGK**

Horst Porath

■ **Sprecher des Senats**

Dr. Richard Meng

■ Weitere TeilnehmerInnen des Landesvorstands

■ Pressesprecherin des SPD Landesverbands

Daniela Augenstein

■ Internetbeauftragter und verantwortlicher Redakteur der Berliner Stimme

Ulrich Horb

■ Leiter Arbeitsbereich I Mitgliederservice, Finanzen und Organisation

Axel Oppold-Soda

■ Leiterin Arbeitsbereich II Zielgruppen, Projekte und Bürgerservice

Daniela Fiedler

■ Stand Dezember 2011

LANDESPARTEITAGE

Tagesordnung ■ Landesparteitag der Berliner SPD – Samstag, 26. Juni 2010

Beginn 09.00 Uhr | Einlass ab 8.00 Uhr

BCC – Berliner Congress Centrum, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin

- Begrüßung - Barbara Loth
- Wahl des Präsidiums
- Wahl der Antragskommission
- 1. Eröffnungsrede - Michael Müller - Landes- und Fraktionsvorsitzender
- 2. „Gemeinsam für eine faire Gesellschaft“ Sigmar Gabriel – Parteivorsitzender
- 3. Aussprache zu den Reden
- 4. Wahl der Mandatsprüfungskommission | Wahl der Wahlkommission
- 5. Berichte
 - a) des Landeskassierers
 - b) des Landesgeschäftsführers
 - c) der Revisoren
 mit anschließender Aussprache

6. Entlastung des Vorstandes
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden/der Landesvorsitzenden
 - b) der 4 stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c) des Landskassierers/der Landskassiererin
 - d) von 8 Beisitzerinnen und Beisitzer
 - e) der 12 Kreisvorsitzenden in den Landsvorstand
 - f) der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in den Landesvorstand (AG 60plus, Jusos, ASF, AfA, AGS, SCHWUSOS und AG Migration)
 - g) der 3 Parteiratmitglieder
 - h) der Landesschiedskommission (Vorsitzende/r, 2 stellvertretende Vorsitzende und 4 weitere Mitglieder)
 - i) von mindestens 3 Revisorinnen und Revisoren
9. **Beratung und Beschlussfassung über den Leitantrag „Mietstadt Berlin“**
Vorstellung des Leitantrags - Marc Schulte (AG Mieterstadt)
10. Beratung statutenändernder Anträge
11. Beratung sonstiger Anträge
12. Schlusswort

Tagesordnung ■ Landesparteitag der Berliner SPD – Samstag, 13. November 2010

Beginn 9.30 Uhr | Einlass ab 8.30 Uhr
Seminaris Campus Hotel Berlin, Takustr. 39, 14195 Berlin

1. Begrüßung / Eröffnungsrede
2. Grußwort Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Parteivorsitzende
3. Rede Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin und stellvertretender Parteivorsitzender
anschließend Aussprache
4. Antragsberatung
Für eine moderne Industriepolitik in Berlin
Einführung: Barbara Loth, Stellv. Landesvorsitzende
Stärkung des öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung
Einführung: Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender
Frank Jahnke, MdB
5. Schlusswort

Tagesordnung ■ Landesparteitag der Berliner SPD – Freitag, 13. Mai 2011

Beginn 17.30 Uhr | Einlass ab 16.30 Uhr

STATION-Berlin, Luckenwalder Straße 4–6, 10963 Berlin

- Eröffnung / Begrüßung
Barbara Loth, stellv. Landesvorsitzende
- Rede Olaf Scholz, Stellv. Parteivorsitzender der SPD, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
- Rede Klaus Wowereit, Stellv. Parteivorsitzender der SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin
- Wahl des Spitzenkandidaten der Berliner SPD für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011
- Vorstellung BERLINprogramm 2011-2016
Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender SPD Berlin
- Beratung und Beschlussfassung BERLINPROGRAMM 2011-2016
- Weitere Anträge
- Schlusswort

Tagesordnung ■ Landesparteitag der Berliner SPD – Montag, 21. November 2011

Beginn 17.30 Uhr | Einlass ab 16.30 Uhr

Leonardo Royal Hotel, Otto-Braun-Str. 90, 10249 Berlin

1. Begrüßung
2. Bericht des Landesvorsitzenden Michael Müller
3. Rede des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit
4. Aussprache und Beschlussfassung über den Entwurf einer Koalitionsvereinbarung zwischen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Landesverband Berlin und der Christlich Demokratischen Union – Landesverband Berlin
5. Nominierungen für die Wahlen zum SPD Parteivorstand
6. Wahl von Delegierten zum Bundesparteitag
7. Antragsberatung
8. Schlusswort

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2009

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2009

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.664.203,61	111.565,70	118.406,77	230.062,47	1.894.266,08
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	309.890,32	0,00	400.468,23	400.468,23	710.358,55
3. Spenden von natürlichen Personen	37.379,19	89.032,38	203.562,33	292.594,71	329.973,90
4. Spenden von juristischen Personen	40.270,81	4.450,00	62.021,00	66.471,00	106.741,81
5. Einnahmen aus Unternehmerrisikolage und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	39.386,38	1.671,10	24.150,71	25.827,87	65.214,25
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	137.642,15	43.752,36	88.688,67	142.421,03	280.063,18
8. staatliche Mittel	520.542,44	0,00	0,00	0,00	520.542,44
9. sonstige Einnahmen	0,00	520,41	332,17	852,58	852,58
10. Zuschüsse von Gliederungen	406.684,76	23.816,76	226.700,75	250.517,51	657.202,27
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	3.155.999,66	274.806,77	1.134.403,63	1.409.212,40	4.569.212,06
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.530.040,32	0,00	67.224,63	67.224,63	1.597.264,95
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	396.028,74	41.074,15	212.367,69	253.441,84	649.470,58
b) für allgemeine politische Arbeit	480.759,25	165.904,90	276.120,86	442.025,76	922.785,01
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	204.748,48	12.555,73	32.495,79	45.051,52	249.800,00
Bundestagswahl	249.019,52	35.775,77	604.630,03	640.405,80	889.425,32
Landtagswahl	0,00	3.528,25	0,00	3.528,25	3.528,25
Kommunalwahl	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) für die Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.143,65	0,00	2.159,73	2.159,73	10.303,38
e) sonstige Zinsen	4.898,53	98,67	408,94	507,61	5.406,14
f) sonstige Ausgaben	3.441,53	396,85	756,92	1.153,77	4.595,30
3. Zuschüsse an Gliederungen	216.224,31	10.372,39	23.941,41	34.313,80	250.538,11
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	3.093.304,33	269.706,71	1.220.106,00	1.489.812,71	4.583.117,04
3. Überschuss/Defizit (-)	62.695,33	5.102,06	-65.702,37	-80.600,31	-17.904,98

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2009

Vermögensbilanz

	Landes- verband	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
		Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	48.522,00	0,00	0,00	0,00	48.522,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	14.991,83	65.846,97	80.838,80	80.838,80
Summe Anlagevermögen	48.522,00	14.991,83	65.846,97	80.838,80	129.360,80
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	1.751.486,97	0,00	254.740,74	254.740,74	2.006.227,71
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	491.497,89	404.089,15	769.796,09	1.173.885,24	1.665.383,13
IV. sonstige Vermögensgegenstände	6.115,98	0,00	3.568,10	3.568,10	9.674,08
Summe Umlaufvermögen	2.249.100,84	404.089,15	1.028.094,93	1.432.184,08	3.681.284,92
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	2.297.622,84	419.080,98	1.093.941,90	1.513.022,88	3.810.645,72
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	892.452,00	0,00	0,00	0,00	892.452,00
Summe Rückstellungen	892.452,00	0,00	0,00	0,00	892.452,00
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	267.578,01	210,64	5.851,46	6.062,10	273.640,11
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	91.273,60	595,73	539,56	1.135,29	92.408,89
Summe Verbindlichkeiten	358.851,61	806,37	6.391,02	7.197,39	366.049,00
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	1.251.303,61	806,37	6.391,02	7.197,39	1.258.501,00
3. Reinvermögen	1.046.319,23	418.274,61	1.087.550,88	1.505.825,49	2.552.144,72

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin**

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2009

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 29. September 2010



Vorsitzende(r)



Schatzmeister(in)



Revisor(in)



Revisor(in)



Revisor(in)

RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS JAHR 2010

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2010

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Einnahmen					
1. Mitgliedsbeiträge	1.702.819,68	135.079,59	115.682,40	250.761,99	1.953.581,67
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	303.426,82	280,00	408.934,88	409.214,88	712.641,70
3. Spenden von natürlichen Personen	61.551,05	85.510,90	84.228,01	170.738,91	232.289,96
4. Spenden von juristischen Personen	18.500,00	2.520,15	4.300,00	6.820,15	26.320,15
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	65.042,30	1.108,03	12.218,83	13.326,86	78.369,16
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	91.886,37	42.631,55	66.169,25	108.800,80	200.687,17
8. staatliche Mittel	475.383,12	0,00	0,00	0,00	475.383,12
9. sonstige Einnahmen	629,38	1.202,64	2.769,97	3.972,61	4.601,99
10. Zuschüsse von Gliederungen	169.307,50	41.314,32	18.504,36	59.818,68	249.126,18
11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10	<u>2.909.546,22</u>	<u>310.647,18</u>	<u>712.807,70</u>	<u>1.023.454,88</u>	<u>3.933.001,10</u>
2. Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.476.370,45	0,00	34.711,29	34.711,29	1.511.081,74
2. Sachausgaben					
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	396.852,63	45.188,91	218.557,61	263.746,52	660.599,15
b) für allgemeine politische Arbeit	544.319,20	178.326,12	280.661,19	458.987,31	1.003.306,51
c) für Wahlkämpfe					
Europawahl	0,00	52,00	185,77	237,77	237,77
Bundestagswahl	0,00	1.753,88	9.304,46	11.058,32	11.058,32
Landtagswahl	586,62	546,90	0,00	546,90	1.133,52
Kommunalwahl	0,00	336,55	0,00	336,55	336,55
d) für die Vermögensverwaltung einschli. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
e) sonstige Zinsen	2.793,22	122,43	1,04	123,47	2.916,69
f) sonstige Ausgaben	300,00	151,60	265,00	416,60	718,60
3. Zuschüsse an Gliederungen	5.375,36	27.070,24	26.648,08	54.318,32	59.693,68
4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3	<u>2.426.597,48</u>	<u>254.148,61</u>	<u>570.334,44</u>	<u>824.483,05</u>	<u>3.251.080,53</u>
3. Überschuß/Defizit (-)	<u>482.948,74</u>	<u>56.498,57</u>	<u>142.473,26</u>	<u>198.971,83</u>	<u>681.920,57</u>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2010

Vermögensbilanz

	Landes-	Summe der dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände			Gesamt
	verband	Ortsvereine	Unterbezirke und andere	Summe	
	€	€	€	€	€
1. Besitzposten					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Geschäftsausstattung	50.161,00	0,00	0,00	0,00	50.161,00
II. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	14.044,39	131.146,22	145.190,61	145.190,61
Summe Anlagevermögen	<u>50.161,00</u>	<u>14.044,39</u>	<u>131.146,22</u>	<u>145.190,61</u>	<u>195.351,61</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen an Gliederungen	2.182.418,13	625,60	255.194,75	255.820,55	2.438.238,68
II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Geldbestände	144.258,42	460.846,02	845.205,25	1.306.051,27	1.450.309,69
IV. sonstige Vermögensgegenstände	12.991,34	20,00	3.515,71	3.535,71	16.527,05
Summe Umlaufvermögen	<u>2.339.667,89</u>	<u>461.491,62</u>	<u>1.103.915,71</u>	<u>1.565.407,53</u>	<u>3.905.075,42</u>
C. Gesamtbesitzposten (Summe aus A und B)	<u>2.389.828,89</u>	<u>475.536,21</u>	<u>1.235.061,93</u>	<u>1.710.598,14</u>	<u>4.100.427,03</u>
2. Schuldposten					
A. Rückstellungen					
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. sonstige Rückstellungen	472.923,42	0,00	0,00	0,00	472.923,42
Summe Rückstellungen	<u>472.923,42</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>472.923,42</u>
B. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	259.695,54	0,00	4.849,70	4.849,70	264.545,24
II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0,00	29,59	0,00	29,59	29,59
IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
V. sonstige Verbindlichkeiten	127.941,96	733,44	188,09	921,53	128.863,49
Summe Verbindlichkeiten	<u>387.637,50</u>	<u>763,03</u>	<u>5.037,79</u>	<u>5.800,82</u>	<u>393.438,32</u>
C. Gesamte Schuldposten (Summe von A und B)	<u>860.560,92</u>	<u>763,03</u>	<u>5.037,79</u>	<u>5.800,82</u>	<u>866.361,74</u>
3. Reinvermögen	<u>1.529.267,97</u>	<u>474.773,18</u>	<u>1.230.024,14</u>	<u>1.704.797,32</u>	<u>3.234.065,29</u>

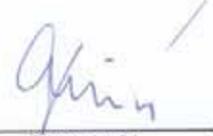
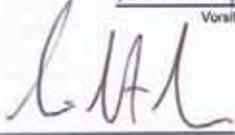
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2010

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- die Berichte aller dem Landesverband nachgeordneten Gebietsverbände (Unterbezirke, Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände, Wahlkreisorganisationen etc.) vollständig erfasst und mit den erforderlichen Vollständigkeitserklärungen der jeweiligen Finanzvorstände, auf die wir Bezug nehmen, versehen sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Berlin, den 29. September 2011

 _____ Vorsitzende(r)	 _____ Schatzmeister(in)	
 _____ Revisor(in)	 _____ Revisor(in)	 _____ Revisor(in)

MITGLIEDERENTWICKLUNG 2009 – 2011

KREIS	31.12.2010	% männlich	% weiblich	31.12.2011	% männlich	% männlich	Differenz 2010 – 2011
Mitte	2.068	66,39	33,61	2.100	66,9	66,9	+ 32
Friedrichshain- Kreuzberg	1.490	68,05	31,95	1.521	68,24	68,24	+ 31
Pankow	1.534	69,49	30,51	1.532	69,45	69,45	- 2
Charlottenburg- Wilmersdorf	2.288	63,51	36,94	2.291	64,03	64,03	+ 3
Spandau	908	66,19	33,81	912	66,67	66,67	+ 4
Steglitz- Zehlendorf	2.102	66,13	33,87	2.091	66,14	66,14	- 11
Tempelhof- Schöneberg	2.005	65,44	34,56	1.992	65,36	65,36	- 13
Neukölln	1.315	66,77	33,23	1.317	66,36	66,36	+ 2
Treptow- Köpenick	602	69,27	30,73	609	69,13	69,13	+ 7
Marzahn- Hellersdorf	277	73,65	26,35	288	73,26	73,26	+ 11
Lichtenberg	473	71,25	28,75	464	71,55	71,55	- 9
Reinickendorf	1.253	66,64	33,36	1.212	67,0	67,0	- 41
GESAMT	16.424	66,74	33,26	16.457	66,94	66,94	+ 67



Berlin
verstehen.

Berlin
verstehen.

Berlin
verstehen.